



# Landtag von Baden-Württemberg

69. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 26. September 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 13:23 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	4117	<b>senschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer MdL – Drucksache 16/4774</b>	
Würdigung und Verabschiedung des Abg. Ernst Kopp. .	4117	– dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 der Geschäftsordnung. . . . .	4132
Eintritt der Abg. Stephen Brauer und Jonas Weber. . .	4117	Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	4132, 4147
Nachträgliche Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Stephen Brauer . . . . .	4117	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	4134, 4148
Umbesetzungen im Präsidium, bei den Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen. . . . .	4118	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	4136, 4150
Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH. . . . .	4118	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	4138, 4152
Nachwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe. . . . .	4118	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD. . . . .	4140
1. Aktuelle Debatte – <b>Exportland Nr. 1 trifft auf Freihandelsfeind – Warum ließ der Ministerpräsident die Handelshürden in den USA außen vor?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	4118	Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	4141
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	4118, 4128	Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	4144
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	4120, 4129	Beschluss . . . . .	4154
Abg. Winfried Mack CDU. . . . .	4121	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – <b>Änderung des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen in Baden-Württemberg (Landesinformationsfreiheitsgesetz – LIFG) – Drucksache 16/3816</b>	
Abg. Carola Wolle AfD . . . . .	4123, 4130	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/4766. . . . .	4154
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	4124, 4131	Abg. Alexander Maier GRÜNE. . . . .	4154
Staatssekretärin Katrin Schütz. . . . .	4126	Abg. Ulli Hockenberger CDU . . . . .	4155
Abg. Willi Stächele CDU. . . . .	4130	Abg. Rüdiger Klos AfD . . . . .	4156
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos). . . . .	4131	Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .	4157
2. Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Entlassung der Ministerin für Wis-</b>		Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . .	4157
		Minister Thomas Strobl . . . . .	4158
		Beschluss . . . . .	4158
		4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz für Wahlfreiheit bei der Ganztagschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/3855</b>	

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/4241. ....	4158	Beschluss . . . . .	4164
Abg. Sandra Boser GRÜNE. ....	4158	Nächste Sitzung . . . . .	4164
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	4159	Anlage 1	
Abg. Dr. Rainer Balzer AfD. ....	4159	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	4165
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	4160	Anlage 2	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. ....	4161	Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Umbesetzungen im Präsidium, bei den Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	4166
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	4162	Anlage 3	
Beschluss . . . . .	4163	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP/DVP – Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH . . . . .	4167
5. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2018 – <b>Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern und der Filmförderungsanstalt des Bundes zur Digitalisierung des nationalen Filmerbes</b> – Drucksachen 16/4762, 16/4797. ....	4164	Anlage 4	
		Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Nachwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe . . . . .	4168

## Protokoll

über die 69. Sitzung vom 26. September 2018

Beginn: 9:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 69. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Dies ist unsere erste Sitzung nach den parlamentarischen Sommerferien. Ich hoffe, Sie alle hatten schöne und erholsame Ferien und freuen sich jetzt auf die Parlamentsarbeit.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Burger, Frau Abg. Saebel und Herr Abg. Walter.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Herr Minister Wolf und ab 11:30 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich heute unseren ehemaligen Kollegen, Herrn Ernst Kopp, verabschieden, der mit Ablauf des 31. August 2018 sein Landtagsmandat niedergelegt hat.

Herr Kopp konnte heute leider nicht kommen. Herr Kopp gehörte dem Landtag seit dem 12. April 2011 an. In der 15. und 16. Wahlperiode wirkte er engagiert im Ständigen Ausschuss und im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. In der 15. Wahlperiode war er auch Mitglied des Sozialausschusses und setzte sich darüber hinaus im Oberrheinrat für grenzüberschreitende Belange ein. Dies war ihm als Abgeordneten eines Wahlkreises an der Grenze zu Frankreich ein besonderes Anliegen.

Auch die Förderung des ländlichen Raums war Herr Kopp besonders wichtig. Was das für die Menschen konkret heißt, das hat Herr Kopp immer aus erster Hand erfahren. Als langjähriger Bürgermeister seiner Hauptgemeinde Bietigheim war er erster Ansprechpartner für alles, was die Bürgerinnen und Bürger bewegte. Diese Verwurzelung in der Kommunalpolitik hat man bei ihm gespürt. Das Wissen darum, wo die Menschen in ihrem Alltag der Schuh drückt, erdet ungemein. Das strahlte Herr Kopp aus. Wir haben bei ihm gespürt, dass es vor allem die direkte Begegnung mit den Menschen ist, die für ihn den Reiz von Politik ausmacht.

Es ist daher sicher auch kein Zufall, dass er für seine Fraktion auch als Strafvollzugsbeauftragter wirkte. Herr Kopp hat diese Aufgabe einmal mit den Worten umschrieben, sie komme „manchmal gleich nach dem Anstaltspfarrer“. Auch daran kann man ablesen, dass es Herrn Kopp als Politiker vor allem darum ging, auf Menschen zuzugehen und für sie da zu sein.

Ich kann mir deshalb sehr gut vorstellen, dass Herrn Kopp die Entscheidung, sein Mandat niederzulegen, nicht leichtgefallen ist. An der langen Liste seiner Ehrenämter kann ich jedoch

ablesen, dass ihm die Anlässe für Begegnungen nicht ausgehen werden. Dabei wünsche ich Herrn Kopp viel Freude und weiterhin viel Erfolg, und vor allem wünsche ich ihm Gesundheit.

Im Namen des ganzen Hauses danke ich Herrn Kopp sehr herzlich für seine sehr engagierte Arbeit als Abgeordneter.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute zwei neue Abgeordnete begrüßen dürfen. Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 30. Juli 2018 mitgeteilt, dass Sie, lieber Herr Stephen Brauer, mit Wirkung vom 1. August 2018 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 16. Landtags von Baden-Württemberg erworben und somit die Nachfolge von Herrn Dr. Friedrich Bullinger angetreten haben.

Im Namen des ganzen Hauses heiße ich Sie herzlich im Landtag willkommen und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung Ihres Mandats. Außerdem hatten Sie gestern Geburtstag. Deswegen gratuliere ich Ihnen nachträglich zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank – Abg. Rainer Stickelberger SPD: So viel zur Frauenquote!)

Wie mir die Landeswahlleiterin mit Schreiben vom 7. August 2018 weiter mitgeteilt hat, haben Sie, lieber Herr Jonas Weber, mit Wirkung vom 1. September 2018 das Landtagsmandat angenommen und die Nachfolge von Herrn Ernst Kopp angetreten. Im Namen der Kolleginnen und Kollegen heiße ich auch Sie sehr herzlich im Landtag willkommen und wünsche Ihnen für Ihre Tätigkeit als Abgeordneter alles Gute, viel Erfolg und eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der Ereignisse liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 16. Juli 2018 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Aufsichtsräte-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Re-

(Präsidentin Muhterem Aras)

gierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit – Drucksache 16/4628

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 13. September 2018 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Vertrages des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. – Drucksache 16/4781

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 31. Juli 2018 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/4602 (Geänderte Fassung)

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

4. Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2018 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2018 (mit Fortschreibung bis 2021) – Drucksache 16/4761

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen

5. Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2018 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern und der Filmförderungsanstalt des Bundes zur Digitalisierung des nationalen Filmerbes – Drucksache 16/4762

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

6. Mitteilung des Rechnungshofs vom 30. August 2018 – Prüfung der Wirtschaftsführung der ARD-Werbung SALES & SERVICES GmbH – Drucksache 16/4824

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD (*Anlage 1*) und einen Vorschlag der Fraktion der FDP/DVP (*Anlage 2*) für Umbesetzungen im Präsidium, bei den Schriftführern und in verschiedenen Ausschüssen. – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Nun kommen wir noch zu zwei Nachwahlen in außerparlamentarische Gremien. Zunächst geht es um die Nachwahl eines Kuratoriumsmitglieds der Staatlichen Toto-Lotto GmbH. Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrags besteht dieses Kuratorium aus 15 Mitgliedern, darunter acht Mitgliedern des Landtags. Herr Dr. Friedrich Bullinger, der mit Ablauf des 31. Juli 2018 sein Landtagsmandat niedergelegt hat, scheidet zum nächstmöglichen Zeitpunkt auch aus diesem Gremium aus. Das Vorschlagsrecht für die Nachwahl steht der Fraktion der FDP/DVP zu, die Frau Abg. Gabriele Reich-Gutjahr als neues Mitglied vorschlägt (*Anlage 3*).

Sind Sie damit einverstanden, dass offen über diesen Wahlvorschlag abgestimmt wird? – Das ist der Fall.

Wer der Wahl von Frau Abg. Gabriele Reich-Gutjahr zum Mitglied zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Ge-

genstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist damit einstimmig zugestimmt.

Nun kommen wir zur Nachwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe. Dem Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe gehören gemäß § 7 Absatz 1 der Stiftungssatzung u. a. bis zu vier Vertreter des Landes Baden-Württemberg an. Die Fraktion der SPD schlägt als Nachfolger von Herrn Abg. Martin Rivoir, der im Oktober 2017 vom stellvertretenden beratenden Mitglied zum Mitglied aufgerückt ist,

(Abg. Winfried Mack CDU: Oi!)

als neues stellvertretendes beratendes Mitglied Herrn Abg. Jonas Weber vor (*Anlage 4*).

Sind Sie damit einverstanden, dass auch über diesen Wahlvorschlag offen abgestimmt wird? – Das ist der Fall.

Wer der Wahl von Herrn Abg. Jonas Weber zum stellvertretenden beratenden Mitglied zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Wahlvorschlag ist damit einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Exportland Nr. 1 trifft auf Freihandelsfeind – Warum ließ der Ministerpräsident die Handelsbarrieren in den USA außen vor? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie waren ja mit einer Delegation in die USA und nach Kanada gereist. Das Thema der Reise lautete: „Digitalisierung und Transformation – Auswirkungen auf Wirtschaft und Wissenschaft – Transatlantischer Dialog Baden-Württemberg und Kalifornien bzw. Ontario“.

Ich möchte hier klarstellen: Es geht nicht um eine Kritik an dieser Reise, ganz und gar nicht. Sie haben unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, die Interessen Baden-Württembergs auch im Ausland zu vertreten und sich Impressionen zu holen. Das ist richtig, und das ist wichtig.

Aber uns drängt sich eine Frage auf, wenn man mit einer hundertköpfigen Delegation, zum großen Teil einer Wirtschafts-

(Dr. Erik Schweickert)

delegation – so haben Sie es ja auch selbst auf Facebook bezeichnet –, über den Großen Teich reist und es dann bei einem über einwöchigen Aufenthalt in den USA versäumt, das Thema „Freihandel und Zölle“ explizit anzusprechen. Wir sind der Meinung, meine Damen und Herren, es wäre wichtig, dies anzusprechen.

Schauen wir uns doch einmal die aktuelle Lage an: Die dpa meldete am 24. September: „China verhängt eigene Sonderzölle gegen USA“. Da geht es um Milliardenbeträge. Da können sich baden-württembergische Unternehmen nicht wegducken, weil sie sowohl da als auch dort produzieren. Die Onlineausgabe der FAZ titelte gestern: „Baden-Württemberg: Kretschmann-Land fällt im Wachstum zurück“.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Noch deutlicher wird die WELT. Sie spricht von der – Zitat – „Kretschmann-Delle“.

Warum wird das thematisiert? Weil, obwohl die Wirtschaft in Deutschland auf Wachstumskurs fährt, ausgerechnet für Baden-Württemberg eine „ins Auge stechende Wachstumsmüdigkeit“ in der Statistik ausgewiesen wird. So findet sich das Land keineswegs in einer Spitzengruppe, ob es bei der Erwerbstätigenrate ist, die seit 2010 stagniert, ob es bei den Investitionen und den Erfolgen in der Bildungspolitik ist – auch hier wird Baden-Württemberg immer weiter durchgereicht und ist von der Topposition ins Mittelfeld gerutscht – oder beim Bruttoinlandsprodukt, wo die Wachstumsrate gerade noch 1,6 % beträgt, während wir von Bayern mit 2,8 %, von Rheinland-Pfalz mit 3,3 %, aber auch von den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin überholt werden.

Was ist die Conclusio der Wirtschaft? Ich zitiere:

*Geschuldet ist der Rückgang allein der exportabhängigen Industrie. ... Die fortgesetzte Eskalation im Handelskonflikt zwischen den USA und China verunsichert die hiesige Wirtschaft ...*

Das waren die Herausforderungen, als Sie, Herr Ministerpräsident, zu Ihrer Delegationsreise gestartet sind. Sie haben auch vollmundige Ankündigungen gemacht. In den BNN vom 12. September hieß es – ich zitiere –:

*Ministerpräsident Kretschmann will die Delegationsreise deshalb erklärtermaßen nutzen, um auf fairen Freihandel zu pochen.*

Auch uns Abgeordneten wurde suggeriert, dass das Thema Freihandel im Fokus steht. Ich möchte einen wirklich guten Antrag des Kollegen Hofelich von der SPD, Drucksache 16/4538, zitieren. In ihrer Stellungnahme schreibt die Landesregierung auf Seite 6:

*Im September 2018 wird Herr Ministerpräsident Kretschmann MdL mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kalifornien sowie nach Kanada reisen und dort u. a. auch den Handel thematisieren.*

Lieber Herr Ministerpräsident, Sie haben klare Aussagen gemacht, aber ich muss feststellen: Einen Niederschlag in der Presse oder nach außen hat das Ganze nicht gefunden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Frage ist: Was wurde von diesen Ankündigungen umgesetzt? Wo wurde das Thema adäquat angesprochen? Zumindest in Kanada haben Sie ja dann den Mumm gehabt, bei einem theoretischen Unterstützer das Thema Abschottungspolitik zu thematisieren. Aber, Herr Ministerpräsident, baden-württembergische Interessen vertritt man nicht, indem man in einem Drittland über die USA redet, sondern indem man in den USA mit den USA nach Lösungen sucht, mit denen man gemeinsame Interessen voranbringt.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Was wurde stattdessen thematisiert? Was durften wir lesen? „German Angst“. Wir gönnen Ihnen ja die Impressionen, und anscheinend waren auch starke Eindrücke dabei. Denn wie kann ich mir sonst vorstellen, dass bei einem Besuch von IT-Firmen dann Zitate kommen wie: „Die ziehen an uns vorbei“, „Wir müssen schneller werden“?

Ich gebe Ihnen recht, dass diese fürchterlichen Debatten über die Technologiefreundlichkeit aufhören müssen. Herr Ministerpräsident, da frage ich mich dann aber schon: Wie habe ich mir das vorstellen? Da sinniert ein baden-württembergischer Ministerpräsident im Silicon Valley darüber, wie er in der dritten Amtszeit mit über 70 Jahren den Jungen die Digitalisierung beibringen will, wo er doch selbst als Junger diese Technologien verdammt hat. Oder wie kam es sonst, dass im Bundestagswahlprogramm der Grünen – ich zitiere – auf Seite 42 steht, man wolle der übergreifenden technischen Vernetzung begegnen, man wolle ein Verbot von Personalinformationssystemen, keine Dienste im Fernsprechnetz?

Ich finde es ja toll, dass hier ein Wandel stattgefunden hat. Aber, lieber Herr Ministerpräsident, wir müssen uns einmal überlegen, ob es sinnvoll ist, ins Ausland zu reisen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

den deutschen Unternehmen Fehlervermeidungskultur vorzuwerfen und dann hier im Landtag bei jeder neuen Technologie die Bremse reinzuhauen und zusammen mit Ihrem Koalitionspartner, der sich mit einbremsen lässt, zu sagen: Oh, das Risiko ist größer; wir müssen aufpassen, was wir tun. – So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das ist keine Momentaufnahme, sondern man müsste sich auch einmal überlegen, ob das nicht auch eine Art Fehlervermeidungskultur der Landesregierung ist. Man könnte doch zunächst einmal vor der eigenen Haustür kehren. Denn wer es hinbekommt, in Kanada über die Abschottungspolitik der USA zu reden, der betreibt genau diese Fehlervermeidungskultur für sich selbst.

Meine Damen und Herren, das kann nicht die Lösung für Baden-Württemberg sein. Hier muss, auch im Landtag von Baden-Württemberg, die Frage der Handelsschranken für die ba-

(Dr. Erik Schweickert)

den-württembergische Wirtschaft und ihre Beschäftigten thematisiert werden. Wir haben ein evidenten Interesse daran, und ich bin gespannt, was Sie oder die Landesregierung – ich bin gespannt, wer antworten wird – dazu sagen. Denn wir alle haben es verdient, dass solche Reisen genutzt werden, um die drängenden Probleme anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erlaube ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen ergreifen wir gern die Gelegenheit, die die FDP/DVP uns hier geboten hat, über die erfolgreiche Reise von Ministerpräsident Kretschmann und seiner Delegation nach Kalifornien und Kanada zu sprechen.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Die Märchenstunde beginnt!  
– Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Rede des Kollegen Schweickert gerade war fast genauso schräg wie der Titel der Aktuellen Debatte der FDP/DVP, der da lautet: „Exportland Nr. 1 trifft auf Freihandelsfeind“. Was soll das eigentlich heißen? Der Herr Ministerpräsident hat mit einer großen Delegation Kalifornien und Kanada besucht. Sind Kalifornien und Kanada Feinde des Freihandels oder Feinde von Baden-Württemberg? Meine Damen und Herren, es ist die große Leistung dieser Regierung, dass wir in Kalifornien und Kanada Partner gesucht und gefunden haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gerade eigenständige Beziehungen auch zu Kanada sind doch in diesen Zeiten besonders wichtig. Kanada wurde aber jetzt vom Kollegen Schweickert als bloßes „Drittland“ im Verhältnis zu den USA abgewertet. Das kann ich in keiner Weise verstehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit diesen Partnern arbeiten wir zusammen, zum Wohl unseres Landes. Der Ministerpräsident und Governor Brown – Governor Brown hat ja hier an dieser Stelle schon zu uns gesprochen – haben die Grundakte für ein umfassendes Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, und das ist gut so. Wir ermöglichen den Unternehmen und den Hochschulen in unserem Land darüber hinaus auch, dass sie auf der Grundlage unserer Zusammenarbeit selbstständig Partner finden. Das ist die Botschaft; das ist das Ergebnis dieser Reise.

Während also die FDP nach Feinden sucht, erarbeiten wir uns Partnerschaften. Ich denke, daran sieht man ganz gut, warum wir, Grün-Schwarz, gut regieren und warum Sie in der Opposition sind. Man sieht auch, welche Haltung hinter Ihrer Entscheidung steht, im Bund nicht regieren zu wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Kalifornien ist ein hoch dynamisches Land und ein für uns sehr wertvoller Kooperationspartner. Das Land ist, für sich betrachtet, die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Natürlich können Sie sagen: Kalifornien gehört zu den USA, und Trump ist ein Protektionist.

(Zuruf: Ein Populist! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ruhe!)

Das stimmt. Aber, Kolleginnen und Kollegen, ich stelle für meine Fraktion und sicher auch für die ganze Koalition fest: Die USA sind in keiner Weise unser Feind. Wir lehnen diese Wortwahl der FDP/DVP ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Landesregierung hat mit dieser Reise beispielhaft gezeigt, wie Baden-Württemberg als Exportland Nummer 1 international erfolgreich zusammenarbeitet. Wir leben die transatlantische Partnerschaft auf unterstaatlicher Ebene, auf der Ebene unseres Landes. Wir treiben gemeinsame Initiativen wie die erfolgreiche „Under2 Coalition“ voran, und wir vertiefen – gerade in Zeiten nationaler Alleingänge von Trump – die Partnerschaft mit Kalifornien. Genau das ist das richtige Zeichen.

Wir werden mit dieser erweiterten Partnerschaft zentrale Fragen unserer Zeit, unserer Wirtschaft, unseres Standorts – der in der Globalisierung steht –, Fragen zur Transformation im Verkehr, zum Klimaschutz, zu künstlicher Intelligenz gemeinsam angehen. Wir führen den transatlantischen Dialog, und zwar nach vorn gewandt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf: Transatlantischer Verkehr!)

Die „Under2 Coalition“ ist das Praxisbeispiel für die erfolgreiche internationale Politik dieses Landes. Nach ihrer Gründung durch Baden-Württemberg und Kalifornien im Mai 2015 hat diese Koalition mittlerweile 222 Mitglieder. Allein 18 davon sind jetzt beim Global Climate Action Summit, an dem Baden-Württemberg teilgenommen hat, beigetreten. Damit sind nun 1,3 Milliarden Menschen durch ihre Verantwortlichen in dieser Klimakoalition zusammengeschlossen – mit rund 40 % der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Das ist eine Koalition, die von uns, den starken Wirtschaftsländern, ausgeht, weil wir wissen: Wir brauchen einen erfolgreichen Klimaschutz. Das ist eine Menschheitsaufgabe. Dies braucht aber auch unser Wirtschaftsstandort auf Dauer; es ist grundlegend für unsere Lebensweise. Deswegen erfüllen wir damit auch einen Dienst im Sinne dieser Menschheitsaufgabe insgesamt – und wir leisten einen Beitrag dazu, dass unser Standort auf Dauer erfolgreich ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Heilsbringer!)

Wirklich rüsten müssen wir uns angesichts der unglaublichen Fortschritte beim Thema „Künstliche Intelligenz“. Das ist ein wichtiges strategisches Thema, und deswegen war es auch ein wichtiges Thema dieser Reise.

(Zurufe von der AfD – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Da können Sie nicht mitreden!)

Es gab Termine wie „Enterprising for a Better Globe: Silicon Valley Insights“ zum Thema KI, es gab den Besuch beim Vector Institute und viele andere Dinge.

Die Anwendungsgebiete der künstlichen Intelligenz wachsen. Deswegen haben wir beispielsweise mit dem Cyber Valley be-

(Andrea Lindlohr)

reits ein sehr erfolgreiches Projekt gestartet, bei dem Wissenschaft, Wirtschaft und die öffentliche Hand zusammenarbeiten. Innerhalb Deutschlands ist Baden-Württemberg bereits der stärkste Standort für künstliche Intelligenz. Aber es ist natürlich klar: Das reicht nicht aus. Wir arbeiten an einer Landesstrategie für künstliche Intelligenz, die international anschlussfähig und branchenbezogen offen ist. Auch dafür war diese Reise ein wichtiger Schritt, mit den dafür wichtigen Partnern in Kalifornien und Kanada.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, freier und fairer Handel ist Grundlage unseres Wohlstands und Grundlage für viele, viele Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger hier in Baden-Württemberg. Der Einsatz für freien und fairen Handel ist grüne Grundüberzeugung und Grundlage unserer Politik. Das beginnt bei einer starken Europäischen Union, die zunächst ein Ort des Freihandels untereinander ist, einer starken Europäischen Union, die ausdrücklich nicht auf Westeuropa beschränkt ist. Das geht über faire Handelspartnerschaften mit afrikanischen Staaten und endet noch nicht bei den transatlantischen Beziehungen, für die wir uns einsetzen.

Diese Reise konnte einen Kontrapunkt zum Protektionismus aus Washington setzen. Kalifornien ist gerade der richtige Partner dafür; denn die dortige Regierung und die Unternehmen, die sich zu Recht über die protektionistischen Ansätze der amerikanischen Bundesregierung beklagen, stehen für Freihandel. Deswegen sind sie unsere Ansprechpartner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Im Fokus der Handelsauseinandersetzungen zwischen den USA, der EU und auch China stehen Zölle auf Autos. Gerade für die Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg ziehen durch diese Drohungen aus den USA dunkle Wolken auf. Für uns ist klar: Diese Zölle dürfen so nicht kommen. Ein Drittel der baden-württembergischen Exporte in die USA sind aus dem Automotive-Sektor.

(Zuruf von der AfD: Ja, genau!)

Aber diese Zölle sind vorerst abgewendet. Wie ist das passiert? Durch die intensiven Verhandlungen zwischen der EU und den USA wurden die Zölle zunächst abgewendet.

(Abg. Carola Wolle AfD: Genau, zunächst!)

Der europäische Weg ist das Entscheidende in dem Handelskonflikt mit den USA – es ist auch nicht der erste Handelskonflikt. Es ist eine klare Stärke der europäischen Wirtschafts- und Wertegemeinschaft, dass wir mit geeinter Kraft gegenüber den USA mit einer Stimme sprechen und die Macht des europäischen Zusammenhalts nutzen. Dafür steht meine Fraktion, dafür steht diese Koalition. Bei der FDP/DVP sind wir uns da nicht so ganz sicher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir sind überzeugt: Protektionismus schadet am Ende allen und sogar den USA selbst. Es ist eine kurzsichtige Politik, die keinen Erfolg haben wird. Die USA schneiden sich von ihrer eigenen Zulieferindustrie im Automotive-Bereich ab; das wurde bei den Gesprächen in Kanada deutlich. Die USA sind auf

dem Weg, Zölle auf ihre eigenen I-Phones zu erheben, die in China produziert werden. Das kann kein erfolgreicher Weg sein – nicht für uns, nicht für sie. Darum setzen wir auf freien und fairen Handel und Kooperation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Sie sehen, die Reise stand im Zeichen der Partnerschaft und der zentralen Zukunftsthemen, die für unser Land wichtig sind. Diese Regierung hat gehandelt und auf internationale Kooperation gesetzt. Sie setzt auch in Zeiten von protektionistischer Stimmung bei anderen weiterhin darauf. Wir haben zum Wohle unseres Landes gehandelt. Wir danken der Landesregierung für den erfolgreichen Einsatz und denken, dass es so weitergeht.

Glück auf!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

**Abg. Winfried Mack CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist das Exportland Nummer 1. Warum? Weil wir unsere Fähigkeiten und Begabungen nutzen und weil die Menschen in Baden-Württemberg heimatverbunden, aber auch weltoffen sind.

55 % der Güter, die im verarbeitenden Gewerbe in unserem Land produziert werden, gehen in den Export. 55 %, mehr als die Hälfte! Eine Abschottung unseres Landes wäre völlig illusionär und würde die Grundlage unseres Wohlstands zerstören. Wir profitieren von der Globalisierung und treiben sie selbst voran.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Bei der Gestaltung der Globalisierung geht es aber in erster Linie um die Verbindung zwischen Menschen. Wir müssen lernen, in dieser einen Welt immer besser zusammenzuleben. Deswegen ist es absolut richtig und notwendig, dass Baden-Württemberg und Kalifornien eng zusammenarbeiten. Kalifornien ist das Powerhouse Amerikas, und Baden-Württemberg und Bayern sind in Europa vorn.

Deshalb haben wir in unserem CDU-Wahlprogramm und dann auch im Koalitionsvertrag vorgeschlagen, in Kalifornien ein von Baden-Württemberg betriebenes deutsches Haus zu errichten. Als dessen Vorläufer konnten wir im Frühjahr das Innovation Camp BW in San Francisco einweihen.

Wenn Sie Leute wie den Präsidenten der IHK Ulm hören, der dieses Innovation Camp BW zusammen mit seiner Tochter bereits durchlaufen hat, dann hören Sie, wie erfolgreich diese Einrichtung ist. Wir wollen, dass mittelständische Firmen in Baden-Württemberg und Kalifornien zusammenfinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Die großen Firmen in unserem Land sind längst dort – SAP, Bosch, und auch Carl Zeiss baut im Moment im Silicon Valley. Wir müssen im Silicon Valley noch viel mehr tun. Bayern beispielsweise hat in San Francisco eine ständige Repräsentanz. Und wer ständig vor Ort ist, kann auch viel besser ins Geschäft kommen. Wir sollten uns überlegen, ob wir dies-

(Winfried Mack)

bezüglich unsere Initiativen ausbauen. Das ist auch unser Wille.

Ich möchte das quittieren, was die Kollegin vorhin gesagt hat: Initiativen wie das Innovation Camp BW sind das bewusste Gegenstück zu einer ängstlichen Abschottungspolitik.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Eine intensive Kooperation der Wissenschaftler und der Firmen in unserem Land – darum geht es – bringt Innovationen voran, und Innovationen stärken nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern sie verbessern auch die Lebensbedingungen der Menschen – im Bereich der Medizin, des Umweltschutzes, der Ernährung. Deswegen brauchen wir mehr Innovationen. Alles, was wir tun können, um Innovationen voranzubringen, werden wir gemeinsam tun.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Da sind wir gespannt!)

Dem setzt die AfD ihren Slogan entgegen: „Hol Dir Dein Land zurück!“ Trump formuliert ähnlich. Er will nämlich mit höheren Zöllen auf Stahlprodukte die Stahlindustrie wieder aufbauen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das wird nicht funktionieren. Da fällt mir der Satz von Karl Valentin ein, der zu solchen Leuten gesagt hat: „Die Zukunft war früher auch besser!“

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Der Angst vor Veränderungen müssen wir Vernunft, Augenmaß, Maß und Mitte entgegenstellen. Wir brauchen keine Deals à la Trump, sondern wir brauchen Handelsabkommen.

(Beifall des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Das, was Juncker in Washington erreicht hat, war großartig. Er hatte die richtige Verhandlungsstrategie; dies konnte er aber nicht auf der Basis von Deals tun, sondern auf der Basis von multilateralen Handelsabkommen mit einem Streitschlichtungsmechanismus. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen wir natürlich auch Abkommen wie TTIP oder CETA.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir machen diese Abkommen nicht, um unsere kulturellen Eigenheiten einzuebennen, sondern wir machen diese Abkommen, um die Zusammenarbeit zu vertiefen, den freien Weltmarkt zu fördern. Deswegen brauchen wir solche Abkommen auch mit Afrika.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Nur wenn wir solche Abkommen mit Afrika machen, können wir diesem Kontinent auf die Beine helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Mack, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

**Abg. Winfried Mack** CDU: Ja, bitte schön.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Danke, Herr Mack, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Ich wollte von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass europäische Fahrzeuge, die in die Vereinigten Staaten exportiert werden, mit 2,5 % Zoll belegt werden, während US-Pkws, die nach Deutschland importiert werden, mit 10 %, Lkws mit 22 %

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

und Motorräder – je nach Hubraum – mit 6 bis 8 % Zoll belegt werden. Ich wollte wissen, ob Ihnen dieser Kenntnisstand vorliegt.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Kollege, da kann ich Sie beruhigen: Dies ist dem ganzen Haus bekannt. Aber genau deshalb geht es darum, dass man Handelsabkommen hat, dass man miteinander spricht, dass man das in einem Handelsrahmen und im Rahmen eines Abkommens miteinander diskutiert und nicht nur Einzelbetrachtungen, sondern eine Gesamtbetrachtung macht. Deswegen brauchen wir Handelsabkommen und keine Deals à la Trump.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Mack, es gibt eine weitere Zwischenfrage.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Nein, jetzt reicht's. Danke schön.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Okay.

**Abg. Winfried Mack** CDU: Zusammenarbeit mit Kalifornien bedeutet für mich: Wir sollten nicht nur die technologische Zusammenarbeit fördern, wir sollten auch den Austausch innerhalb der Geisteswissenschaften intensivieren.

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die Globalisierung und die Digitalisierung schreiten nämlich rasend voran. Allein in den kommenden drei Jahren wird sich das Datenvolumen vervielfachen und mit ihm die technischen Möglichkeiten. Die technischen Möglichkeiten werden in den nächsten zwei, drei, vier Jahren aufgrund des veränderten Datenvolumens eine absolute Revolution erfahren. Aber mit den technischen Möglichkeiten muss der Mensch Schritt halten können; sonst kann das zu großen Verwerfungen führen. Deswegen müssen wir lernen, mit unseren neuen Möglichkeiten umzugehen, und dabei die Sehnsucht der Menschen nach kultureller Identität, nach Verankerung und Heimat im Blick behalten.

(Winfried Mack)

Die Menschen – sagte vor 15 Jahren Ralf Dahrendorf, unser früherer Kollege von der FDP/DVP-Fraktion – könnten nicht in einem Land ohne Grenzen leben. Dahrendorf – Zitat –:

*Eine Welt ohne Grenzen ist eine Wüste; eine Welt mit geschlossenen Grenzen ist ein Gefängnis, die Freiheit gedeiht in einer Welt offener Grenzen.*

So ist es, und dafür arbeiten wir.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! „Exportland Nr. 1“ – bevor ich zum eigentlichen Thema komme, möchte ich es nicht versäumen, Sie darauf hinzuweisen, dass wir einen Teil unseres Erfolgs über den Targetsaldo selbst bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bereits knapp eine Billion schulden uns unsere europäischen Kunden.

Doch hier geht es um den außereuropäischen Export. Seit Monaten kocht der Handelsstreit zwischen den USA und China immer weiter hoch. Auch die EU ist inzwischen in das Schussfeld von Donald Trump, seiner „America First!“-Strategie, gekommen. Baden-Württemberg ist hiervon ganz besonders betroffen; denn 12 % seines Gesamtexports gehen in die USA. In keinem anderen Bundesland spielt die Industrie eine wichtigere Rolle als hierzulande. Für den Maschinenbau sind die USA der wichtigste Exportpartner, ebenso für die Automobilindustrie.

Laut Bundeswirtschaftsministerium würde eine Anhebung der US-Autozölle von 2,5 auf 25 % die deutschen Automobilfirmen mit Milliardenbeträgen im Jahr belasten. Keine Frage, die baden-württembergische Industrie würde von einer weiteren Eskalation des Handelsstreits im Mark getroffen.

Wenn nun Herr Ministerpräsident Kretschmann zu einer offiziellen Reise in die USA aufbricht, sollte es selbstverständlich sein, dass der Handelsstreit dort ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Thema sein muss,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

insbesondere da Trump mit seiner Kritik an der EU ausdrücklich die Marke Mercedes angesprochen hat. Wenn das kein Weckruf ist, Herr Kretschmann, was dann?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vor Ihrer Abreise gaben Sie zu Protokoll, dass Ihnen die Handelskonflikte und der weltweite Protektionismus Sorgen bereiten würden. Auf dem Flug in die USA scheint Ihnen allerdings diese Sorge über Bord gegangen zu sein.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Denn vor Ort war davon nichts mehr zu hören. Auf amerikanischem Boden angelangt, wechselte der Herr Ministerpräsident von seiner Rolle des besorgten Landesvaters in die eines Hohepriesters der allzeit grassierenden Klimareligion.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Während die baden-württembergischen Schlüsselindustrien auf ein kraftvolles Eintreten von Ihnen für ihre Interessen gewartet haben, Herr Kretschmann, zelebrierten Sie mit Ihren kalifornischen Glaubensbrüdern auf der Internationalen Klimakonferenz in San Francisco eine klimahysterische Messe nach der anderen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So soll ganz Baden-Württemberg bis 2050 klimaneutral sein.

Bedenkt man die Rolle des Verbrennungsmotors für die baden-württembergischen Schlüsselindustrien, so bedeutet dies nichts anderes, als dass wir bis 2050 nicht nur klimaneutral, sondern auch industrieneutral werden.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Zuruf von der AfD: Kühe produzieren aber auch Methan!)

Dafür und nicht für den Erhalt wirtschaftlicher Substanz werden noch Hunderte Millionen Euro an Steuergeldern verschwendet.

Abgerundet wurde das Besuchsprogramm der von Herrn Kretschmann angeführten Delegation durch den schon obligatorischen Besuch im Silicon Valley. Da waren wir mit dem Wirtschaftsausschuss auch; das war wirklich sehr interessant. Aber: Da staunte der Herr Ministerpräsident nicht schlecht, was seinem eigenen Land denn so fehle, obwohl er bei der letzten Reise – die liegt nur drei Jahre zurück – schon zur selben Erkenntnis gekommen war.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie brauchen offensichtlich mehrere Jahre – also eine richtige zeitliche Verzögerung –, bis Sie da zu einem Schock kommen, sodass Ihnen bewusst ist, wo das Problem hier in unserem Land ist.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass sich der Herr Ministerpräsident die gute Laune auf seiner grünen Spritztour nicht von kontroversen Themen oder gar von „Gott sei es gedankt, Vater Donald Trump“ vermiesen lassen wollte.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was? Von wem? Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Daher auch der größtmögliche Bogen um das Weiße Haus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gott sei es gedankt!)

Auch in Kanada, der nächsten Station der Delegationsreise, ging Ministerpräsident Kretschmann unangenehmen Themen lieber aus dem Weg. Ein Treffen mit dem neuen Premierminister der Partnerprovinz Ontario fiel ins Wasser. Warum? Weil dieser sich weigerte, mit Ihnen über das Thema Energiepolitik zu sprechen.

(Carola Wolle)

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg.  
Dr. Heiner Merz AfD)

Deutlicher können die politischen Präferenzen dieses Ministerpräsidenten nicht gemacht werden. Statt das Gespräch über die Folgen des drohenden Handelskriegs zu suchen, wird erneut das Thema Energiepolitik zur *Conditio sine qua non*.

(Vereinzelt Oh-Rufe)

Dementsprechend fällt auch Herrn Kretschmanns Bilanz seiner Reise aus: Energie, Klima, Migration, neue Mobilität. Alles super. – War da nicht noch was?

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Was ist von einem Ministerpräsidenten auch anderes zu erwarten, der in seiner öko-fantastischen Scheinwelt den Boden der Realität längst verlassen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es bedarf keines Donald Trumps und keines Handelskriegs, um die baden-württembergische Industrie zu ruinieren. Das schaffen Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Truppe, sekundiert von Ihrem freudig ergrüntem CDU-Koalitionspartner, schon ganz allein.

(Beifall bei der AfD)

Der Verbrennungsmotor als Schlüsseltechnik des Landes: Teufelszeug! Diesel: Stickoxide. Benziner: CO<sub>2</sub>. Feinstaub allerorten. – Elektromobilität: Ja, bitte!

Kennen Sie eigentlich die Chancen des Landes? Die fernöstliche Batterieproduktion freut sich schon jetzt. Und die Arbeiter in den Kobaltminen? Sie dürfen weiterhin unter menschenunwürdigen Bedingungen für die emissionsfreie Mobilität arbeiten. Dekarbonisierung, Windenergie, Fahrradschnellwege – diese Liste ließe sich schier endlos fortsetzen.

(Unruhe bei der AfD)

Aber sie zeigt eines ganz deutlich: Am Ende dieses grünen Irrwegs steht unweigerlich die Deindustrialisierung unseres Bundeslands.

(Beifall bei der AfD)

Die Grünen wird es freuen. Sind sie dann nicht dort angekommen, wo sie begonnen haben, bei Sonnenblumen, Jutetaschen und Schmetterlingen?

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich  
Sckerl GRÜNE)

Doch die Menschen und ihr Wohlstand hängen nicht an Sonnenblumen, Jutetaschen und Schmetterlingen, sondern an einer leistungs- und konkurrenzfähigen Industrie.

(Unruhe)

Die aktuelle Reise des Ministerpräsidenten in die USA und nach Kanada hat deutlich gezeigt, dass dieser ebenso wie seine schwarz-grünen Wasserträger die Totengräber dieser Industrie sind, wenn sie nicht umgehend gestoppt werden.

(Beifall bei der AfD)

Im aktuellen Bundesländerranking ist Baden-Württemberg bereits hinter Berlin, hinter Bremen und hinter Hamburg zurückgefallen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: In der Autoindustrie?)

Die Zeichen sind bereits jetzt unübersehbar. Wir von der AfD sind von der kopflosen Einführung erneuerbarer Energien nicht überzeugt,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

wohl aber von der Existenz einer erneuerbaren Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg.  
Beate Böhlen GRÜNE)

Die neuesten Umfragen lassen hoffen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Einige Worte zum Thema, der FDP.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD,  
der Grünen und der CDU – Zuruf von der SPD: Der  
war gut!)

– Nicht zu früh freuen. – Ich habe mich gefragt, lieber Kollege Schweickert, ob das Thema, das Sie angesprochen haben – die Frage, ob die Handelspolitik in der Reise des Ministerpräsidenten eigentlich vorkam – Gestützt wird dies auch durch eine Aussage auf die Frage der SPD, warum das eigentlich die Koalitionsfraktionen nicht beantwortet haben. Also, ich habe heute nichts dazu gehört.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Ich auch nicht!)

Ich habe auch nichts in den Zeitungsmeldungen gelesen. Dort habe ich im Wesentlichen Personality Stories gelesen. Daher finde ich schon, dass Sie etwas nachlegen müssen, meine Damen und Herren von den Grünen und von der CDU.

Was sagen Sie denn nun dazu, dass die Handelspolitik bei dieser Reise keine große Rolle gespielt hat? Ich finde, es wäre im Interesse Baden-Württembergs gewesen, wenn die Handelspolitik eine Rolle gespielt hätte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

Bitte nicht mit Partnerschaftsverletzung argumentieren. In dieser Stadt, Stuttgart, hat 1946 der amerikanische Außenminister Byrnes eine Rede gehalten, in der er dargelegt hat, wie die USA wieder zum Partner Deutschlands werden. Wir haben das auch gelebt. Deswegen darf diese Situation nicht mit der heutigen gleichgesetzt werden. Am gestrigen Abend – für alle, die die „Tagesthemen“ geschaut haben; ich habe sie geschaut – haben wir einen amerikanischen Präsidenten bei der UN-Vollversammlung gesehen, der Patriotismus mit Nationalismus verwechselt hat

(Peter Hofelich)

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

und der einseitige Interessendurchsetzung mit Multilateralismus verwechselt hat. Deswegen will ich an dieser Stelle schon einmal sagen:

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Herr Ministerpräsident, die Aussage, die ich von einem baden-württembergischen Ministerpräsidenten auch in Kalifornien, dem größten Bundesstaat der Vereinigten Staaten mit einer hoch internationalisierten Industrie – anders als an den großen Seen –, mit Aluminium und Stahl, erhalte, lautet: Baden-Württemberg hat ein Interesse an einem regelbasierten internationalen Handelssystem. Das ist unser Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Was ich auch erwartet hätte: Wir waren ja vor drei Jahren schon einmal in Kalifornien, und ich hatte die Freude, dabei zu sein. Ich kenne die Entwicklung einigermaßen. Ich habe 1980 an der San Francisco Bay, an der Universität von Berkeley, ein wunderschönes Sommersemester lang studiert.

(Zuruf von der CDU: Oh! – Zuruf von der SPD: Deswegen!)

Ich war mit meiner Familie jetzt, zwei Wochen vor dem Herrn Ministerpräsidenten, privat drüben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Privat einkaufen!)

Ich finde, man darf schon einmal darüber reden in Baden-Württemberg, dem Staat, Herr Kollege Mack, den Ralf Dahrendorf einmal als das „Kalifornien Europas“ oder das „Kalifornien Deutschlands“ bezeichnet hat. Das hat Ralf Dahrendorf nun wirklich toll in Worte gefasst.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das war es! Vor Grün-Rot!)

– Das ist es. – Man darf aber fragen, wie die gesellschaftlichen Entwicklungen laufen. Wenn man in San Francisco ist, wenn man anderswo in Kalifornien ist, wird man nicht übersehen können, dass der Anteil der Bettler, der Obdachlosen in den Straßen drastisch gestiegen ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Man wird auch nicht übersehen können, dass eine Wohnung in San Francisco, in Kalifornien insgesamt – jedenfalls dort, wo es prosperiert –, sehr teuer geworden ist.

(Unruhe – Zurufe von der AfD – Glocke der Präsidentin)

Man kann nicht übersehen, dass die Glitzerwelt der Shops und die Realität der Straßen einen starken Gegensatz bilden. Es kann doch nicht sein, dass wir glauben, wir könnten uns wirtschaftlich etwas anschauen und gleichzeitig das Soziale ausblenden. Das geht doch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD und der FDP/DVP)

Deswegen habe ich schon meine Zweifel an den Inszenierungen, die wir bei diesen Reisen sehen. Ob Grün wirkt? Das mag schon sein. Aber Grün wirkt für sich; und ob Grün für das Land wirkt, ist eine andere Frage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Bloß nach Bildern zu suchen hat einen etwas schalen Beigeschmack.

Jetzt will ich einmal etwas zu dem sagen, was wirklich von Interesse in dieser Geschichte ist. Das Erste ist: Wir sollten darüber reden, dass wir derzeit auch das Objekt der amerikanischen Innenpolitik sind. Zunächst einmal zurückrudern mit Juncker, weil es bei den Republikanern keine Mehrheit für seinen Kurs gibt. Jetzt wieder die Verschärfung: Die Evangelikalen werden losgeschickt, es geht nur noch um Moral, es geht nicht mehr um die Sache. Es wird selbstverständlich Patriotismus gepflegt. Es geht darum, dass man auf die nächsten Wahlen wieder mit der Emotion zusteuert, weil man sie in der Sache nicht gewinnen kann. Im Grunde genommen sind wir im Augenblick das Objekt der Entwicklung.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sie haben Zeitung gelesen! Super!)

– Frau Kollegin, wir führen hier die Aussprache in freier Rede. Vielleicht habe ich nicht Ihre intellektuellen Höhenzüge erklommen, aber –

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Das war ironisch!)

– Ich muss sagen: Das war ironisch.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir sind hier in einer Situation, in der es um die amerikanische Innenpolitik geht. Deswegen ist es besser, wenn wir unsere Interessen definieren. Wir sind in einer Welt, in der Interessen definiert werden müssen, und diese sollten auch vertreten werden. Das ist überhaupt keine Frage. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir bei einigen Dingen einmal überlegen sollten, wie wir in Europa eigentlich zu agieren haben.

Erstens: Ich bin überzeugt, dass wir zunächst einmal sagen sollten: Die WTO-Regeln gelten. Wer mit uns reden will, muss die WTO-Regeln anerkennen. Denn wir sind dafür, dass es eine internationale Welthandelsorganisation gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir reden in der Außenpolitik miteinander. Es ist ein Unding, dass das, was Frank-Walter Steinmeier und auch andere, die früher Außenminister waren – auch von der FDP –, im Nahen Osten erreicht haben, jetzt mit dem Iran auf einen Schlag wieder weggewischt wird. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Wir haben Interesse daran.

(Peter Hofelich)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Drittens: Wenn wir verhandeln – und das im Interesse Baden-Württembergs –, gibt es keine Senkung von EU-Standards. Das gilt für Gesundheit, für Umwelt, für Sicherheit. Wir wollen keine Standardsenkung, wenn wir in Handelsabkommen hineingehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Weiter: Die Voraussetzung für ein Handelsabkommen ist, dass das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten wird, meine Damen und Herren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! – Abg. Anton Baron AfD: Eijei!)

Da gilt auch, dass wir kein Interesse an Lieferungen von Gas haben, das durch Fracking gewonnen wird. Das sind Dinge, bei denen wir eine klare Linie ziehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Da bin ich gespannt, was die Arbeitnehmer dazu sagen!)

Es gilt auch, dass wir auf TTIP aufsetzen könnten. Wir hätten bei TTIP das, was hier angesprochen worden ist, haben können, dass bei Industrieprodukten auf 0 % Zölle zugegangen wird. Das war etwas. Natürlich hat nicht unbedingt die grüne Opposition TTIP zum Einsturz gebracht, sondern der Unwille der Amerikaner. Trotzdem ist die Position des Ministerpräsidenten zu TTIP unbequem. Denn wir wären froh, wenn wir heute TTIP hätten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Dies gilt auch für unsere Handelsabkommen. Es ist ein demokratischer Prozess,

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

es ist etwas, was das Europäische Parlament kontrolliert

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

und sich berichten lässt. Wir sind nicht diejenigen, die die Kommission allein in diese Richtung laufen lassen. Es ist im Interesse Baden-Württembergs, dass ein starkes Europa mit einer starken Europäischen Kommission und einem starken Europäischen Parlament diese Handelsvereinbarungen führt.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Frau Malmström hat unsere Unterstützung dabei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einem letzten Punkt, der mir noch wichtig ist. Das gilt jetzt auch für das Verständnis der baden-württembergischen Politik – die im Augenblick von ihrer Spitze her nicht vertreten ist. Es ist so, dass Baden-Württemberg ein Exportland ist, wie man immer so schön sagt. Natürlich ist es das, da wir mehr exportieren, als wir importieren. Aber damit ist unsere Position nicht mehr ausreichend beschrieben. Baden-Württemberg wird nicht mehr als Exportland allein stark sein.

Baden-Württemberg ist ein Land, das einen internationalisierten Standort darstellt, der draußen in der Welt mit Produkten und Dienstleistungen unterwegs ist. Deswegen sind in der jetzigen Situation die größte Gefahr für das Land Baden-Württemberg nicht die Exportzölle an sich. Ich sage sogar ein bisschen schnippisch: Die Premiumwagenkäufer in den USA, der Filmregisseur in Beverly Hills, können auch die von Trump geplante 20 % Aufschlag für ihren Mercedes gerade noch verkraften.

(Zuruf von der AfD)

Für uns ist es schwieriger, wenn die internationalen Liefer- und Wertschöpfungsketten gestört werden – egal wo, nicht nur im bilateralen Verhältnis. Das ist das Riskante für Baden-Württemberg. Ich erwarte die Analysefähigkeit einer Regierung und eines Ministerpräsidenten im Ausland; ich erwarte, dass er dies zu einem Hauptthema macht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Deswegen: Ich war nicht dabei, aber nach allem, was ich mitbekommen habe, ist es mehr Inszenierung gewesen, als dass man die Gelegenheit wahrgenommen hätte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Schütz.

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Freihandel ist hochaktuell, es ist brisant, und es ist essenziell für uns. Es gibt, glaube ich, im Moment kaum ein Thema, das uns mehr bewegt. Der Grund dafür ist klar: Die baden-württembergische Wirtschaft ist mit einer Exportquote von über 40 % des Bruttoinlandsprodukts hochgradig internationalisiert. Bei uns hängt jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Außenhandel ab. Durch die weltweiten Verflechtungen sind wir stärker als andere Regionen davon abhängig, wie sich die Zukunft des Freihandels entwickelt.

Wo stehen wir heute? Die globale Handels- und Sanktionspolitik belastet die baden-württembergischen Unternehmen zunehmend. Neue Zölle zwischen den USA und der EU, der Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie der bevorstehende Brexit sorgen für Verunsicherung. Das zeigt auch der kürzlich erschienene Außenhandelswirtschaftsbericht 2018, der vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht wurde. Da zeigt sich nämlich, dass im Moment mehr als 413 000 Unternehmen – das ist ein Rekordwert – die Beratungsangebote der Industrie- und Handelskammern und deren Unterstützung beim Umgang mit den neuen und den alten Hürden in Anspruch nehmen mussten.

Gleichzeitig steigt der ifo-Geschäftsklimaindex, und zwar im August auf 103,8 % nach 101,7 % im Juli. Die Unternehmen in Deutschland waren zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage und haben ihre Erwartungen auch nach oben korrigiert. Neben einer starken Binnenkonjunktur trägt auch der

(Staatssekretärin Katrin Schütz)

Waffenstillstand beim Handelskonflikt mit den USA im Moment zu einer besseren Stimmung bei. Die aktuellen Zahlen deuten auf ein Wirtschaftswachstum von 0,5 % im dritten Quartal hin – das heißt: allein in einem Quartal. Ob das so bleibt, hängt natürlich davon ab, ob tatsächlich eine handelspolitische Kehrtwende im Verhältnis zu den USA zu erwarten ist.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Und dazu muss man es thematisieren!)

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und US-Präsident Donald Trump haben am 25. Juli 2018 in Washington verkündet, dass die Verhandlungen über den Abbau von Zöllen bald beginnen sollen. Die EU solle während dieser Verhandlungen vorerst von den US-Autozöllen ausgenommen werden.

Natürlich ist die Frage, wie belastbar dieser verkündete Deal tatsächlich ist. Bei der gesamten Debatte gilt es zu bedenken, dass deutsche Investitionen in den USA die Wirtschaft massiv stärken. Die deutschen Automobilfirmen und Zulieferer betreiben mehr als 300 Produktionsstätten, Forschungszentren und Verwaltungssitze in den USA.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Staatssekretärin, es gibt eine Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner. Lassen Sie diese zu?

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Gern später. Jetzt würde ich erst einmal inhaltlich fortfahren. Nachher gern.

Diese Unternehmen sichern 118 000 Arbeitsplätze. Das Investitionsvolumen der deutschen Automobilindustrie in den USA beläuft sich auf knapp 33 Milliarden US-Dollar. Die Produktion von Fahrzeugen deutscher Hersteller in den USA hat sich seit 2009 vervierfacht. Letztes Jahr wurden 804 000 Automobile von deutschen Unternehmen in den USA hergestellt; 60 % dieser Autos, die in den USA hergestellt wurden, wurden exportiert. Insgesamt wurden 2017 1,3 Millionen deutsche Autos in den USA verkauft.

Jetzt muss man schon sagen: Die Gefahr von Zöllen ist noch nicht vom Tisch. Ob eine Einigung zwischen Juncker und Trump zur EU Bestand hat, hängt natürlich insbesondere von den Ergebnissen und von der Geschwindigkeit dieser Verhandlungen ab.

Jenseits der Zölle gibt es in den USA aber noch weitere bedeutende Barrieren, z. B. in der öffentlichen Auftragsvergabe. Auch hier besteht ein ganz dringender Handlungsbedarf. Das gilt umso mehr, als die USA für Baden-Württemberg mit 12,2 % aller Exporte das mit Abstand wichtigste Absatzland und das sechstwichtigste Land für den Import sind. Daher ist es ganz wichtig, dass die EU weiterhin geschlossen, entschlossen und WTO-konform agiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir sollten als Europäer nicht die Rule Taker, sondern die Rule Maker sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Die Sorge um einen neuen Handelskonflikt und um wachsenden Protektionismus durch die Trump-Administration wurde von Herrn Ministerpräsident Kretschmann bei der USA-Reise im September mehrfach ausdrücklich in Reden thematisiert. Dabei erfolgte ein klares Bekenntnis zum Freihandel und der Hinweis auf die große Bedeutung der USA als wichtigster Handelspartner Baden-Württembergs.

Unter den strategischen Schwerpunktthemen Handel, Produktion und Technologie besuchte die Wirtschaftsministerin, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, bereits im Oktober 2017 die US-Hauptstadt Washington, den Bundesstaat Alabama und den Bundesstaat Kalifornien. Dabei traf sie politische Mandats- und Entscheidungsträger aus Senat, Repräsentantenhaus und Regierung. Hier ging es im Wesentlichen allgemein um die transatlantischen Handelsbeziehungen, die Freihandelsabkommen und die Interessen des Exportstandorts Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das hat auch niemand kritisiert! Das war auch gut!)

Wir haben uns eindeutig positioniert, und zwar dahin gehend, dass man die Zukunftsfragen der Automobilindustrie nicht mit Zöllen löst, dass Abschottung keine Antworten bietet und es dabei am Ende nur Verlierer gibt.

Aufgrund der Bedeutung sage ich – auch wenn dies bereits bei allen sich bietenden Gelegenheiten thematisiert wird –: Ich halte es für elementar wichtig, einen gelebten Freihandel zu praktizieren und auch zu demonstrieren. Das sehen Sie auch an den Landespartnerschaften mit unterschiedlichen Ländern, so wie jetzt in Kalifornien. Da lebt man es, und man praktiziert es.

Dies stand auch bei der von mir geleiteten Teildelegation „Digitalisierung und Industrie 4.0“ im Fokus. Dabei kam es zu zahlreichen Treffen zwischen baden-württembergischen Unternehmen und Unternehmen in den USA.

Nicht zuletzt muss man auch das von uns initiierte Programm „Innovation Camp BW Silicon Valley“ hervorheben. Das bietet eine sehr gute Gelegenheit, sich auf der Ebene der Unternehmen frei auszutauschen und zu kooperieren. Das wird von uns ganz bewusst für kleine und mittlere Unternehmen angeboten. Wir haben hier einen Repräsentanten. Wir haben hier einen Innovationsscout vor Ort. Da wird beispielsweise bei der Ansiedlung von Unternehmen geholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung bekennt sich ganz klar zum fairen Freihandel. Die Handelskonflikte zwischen den USA und der EU, aber auch mit China, Russland und dem Iran zeigen, wie wichtig für uns der offene Austausch und der faire Freihandel sind. Fairer Freihandel ist ein hohes Gut, gerade in den aktuell unruhigen Zeiten.

Protektionistische Entwicklungen im internationalen Handelssystem sind eine Bedrohung für den gesamten Welthandel, insbesondere auch für die exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg. Entsprechende Handelsabkommen können da ein Zeichen für den multilateralen, regelbasierten Freihandel setzen, auf dem auch der Wohlstand hier in Baden-Württemberg beruht.

CETA ist deshalb ein Vorbild für andere EU-Abkommen. Vor einem Jahr ist das europäisch-kanadische Freihandelsabkom-

(Staatssekretärin Katrin Schütz)

men CETA vorläufig in Kraft getreten. Neben Erleichterungen für den Handel und für Investitionen der mit Kanada verbundenen Unternehmen liefert das Abkommen einen Eckpfeiler der EU-Handelspolitik, gerade mit Blick auf die USA.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das ist richtig! Würden Sie da im Bundesrat zustimmen?)

Die ersten Erfahrungen aus der Wirtschaft zeigen auch, dass das bisher modernste Abkommen der EU die Handelsbeziehungen und den Marktzugang in Kanada spürbar verbessert und den bilateralen Handel erleichtert. Daher kann es auch Vorbildfunktion für andere Abkommen der EU haben.

Das Abkommen mit Japan ist ebenso ein gutes Signal vor dem Hintergrund des wachsenden Protektionismus. Am 17. Juli 2018 unterzeichneten die EU und Japan ihr Freihandelsabkommen. Nach der Unterzeichnung ist jetzt eine rasche Ratifizierung durch den Rat und das Europaparlament wichtig. Damit würde die EU ihre Handlungsfähigkeit in der Handelspolitik deutlich unterstreichen.

Schon rein wirtschaftlich ist das EU-Japan-Abkommen, das Abkommen zwischen Europa und der drittstärksten Wirtschaftsmacht der Welt, wichtig. Aber fast noch wichtiger ist die symbolische Bedeutung. So setzen diese beiden großen Wirtschaftsräume ein ganz klares Zeichen für regelbasierten Handel und gegen Importbeschränkungen. Es ist ein wichtiges Signal, wenn die EU-Länder mit starken Partnern wie Kanada, Japan oder auch dem Mercosur gegen den grassierenden Protektionismus voranschreiten. Hier müssen und werden andere folgen.

Meine Damen und Herren, selbst wenn es im Moment nicht so aussieht: Jede Krise kann auch eine Chance sein. Der transatlantische Handelskonflikt zwingt die EU zu größerer Geschlossenheit. Nur geschlossen können wir beim Kräftenessen mit den großen Wirtschaftsmächten USA und China mithalten. Wie ein im Haus bekannter Politiker schon einmal gesagt hat: Wir müssen uns entscheiden, ob wir am Tisch sitzen möchten oder ob wir auf der Speisekarte stehen möchten.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU:  
Wer hat denn das gesagt? – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wer war das?)

Wenn also am Ende der gegenwärtigen Krise der globale Handel freier und fairer ist als heute, dann wäre das insgesamt ein Gewinn.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt können Sie Ihre Zwischenfrage stellen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Vielen Dank. Es klingt ja eher nach einer Abschlussfrage.

Die Stoßrichtung der heutigen Debatte, dass man Donald Trump als Freihandelsfeind bezeichnet, wundert mich ohnehin. Der Freihandelsfeind sitzt wohl eher in der EU mit den entsprechenden asymmetrischen Zöllen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ach so!)

Wie stehen Sie denn dazu? Was tut die Landesregierung, um auf EU-Ebene – das liegt uns ja nun wirklich nahe – dafür zu sorgen, dass die unvergleichlich hohen Zölle auf vielfältigen

Gebieten und auch die nicht tarifären Handelshemmnisse – Umweltschutzaufgaben, Verbraucherschutzauflagen für Länder, die unter Umständen manche Dinge gar nicht erfüllen können, Mindestabnahmen für Importeure und Ähnliches – angepackt werden, damit hier endlich etwas geschieht und die EU echten Freihandel betreibt? Ich bin der Überzeugung, dass der Kaufmann Donald Trump, der nun auf der Hälfte seiner Legislatur einen ziemlich großen Erfolg hingelegt hat,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Da müssen wir doch lachen!)

genau darauf abzielt, dass es auf der Welt echten Freihandel gibt.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Reden wir vom gleichen Trump? – Zurufe: Fragen!)

Was tut die Landesregierung auf EU-Ebene, bei Herrn Juncker und seinen Gehilfen?

**Staatssekretärin Katrin Schütz:** Wenn wir einmal auf das Thema dieser Aktuellen Debatte zurückkommen, dann ist das, was die Landesregierung macht, genau das, was gefordert wird. Denn wir führen Gespräche, wir leben Partnerschaften, wir sind dabei unterwegs. Wie Sie wissen, führte diese Reise nach Silicon Valley und nicht nach Washington, in die Hauptstadt. Themen der Reise waren z. B. Digitalisierung, Mobilität, Industrie 4.0, und dabei hat dieser faire, freie Handel immer eine Rolle gespielt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Dr. Schweickert für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Lindlohr, das habt ihr doch gar nicht nötig. Ich glaube, ich brauche gar nicht klarzustellen, dass für unsere Fraktion und für mich ganz persönlich die USA und Kanada unsere Freunde sind; das ist ja gar keine Frage.

Aber ich bezeichne – da bin ich überhaupt nicht einig mit Herrn Fiechtner – Herrn Trump schon als Freihandelsfeind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Wer etwas anderes behauptet, der soll mir mal einen Beleg liefern. Wenn man diese – –

(Zurufe von der AfD)

– Da kommt ihr immer mit den Zollsätzen für die Autos. Da muss man einmal die Historie betrachten, um zu erkennen, warum die eingeführt wurden. Es war Ronald Reagan, der seiner Bevölkerung unbegrenzte Mobilität ermöglichen wollte. Deswegen haben die USA damals diese Zölle einseitig abgesenkt. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir fairen Handel hinbekommen. Aber probieren Sie nicht immer, die Faktenlage zu verdrehen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

(Dr. Erik Schweickert)

Um was geht es denn? Es geht doch darum – das haben der Kollege Mack und der Kollege Hofelich sehr gut herausgearbeitet –: Es gibt jetzt eine Basis von Herrn Juncker. Da sind wir sehr froh, dass Europa gewirkt hat.

(Zuruf von der AfD: Echt?)

– Ja, Europa hat da gewirkt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Nein, die EU hat gewirkt!)

Denn er hat es geschafft, dass eine Basis dafür geschaffen wird, dass es Gespräche gibt. Das war zumindest einmal ein Ansatz. Jetzt muss man dafür sorgen, dass auf jeder Ebene jede Chance genutzt wird, diese Basis zu verstetigen. Das machen wir doch auch auf dem subnationalen Level. Beim „Under 2 MOU“ machen wir es doch auch. Dahinter steckt der Vorwurf, dass das zu wenig war, Herr Ministerpräsident. Da muss mehr passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt  
Beifall bei der SPD)

Wenn man dann hört, dass sich jemand für Freihandel ausspricht, dann muss man schon einmal schauen, ob hier Handeln und Reden zusammenpassen. Im Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen vom 9./10. Dezember 2017 heißt es – das muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen; ich zitiere –:

*CETA widerspricht den Kriterien, die wir Grüne an faire Handelsabkommen anlegen. Nach den von uns in mehreren Beschlüssen festgelegten Bedingungen und roten Linien ist und bleibt CETA nicht zustimmungsfähig. Dies muss weiterhin grüne Haltung auf allen Entscheidungsebenen sein.*

(Zuruf von der FDP/DVP: Hört, Hört!)

Damit haben die Grünen den Ministerpräsidenten an die Leine genommen.

Ich bin ja der Meinung, dass Sie, Herr Ministerpräsident, viel freihandelsfreundlicher sind, als Sie tun. Denn wie könnten Sie sonst am 21. September dieses Jahres in der „Südwest Presse“ wie folgt wiedergegeben werden? Ich zitiere:

*Was das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) angeht, zeigte sich Kretschmann optimistisch, dass man die Bedenken in der Bevölkerung gegenüber einzelnen Passagen ausräumen könne.*

Ja, genau. – Was wir kritisieren, ist, dass diese Landesregierung nichts unternimmt, dass man nicht mit einem klaren Bekenntnis nach Kanada geht. Ich bin sicher, Sie hätten mehr als zehn Minuten bei Herrn Trudeau bekommen, wenn Sie ein klares Bekenntnis zu CETA abgegeben hätten und gesagt hätten: „Baden-Württemberg steht hier auf einer Seite mit Kanada.“ Denn wir wären heute froh, TTIP und andere Abkommen wären bereits geschlossen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD  
– Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deshalb haben all die Kollegen recht, die gesagt haben, der Freihandel ist wichtig. Aber ich hoffe, dass das nicht bloß

Sonntagsreden sind, sondern dass man das Ganze umsetzt. Denn es ist in diesem Bereich extrem wichtig, dass Reden in Kanada und Handeln in Baden-Württemberg nicht so massiv auseinanderklaffen.

Meine Damen und Herren, so darf es nicht weitergehen. Wir dürfen uns nicht nur mit Worten für Freihandel einsetzen, wir müssen auch etwas tun. Da ist jeder gefordert, insbesondere aber unsere Landesregierung, weil nicht klar ist, wohin bei ihr der Weg hier gehen soll. Packen Sie das Thema endlich an!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Resümee der Debatte können wir festhalten: Die AfD nimmt die Realität unseres Wirtschaftsstandorts in keiner Weise wahr.

(Lachen bei der AfD)

Die AfD träumt von einer Nationalökonomie. Die AfD schadet unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

FDP/DVP und SPD haben von Frau Staatssekretärin Schütz gehört, dass ihre Kernkritik fehlgeht, weil der Freihandel vom Ministerpräsidenten und der gesamten Delegation adressiert wurde

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dazu hat sie gar nichts gesagt!)

und Grundlage unserer Politik ist, auf der diese erfolgreiche Kooperation, die jetzt weiter in Gang kommt, aufbaut.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Was wollen Sie denn noch exportieren?)

Ich komme zum Thema CETA. Belgien hat den Europäischen Gerichtshof angerufen. Eine Entscheidung steht noch aus. CETA ist in den wesentlichen Teilen, dem EU-only-Teil, bereits in Kraft bezüglich der Zölle und Tarife. Das ist auch gut so. Ob die Investor-Staat-Schiedsgerichte mit unserem Recht vereinbar sind, prüft jetzt zu Recht der EuGH. Das warten wir selbstverständlich ab. Wir halten das für eine sehr wichtige Frage, die zu klären ist, und sind bezüglich dieser internationalen Schiedsgerichtsbarkeit weiterhin kritisch, und das auch mit gutem Recht.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie zum Schluss, bitte.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Ja. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kern ist, dass diese Regierung handelt.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Sie haben keinerlei Alternativen aufgezeigt zu dem, was eine Landesregierung hier leisten kann. Diese Landesregierung

(Andrea Lindlohr)

leistet viel mehr als viele andere zur internationalen Kooperation,

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das ist ja das Bedauerliche!)

und das ist gut für unseren Standort.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stächele das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt kommt ein Zeuge!  
– Abg. Nicole Razavi CDU: Ein Zeitzeuge!)

**Abg. Willi Stächele** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist verdammt viel Kluges gesagt worden zur Handelspolitik, zur Finanzpolitik, zur Steuerpolitik. Aber offen gestanden war, was die Reise angeht, auch viel Klugscheißerei dabei. – Wenn das Wort unparlamentarisch sein sollte, dann nehme ich es sofort wieder zurück; aber es stimmt trotzdem.

(Heiterkeit)

Der Einzige, der mir gefallen hat, war der Kollege Hofelich

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Uns auch!)

mit seinem Schlusssatz: „Ich war nicht dabei.“

(Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Das war nicht der Schlusssatz! Der Schlusssatz war besser!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Stächele, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

(Abg. Claus Paal CDU: Der war auch nicht dabei!)

**Abg. Willi Stächele** CDU: Nein. Ich bin noch im Jetlag, da kann ich so etwas nicht ertragen.

(Heiterkeit)

Aber jetzt noch einmal ganz ernsthaft zu dieser Reise. Wenn man eine Reise bewertet, muss man die Personen anschauen und die Themen, um die es geht. Wir hatten die Themen Klima und Mobilität, und da ist es zur Sache gegangen. Da ist Herr Trump mit seiner Klimapolitik nicht außen vor geblieben – eindeutig. Ich gebe hier als Zeuge mit fester Stimme zu Protokoll: Der Angeklagte ist wirklich unschuldig, in dieser Sache zumindest.

(Heiterkeit bei der CDU)

Kurzum: Der Ministerpräsident hat bei diesen Themen deutlich gemacht, wo wir im Gegensatz zu dem stehen, was aus Washington kommt. Das war wichtig.

Zudem kann man doch den Gesprächspartnern nicht Themen aufzwingen. Das Gespräch mit Washington ist übrigens weitgehend auch eine Außenangelegenheit, und da hätten Sie vonseiten der FDP Gelegenheit gehabt, mitzuspielen, wenn Sie denn gewollt hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das Thema CETA wurde schon ein bisschen behandelt!)

Dann muss ich Ihnen zu der gesamten Reise sagen: Es war sicherlich eine Erfahrung, die man gemacht hat. Lieber Kollege Stoch, Sie waren dabei. Sie haben an sich die Reise in der Schlussbewertung auch hoch gelobt. Also, ganz so schlecht kann es nicht gewesen sein, wie der Kollege Hofelich es dann zu beschreiben versucht hat.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der hat es doch nicht schlechtgeredet! Das ist doch lächerlich!)

Wenn Sie eine solche Reise machen und wenn Sie dann Themen haben, dann müssen Sie sich daran halten. Es bringt nichts, wenn Sie auf dem Rollfeld in San Francisco noch irgendwelche Sprüche gegen Trump loslassen. Das Thema, das gesucht wurde, wurde gefunden und erfolgreich für Baden-Württemberg behandelt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich glaube, wenn man wirklich kritisch hätte anfragen wollen, dann hätte man die Delegation fragen müssen: Warum habt ihr etwa beim Klimagipfel nicht die vielen Anwesenden gefragt, warum sie denn nicht aus der Kernenergie aussteigen? Da waren nämlich einige dabei, die zwar auf dem Klimagipfel gekämpft haben, aber zu Hause nach wie vor in voller Tour Kernenergieleistung abrufen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aber ich habe nicht danach gefragt, der Kollege von der FDP/DVP hat nicht danach gefragt. Wir haben nicht gefragt, denn wir sind bei anderen Themen zur Sache gegangen.

Im Übrigen würde ich empfehlen, wenn Sie wirklich etwas über die Geschichte wissen wollen: Ich habe dankbar entgegengenommen, Frau Finanzministerin, dass Sie in Washington und in New York waren, und ich könnte mir vorstellen, wenn jemand von der Vor-Ort-Adresse Washington berichten kann, dann ist es die Finanzministerin, und dann soll sie das machen.

Aber in jedem Fall: Jetzt lassen Sie die Kirche im Dorf. Die Reise war erfolgreich, und dazu stehe ich.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das nächste Mal darfst du wieder mit! – Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort und bitte um etwas mehr Ruhe. – Vielen Dank.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Frau Lindlohr, wenn Sie meinen, wir würden die Realität nicht wahrnehmen, dann muss ich Folgendes sagen: Wissen Sie eigentlich, wie teuer tatsächlich die E-Mobilität ist? Es gibt ein Problem mit der Stromversorgung – Batterieversorgung, Reichweite usw. Sie müssen doch einfach einmal akzeptieren, dass sie nicht so schnell kommt. So lange brauchen wir den Verbrennungsmotor – und Sie reden diesen gerade kaputt mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Zum Thema TTIP: Warum ziehen denn die Gegner gegen TTIP ins Feld? Freihandel ist gut, und das brauchen wir, ja.

(Carola Wolle)

Aber solange beim Thema Investition die Definition nicht klar ist – Es gibt große Unterschiede zwischen Europa, der EU, und den USA. Wenn die Definition in Europa so ist, dass tatsächlich getätigte Investitionen gelten, wenn es ums Verklagen geht, und die USA sehen, es sind entgangene Gewinne – da haben jetzt schon Klagen in Bezug auf entgangene Gewinne stattgefunden –, dann wird das zu einem Risiko, in das ich die Unternehmen in unserem Land nicht bringen möchte. Deshalb sind wir gegen TTIP.

(Beifall bei der AfD – Abg. Winfried Mack CDU:  
Nicht abschotten, sondern reden!)

Dazu kann ich Ihnen nur Folgendes sagen: Verbraucherschutz sollte sich auch an dieser Stelle nicht am niedrigsten Niveau orientieren, sondern am höchsten. Es sollte nicht so sein, wie es in Baden-Württemberg in puncto Schulen ist, nämlich, dass man sich am Schlechtesten orientiert.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Claus Paal CDU: Der war doch nicht dabei! –  
Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Das nächste Mal geht er mit!)

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der geschätzte Kollege Stächele – wo ist er? –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ganz hinten! – Zuruf:  
Im Schatten sitzt er! – Heiterkeit)

hat gerade noch einmal gesagt, dass er meine Rede gut fand.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Da ich ihn aber genau kenne, weiß ich, dass er auch anderes gut fand, es nur nicht gesagt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Erik  
Schweickert FDP/DVP: So ist es!)

Bringen wir es doch einmal auf den Punkt: Es ging bei dem, was der Kollege Schweickert und die FDP/DVP eingebracht haben, nicht um die Frage, ob die Reise gut oder schlecht war, sondern es ging um die Handelspolitik, die ja im Zentrum dieser Reise stand.

In der heutigen Debatte wurde festgestellt, dass die Interessen Baden-Württembergs auf der Ebene der Handelspolitik formuliert werden müssen. Eine solche Formulierung hat dieses Parlament heute, jedenfalls in Teilen, gut geleistet.

Noch eines will ich sagen: Es heißt immer wieder, die Kritik gehe fehl; die Frau Staatssekretärin habe doch alles beantwortet. Antworten der Staatssekretärin habe ich bei ihrer Rede jedoch nicht unbedingt wahrnehmen können. Ich kann nur sagen: Wir sind, Herr Ministerpräsident, in der Situation, dass Sie sich hierauf konzentrieren sollten. Ich habe hier keine Ratschläge zu geben,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Doch!)

aber das ist das, was uns im Augenblick umtreibt. Wir sind beim Thema Handel in einer schwierigen Situation. – Um diese Frage ging es heute.

Deshalb, meine Damen und Herren: Nicht immer alles abtun, nicht so von oben herab! Dieser baden-württembergische Landtag wird sich insgesamt um die Frage kümmern müssen, wie das Interesse Baden-Württembergs bei der weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit künftig auszugestaltet ist. Das ist, denke ich, auch für die kommenden Monate und Jahre der rote Faden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP  
sowie des Abg. Winfried Mack CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht heute um Freihandel, um politische Intervention, um Autozölle, und es geht um die Frage, wie weit die Amerikaner hier einschränkend wirken und inwiefern vielleicht sogar ein Handelskrieg besteht. Ich meine, dies kann man ganz klar bejahen. Nur ist das Beispiel Autozölle nicht das günstigste, weil die Frage ja sehr komplex ist. Hier kann man auch die Frage der asymmetrischen Zölle anbringen.

Aber es gibt eine Frage, die man in diesem Zusammenhang, Herr Kretschmann, nicht ausklammern kann, nämlich die Frage, wo am deutlichsten der Interventionismus, der geopolitisch motivierte Interventionismus der Amerikaner, zum Ausdruck kommt: Das ist das Thema Russland. Nehmen Sie das Beispiel Nord Stream 2! Das ist die dreisteste Einmischung in die politischen und wirtschaftlichen Interessen unseres Landes, die man sich überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Da wollen die Amerikaner uns allen Ernstes dazu zwingen, diese Nord-Stream-2-Leitung nicht zu bauen. Mit welcher Begründung? Die Begründung ist, dass man das Fracking-Gas verkaufen wolle. Das sagt man nicht. – Das ist unappetitlich genug; das lassen wir mal weg.

Aber dann heißt es, die Ukraine dürfe nicht dreieinhalb Milliarden an Transitgebühren verlieren. Und noch schlimmer: Sie, die USA, sind besorgt, dass wir von Russland geopolitisch abhängig werden.

Also, das ist ein massiver politischer, geopolitischer Eingriff in unsere Wirtschaftsfreiheit und in den Freihandel überhaupt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Daher, meine Damen und Herren, können wir uns nicht auf solche Dinge beschränken wie asymmetrische Zölle oder Protektionismus oder auf so hehre Begriffe wie „Fairness in der Wirtschaft“. Wir müssen unsere Außenhandelspolitik ganz klar in ein geostrategisches Konzept einbauen; wir müssen das ganz klar mit geopolitischen Interessen verbinden.

(Dr. Wolfgang Gedeon)

Wenn wir nämlich immer nur von hehren Prinzipien und Fairness reden, und die anderen setzen eiskalt – Trump ist ja berühmt dafür – ihre geopolitischen Interessen durch, dann werden wir in der Geoökonomie bald nicht mehr ganz oben stehen, sondern irgendwo im Mittelfeld oder noch weiter unten.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Entlassung der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer MdL – Drucksache 16/4774**

**– dringlich gemäß § 57 Absatz 2 Nummer 3 der Geschäftsordnung**

Meine Damen und Herren, ein solcher Antrag bedarf nach § 56 unserer Geschäftsordnung der Unterstützung durch ein Viertel der Mitglieder des Landtags oder durch zwei Fraktionen. Nachdem der vorliegende Antrag Drucksache 16/4774 von zwei Fraktionen, der SPD und der FDP/DVP, eingebracht wurde, sind die formalen Voraussetzungen für die Zulässigkeit erfüllt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion vorzusehen.

In der Aussprache erteile ich nun für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

**Abg. Andreas Stoch** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir heute unter Punkt 2 der Tagesordnung unserer heutigen Plenarsitzung zum Entlassungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP/DVP bezüglich Frau Ministerin Bauer kommen, dann ist das ganz sicher nicht alltäglich. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Mit einem Entlassungsantrag gehen wir, die beiden Fraktionen, sehr weit, aber wir tun das nicht ohne Grund. Wir gehen so weit, weil die Ministerin zu weit gegangen ist –

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

eine Ministerin, die sich in eine Affäre verwickelt sieht, in der sie dem Parlament und der Öffentlichkeit nicht die Wahrheit gesagt hat; eine Ministerin, die ihre Position missbraucht hat, um eine angeblich unabhängige Kommission einzusetzen und diese dann an der kurzen Leine zu führen, damit die Kommission letztlich nicht nach den Fakten, sondern nach dem Willen der Ministerin agieren sollte; eine Ministerin, deren Haus bereits mehrfach sowohl gegenüber dem Untersuchungsausschuss als auch gegenüber den Gerichten, die mit diesen Verfahren betraut sind, wichtige Dokumente nicht vorgelegt hat – was die Ministerin zumindest nicht verhindert, womöglich sogar selbst veranlasst hat –; eine Ministerin, die das Parlament getäuscht und falsch informiert hat; eine Ministerin – so

sagt es das Gericht –, die ihre Dienst- und Fürsorgepflichten gegenüber der Rektorin einer Hochschule des Landes aufs Größte verletzt hat. Dies sind Vorwürfe, die schwer wiegen und einen Entlassungsantrag rechtfertigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

All das, was ich aufgeführt habe, ist für eine Ministerin dieses Landes, Mitglied dieser Landesregierung, völlig untragbar.

Unerträglich ist aber auch der Umgang der Ministerin mit einem Urteil, das uns in den Sommermonaten mitgeteilt wurde. Wir haben Ende August die Urteilsbegründung in dem Verfahren, das die Rektorin der Hochschule gegen ihre Entlassung angestrengt hat, erhalten. Wenn das Wissenschaftsministerium bzw. die Ministerin die Ausführungen des Urteils öffentlich als absurd bezeichnet, dann ist das keine Reaktion, die einer Ministerin zusteht. Wenn sich Minister über das Recht, über das Gesetz erheben, dann ist eine Grenze überschritten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es würde hier ausreichen, den Entlassungsantrag zu begründen, indem das Urteil, 50 Seiten lang, vorgelesen wird. Wir möchten konkretisieren, warum wir, die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit der FDP/DVP-Landtagsfraktion, glauben, dass hier eine Grenze überschritten ist, die eine Entlassung von Frau Ministerin Bauer rechtfertigt: einmal aufgrund der vorsätzlichen Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit, des Weiteren aufgrund der groben Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber einer Beamtin und zuletzt aufgrund der erkennbar mangelnden Aufklärungsbereitschaft gegenüber der Justiz und dem Landtag von Baden-Württemberg.

Ich möchte vorwegschicken: Warum kommt dieser Entlassungsantrag jetzt? Der Untersuchungsausschuss macht sich seit Monaten die Mühe, die Vorgänge in der Hochschule Ludwigsburg aufzuklären. Es war richtig, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Denn die Vorgänge, die dort Gegenstand der Untersuchungen sind, sind nichts anderes als ein über längere Zeit stattfindender Rechtsbruch. Wie das Nicht-handeln des Wissenschaftsministeriums in diesem Zusammenhang zu bewerten ist, das wird letztlich auch Gegenstand im Rahmen der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses sein.

Aber es gibt eben nicht nur die Vorgänge in Ludwigsburg, sondern es gibt auch die Frage nach der persönlichen Verantwortung und die Frage nach der persönlichen Einflussnahme durch die Ministerin. Und wann, wenn nicht nach Vorliegen eines Urteils des Verwaltungsgerichts, in dem das Verwaltungsgericht die erhobenen Vorwürfe in aller Deutlichkeit bestätigt, wann, wenn nicht zu diesem Zeitpunkt, nämlich in der darauffolgenden Plenarsitzung, muss dieser Entlassungsantrag gestellt werden? Wenn die Ausführungen in der Urteilsbegründung des Gerichts eindeutig erkennen lassen, dass die Ministerin das Parlament getäuscht und die Fürsorgepflicht gegenüber einer hochrangigen Beamtin verletzt hat, ist die Grenze für die Einbringung eines Entlassungsantrags überschritten. Deswegen wird er heute von uns eingebracht.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD  
und der FDP/DVP)

Zum Vorwurf der vorsätzlichen Täuschung: Frau Ministerin Bauer hat hier im Parlament ausführlich dargelegt, nachdem eine Kommission eingesetzt wurde, dass diese Kommission angeblich extern, unabhängig und frei arbeiten könne. Ich weise auf Seite 34 des Urteils hin, und ich weise auch darauf hin, dass ein Verwaltungsgericht auf der Grundlage des Amtsermittlungsgrundsatzes alle für das Gericht erreichbaren Informationen zur Urteilsfindung herbeizuziehen hat.

(Zuruf des Abg. Thomas Hentschel GRÜNE)

Das Gericht stellt dem all die Behauptungen gegenüber, die die Ministerin hier im Parlament aufgestellt hat, was die Unabhängigkeit der Kommission angeht. Dann findet sich in der Folge aber der Satz – auf Seite 34 am Ende des ersten Absatzes –, dass durch diesen Vortrag erkennbar der Eindruck erweckt werden sollte,

*insbesondere gegenüber den Gremien der Hochschule ..., die Kommission sei als vom Ministerium getrennt und unabhängig anzusehen.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gericht fährt im Rahmen der Urteilsfindung im folgenden Absatz dann mit folgendem Satz fort:

*Aus den internen Vermerken und den mit Schriftsätzen vom 12.09.2016 ... vorgelegten Kommissionsakten ergibt sich zum Verhältnis zwischen Ministerium und Kommission ein völlig anderes Bild:*

Hieraus lässt sich erkennen, dass die Ministerin hier im Parlament nicht die Wahrheit gesagt hat. Die Ministerin hat das Parlament getäuscht, was die Unabhängigkeit der Kommission angeht. Die Ministerin ist in ihrem Amt nicht mehr tragbar.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Das Verwaltungsgericht geht in seinem Urteil ja weiter. Das Verwaltungsgericht zeichnet aufgrund der Aktenlage Punkt für Punkt nach:

*Wie eng,*

– das ist jetzt ein Zitat aus dem Urteil –

*geradezu Hand in Hand, Kommission und Ministerium ihr Vorgehen insbesondere mit Blick auf die Klägerin abgestimmt haben, ...*

Die Einsetzung der Kommission sollte – so die Intention der Ministerin – Ergebnisoffenheit vorgaukeln. Tatsächlich stellt das Verwaltungsgericht in seinem Urteil aber fest, dass es der Ministerin nur darum ging, die Rektorin zum Rücktritt zu drängen oder genügend Argumente für ein zweites Abwahlverfahren zu sammeln. Sie, Frau Ministerin, haben das Parlament getäuscht. Das ist inakzeptabel. Treten Sie zurück!

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Das Gericht kommt zu einem weiteren Punkt, nämlich der Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber einer Beamtin des

Landes. Das Land Baden-Württemberg – ich möchte das noch einmal deutlich sagen – ist auf die umfassende Treupflicht seiner Beamten angewiesen. Diese Treupflicht korrespondiert mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten. Dazu gehört auch – so wird es ausdrücklich auch im Urteil ausgeführt – die Pflicht des Dienstherrn, den Beamten gegen unberechtigte Vorwürfe in Schutz zu nehmen.

Frau Ministerin Bauer – so das Urteil – hat diese Fürsorgepflicht gröblich verletzt. Aufgrund der Kommissionsakten ergibt sich eindeutig, dass es das Hauptanliegen von Frau Ministerin Bauer und der Kommission war, Frau Stöckle zum Rücktritt zu drängen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer in dieser Weise eine Rektorin, eine hochrangige Beamtin, nicht gegen unberechtigte Angriffe in Schutz nimmt, sondern sie – so sage ich – zum Abschluss freigibt, der hat die Fürsorgepflicht gegenüber dieser Beamtin aufs Größlichste verletzt, Frau Ministerin.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie des  
Abg. Anton Baron AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt noch die mangelnde Aufklärungsbereitschaft hinzu. Als wären dies noch nicht Gründe genug, hat Frau Ministerin Bauer von Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses an und auch hier im Parlament nicht wirklich Bereitschaft gezeigt, die Aufklärung dieses Skandals zu befördern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion, wenn Sie uns vorwerfen, mit diesem Entlassungsantrag unser Aufklärungsinteresse im Untersuchungsausschuss an den Nagel zu hängen, sind Sie an dieser Stelle völlig schiefgewickelt. Es war doch Ihre Ministerin, die zwei Mal zugeben musste, nicht alle Akten vorgelegt zu haben. Zuletzt hat der zuständige Referent im Wissenschaftsministerium am vergangenen Freitag im Untersuchungsausschuss sogar zugegeben, dass es eine bewusste Entscheidung war, nicht alle Akten vorzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer einen Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg für dumm verkaufen will, sollte sein Amt räumen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Eben weil wir wissen wollen, was wirklich passiert ist, weil wir ein wirkliches Aufklärungsinteresse haben, ist es für uns von großer Bedeutung, dass diese Ministerin ihr Amt räumt. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Aufklärung der Vorgänge in Ludwigsburg wird nur dann möglich sein, wenn die Erkenntnisse nicht scheinbar nach außen gelangen. Es geht nicht an, dass die Geschäftsstelle des Untersuchungsausschusses erkennt, dass Unterlagen nicht vollständig sind, beim Ministerium nachfragen muss, und es dann dazu kommt, dass das Ministerium kleinlaut Aktenteile nachliefern muss, weil man ihm auf die Schliche gekommen ist.

Herr Ministerpräsident, das Fehlverhalten von Ministerin Bauer in diesem Vorgang ist unerträglich und ist ihres Amtes und auch der Landesregierung unwürdig. Dies beschädigt nicht nur das Verhältnis der Regierung zu den Hochschulen des Landes, es beschädigt auch massiv das Vertrauen der Menschen in die Politik.

(Andreas Stoch)

Überdies erinnert vieles in furchtbarer Weise auch an schwärzeste Zeiten des Südwestpolitiksumpfes: Machtpolitiker, die über alle Grenzen ihrer Befugnisse wie auch über die Grenzen des Anstands hinweg ihre Ziele durchsetzen wollen und die letztlich entscheiden wollen, was recht und was billig ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Landesregierung und eine Ministerin stehen nicht über dem Gesetz. Wenn die Ministerin glaubt, über dem Gesetz zu stehen, ist sie in dieser Landesregierung nicht mehr tragbar.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Wir wollen, dass dies in Baden-Württemberg aufhört, und wir wollen, dass dies nicht wieder anfängt. Ein politischer Sumpf ist nicht besser, nur weil er grün ist. Was sich die Ministerin geleistet hat, ist auch Wasser auf die Mühlen derer, die Politik verächtlich machen wollen. Wer versucht, in seinem Amt frei, nach Gutdünken zu agieren, wer sich über Recht und Gesetz erhebt, der kann nicht Teil der Landesregierung sein.

Frau Ministerin, Sie haben den in Artikel 48 der Landesverfassung festgelegten Amtseid geleistet. Er lautet:

*Ich schwöre, dass ich ... Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.*

Diesen Amtseid haben Sie vorsätzlich und mehrfach gebrochen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie klarstellen wollen, dass nur eine Ministerin hinter diesem Fehlverhalten steht und nicht eine ganze Landesregierung, dann müssen Sie Frau Ministerin Bauer entlassen. Es ist schlimm und beschämend genug, dass sie nicht selbst geht. Ein politisches Amt zu bekleiden heißt nicht nur, Verantwortung übertragen zu bekommen; man muss diese Verantwortung auch übernehmen.

Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen voll und ganz zu: Regieren ist eine Stilfrage. Wir wissen aber alle, dass es hier schon lange nicht mehr um guten oder schlechten Stil geht. Es geht in dieser Affäre um die Frage: Legal oder illegal? Es geht um die Wahrung des Unterschieds zwischen Recht und Unrecht. Dass man darauf reagieren muss, ist aus unserer Sicht keine Stilfrage mehr, es ist überhaupt keine Frage mehr. Herr Ministerpräsident, entlassen Sie diese Ministerin!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen von SPD und FDP/DVP haben vor einiger Zeit dafür gesorgt, dass dieser Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Durch diesen Untersuchungsausschuss kam Licht in die rechtswidrige Zulagenpraxis in Ludwigsburg und auch an anderen Hochschulen. Insofern war die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses auch gerechtfertigt.

Sie werden als Vertreter der Koalitionsfraktionen am heutigen Tag wahrscheinlich erklären: Na ja, man hätte doch das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses abwarten können und abwarten müssen, um dann am Ende zu bewerten, ob ein Ministerrücktritt notwendig ist.

Das hätten wir normalerweise auch getan, wenn es nur um die Zulagenpraxis gegangen wäre.

Wir hätten es möglicherweise sogar auch getan, wenn es nur darum gegangen wäre, dass, wie Kollege Stoch es beschrieben hat, der Untersuchungsausschuss hinters Licht geführt wurde, indem Akten nicht vorgelegt wurden, notgedrungen nachgereicht wurden und dergleichen mehr. Frau Ministerin, Sie haben dafür gesorgt, dass Ihr Haus und Sie als Person bei diesem Untersuchungsausschuss von einem Geist der Verschleierung und der Vertuschung getragen gewesen sind. Auch das hat die Opposition in diesem Haus in ihrer unendlichen Langmut noch akzeptiert. Nicht einmal das hat bislang zu einem Entlassungsantrag geführt.

Sie, Frau Ministerin Bauer, haben auch vor diesem Untersuchungsausschuss ausgesagt, und Sie haben in Ihrer Aussage vor dem Untersuchungsausschuss behauptet, es habe keine Beeinflussung der Kommission gegeben, Sie hätten diese Kommission nicht eng geführt, so wie das Verwaltungsgericht Stuttgart es in seinem Urteil festgestellt hat.

Das ist von besonderer Bedeutung – ich werde darauf noch zu sprechen kommen –; denn das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, dessen Begründung uns vor etwa vier Wochen bekannt geworden ist, erhebt im Grunde genommen zwei dramatische Vorwürfe an die Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg.

Den einen hat Kollege Stoch auch schon ausgeführt – ich zitiere –: „Verstoß gegen die gebotene beamtenrechtliche Fürsorgepflicht“. Sie haben eine Fürsorgepflicht gegenüber den Beamtinnen und Beamten, denen Sie vorgesetzt sind, Frau Ministerin, und wenn eine Ministerin, zu der ein Gericht urteilt, dieser Fürsorgepflicht nicht gerecht zu werden, dann können wir, meine Damen und Herren, doch nicht zuwarten! Dann können wir doch nicht sagen: „Lasst sie weitermachen, wir erörtern das Ganze im Rahmen des Untersuchungsausschusses, und am Ende kommen wir vielleicht zu einem Ergebnis.“ Nein! Da muss man die Beamtinnen und Beamten des Landes Baden-Württemberg vor einer solchen Ministerin schützen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Das ist ein schwerer Vorwurf, den das Gericht da formuliert hat.

Aber der zweite Vorwurf ist im Grunde genommen noch schwerwiegender. Ich zitiere sinngemäß: Die von der Ministerin eingesetzte Kommission war nicht unabhängig, sondern hatte zum Ziel, ein weiteres „Abwahlverfahren“ zu erreichen.

Das heißt, Frau Ministerin: Sie haben vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg die Unwahrheit gesagt. Kollege Stoch hat ausgeführt: Sie haben das Parlament und die Öffentlichkeit belogen. Das ist politisch schwerwiegend, Frau Ministerin, aber es ist nicht strafrechtlich rele-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

vant. Eine Landesregierung darf hier lügen, dass sich die Balken biegen.

(Vereinzelt Unruhe)

Das tut sie auch gelegentlich.

(Unruhe – Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wo er recht hat, hat er recht!)

Das ist politisch verwerflich, meine Damen und Herren, aber nicht strafrechtlich relevant.

Wenn Sie, Frau Ministerin, aber vor einem Untersuchungsausschuss lügen, dann kommen Sie mit dem Gesetz in Konflikt, nämlich mit § 153 des Strafgesetzbuchs. Oder, um es anders zu formulieren: Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat geurteilt, dass in der Landesregierung eine Straftäterin sitzt, nämlich Ministerin Theresia Bauer. Das ist das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von der CDU: Das ist aber eine gewagte These! – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Da sagen Sie, meine Damen und Herren, das sei der falsche Moment für einen Entlassungsantrag! Wenn ein Gericht zu einem solchen Urteil gelangt, können wir seitens des Parlaments des Landes Baden-Württemberg doch nicht länger zuschauen – es sei denn, man nimmt diesen Richterspruch nicht ernst. Ich gehe aber davon aus, Herr Ministerpräsident, dass Sie diesen Richterspruch ernst nehmen. Kollege Stoch hat Sie schon an die Landesverfassung und an den Eid erinnert, den auch Sie geschworen haben, nämlich den Eid, die Verfassung des Landes Baden-Württemberg zu achten und das Land vor Schaden zu schützen. Da müssen Sie handeln, Herr Ministerpräsident, und können eine solche Ministerin, über die ein Gericht ein derartiges Verdikt verhängt hat, nicht länger in Ihrem Kabinett dulden – es sei denn, meine Damen und Herren, Herr Kollege Schwarz, man nimmt Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart nicht so ganz ernst.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das fällt auf Sie zurück!)

– Ja, ja. Herr Kollege Schwarz, ich darf Sie an die Landtagsdebatte vom 18. Juli 2018 erinnern. Da haben Sie deutlich gesagt, was Sie von Leuten halten, die Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart nicht ernst nehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Ich zitiere sinngemäß: Die sind eine Gefahr für den Rechtsstaat.

Also Leute, die Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart nicht ernst nehmen, sind eine Gefahr für den Rechtsstaat. Wenn das so ist, Herr Kollege Schwarz, was bedeutet das dann für Ministerin Bauer? Es stellt sich die Frage, wie sich Ihre Fraktion gegenüber Ministerin Bauer verhält, über die das Verwaltungsgericht Stuttgart geurteilt hat, sie sei eine Ministerin, die ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Beamtinnen und Beamten nicht gerecht wird, und sie sei eine Ministerin, die nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch einen Untersuchungsaus-

schuss belogen hat. Uneidliche Falschaussage – so das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart.

Da stellt sich jetzt die Frage: Gilt die Aussage, dass Leute, die dieses Gericht nicht ernst nehmen, eine Gefahr für den Rechtsstaat sind, oder nicht? Ich darf Sie aus der Debatte vom 18. Juli 2018 weiter zitieren:

*Wir sind uns in der Koalition einig – dies ist ein hohes Gut –, dass Urteile der Gerichte in Deutschland zu akzeptieren und umzusetzen sind.*

Bezogen auf das Verwaltungsgericht Stuttgart. Ja, was heißt das denn für Ministerin Bauer? Das würde mich interessieren. Oder ist es vielleicht so, Herr Kollege Schwarz, dass Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart nur dann gelten, wenn sie Ihnen in den Kram passen?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Wenn es um Fahrverbote geht, dann passen Ihnen die Urteile des Verwaltungsgerichts Stuttgart.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Wenn es anders ist, wenn ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart Ihnen mal nicht passt, dann nehmen sich die Grünen heraus – so wie Ministerin Bauer; Kollege Stoch hat es ja zitiert –, die Urteile zu denunzieren und zu sagen: „Das Urteil ist absurd.“ Wenn jemand von uns das Verwaltungsgericht Stuttgart kritisiert, ist er eine Gefahr für die Demokratie, aber die Grünen dürfen erklären, das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart sei absurd. Ist das Ihre Vorstellung, meine Damen und Herren, von Politik und von Rechtstreue im Land Baden-Württemberg?

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Ja, meine Damen und Herren, die Sachlage ist relativ klar. Bei einem solch eindeutigen Urteil kann man nicht zuwarten. Sie werden sich jetzt darauf zurückziehen, zu erklären: „Jetzt warten wir erst einmal ab, was der Verwaltungsgerichtshof sagt.“ Das können wir gern abwarten. Die Situation ist relativ klar. Wir werden heute jeden einzelnen Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg – wenn der Ministerpräsident nicht vorher handelt, wie es eigentlich seine Pflicht wäre –

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

befragen, was er davon hält,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

dass eine solche Ministerin im Landeskabinett sitzt und dass der Ministerpräsident nicht handelt. Sie werden sich wahrscheinlich herausreden und sagen: „Warten wir erst einmal ab, was der Verwaltungsgerichtshof sagt.“

Es gibt ja das berühmte Wort, Frau Bauer: „Bei Philippi sehen wir uns wieder.“ Wenn Sie das heute ablehnen, dann sehen wir uns in Mannheim wieder, Frau Kollegin Bauer. Sie werden dem, was Sie da angerichtet haben, nicht entgehen, selbst wenn eine Koalitionsmehrheit Sie am heutigen Tag stützen sollte. Klar ist: Jeder Ministerpräsident, Herr Kretsch-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

mann, der seinen Amtseid ernst nimmt, müsste eine solche Ministerin aus dem Kabinett entfernen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Wenn es der Ministerpräsident nicht tut, muss der Landtag handeln. Dazu sind wir aufgrund der Sachlage im Grunde genommen verpflichtet.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der Opposition weisen wir heute zurück, denn er ist in der Sache unbegründet.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der SPD – Zuerufe von der AfD)

Und wir weisen die kruden Vorwürfe, insbesondere die des Kollegen Rülke, und auch die Wortwahl, die Sie verwendet haben, zurück.

(Beifall bei den Grünen)

Der Antrag der Opposition ist doch – sagen wir es einmal ganz offen – ein durchsichtiges Manöver. Dieser Antrag der Opposition war zu erwarten. Mit diesem Antrag war früher oder später zu rechnen. Ja, Ihnen ging es immer darum, eine hochgeschätzte, eine geachtete Ministerin zu beschädigen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das hat sie selbst gemacht! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das war von vornherein das Ziel von SPD und FDP/DVP im Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Hat die Ministerin keine Fehler gemacht?)

An Aufklärung in der Sache waren Sie offensichtlich überhaupt nicht interessiert.

(Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch!)

Sie hatten sich Ihr Urteil von vornherein schon gebildet. Der Antrag auf Entlassung war nur eine Frage der Zeit. Und Sie konnten keine substanziellen Vorwürfe gegen die Ministerin persönlich finden.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Meine Güte!)

Sie gehen auch nicht davon aus, noch welche finden zu wollen. Das macht auch der Zeitpunkt Ihres Antrags hier im Parlament deutlich.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Können Sie lesen?)

Denn Aufklärung setzt voraus, dass man sich ernsthaft mit dem Untersuchungsgegenstand auseinandersetzt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig!)

Mit Abwahanträgen, mit Effekthascherei, mit kruden Anschuldigungen klärt man nicht auf, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich habe mich in den letzten Monaten ausführlich damit beschäftigt, und ich kann sagen: Nach eineinhalb Jahren Tätigkeit des Untersuchungsausschusses müssen wir festhalten: Die Opposition will nicht lernen, nicht aufklären, sie will nichts verbessern. Es geht Ihnen nur um Skandalisierung. In der ganzen Zeit hat die Opposition immer steile Vorwürfe erhoben – nichts davon ist belegt,

(Lachen bei der SPD und der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie weltfremd sind Sie eigentlich? Meine Güte!)

nichts davon hat sich als belastbar herausgestellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist geradezu peinlich!)

Wenn Sie wirklich hätten aufklären wollen, wenn Sie ein Interesse an den Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg hätten, dann hätten Sie die Mitglieder der Kommission befragt. Aber um Aufklärung ging es Ihnen nicht. Sie betreiben Effekthascherei, und das finde ich unseriös, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Bei der CDU ist es auch ruhig!)

Sie stellen allein auf der Grundlage kruder politischer Anschuldigungen

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Krude Anschuldigungen“!)

ohne Substanz in der Sache einen Entlassungsantrag. Jetzt soll die Ministerin Einfluss auf Kommissionsmitglieder ausgeübt haben; diese wurden doch als entscheidende Zeugen im Untersuchungsausschuss überhaupt nicht gehört. Ihr Fazit steht aber von vornherein schon fest. Ich finde das unseriös.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist nicht unser Fazit, sondern ein Urteil!)

Das ist ein einmaliger Vorgang, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Peinliche Nummer!)

Wieso machen wir denn einen Untersuchungsausschuss,

(Abg. Sascha Binder SPD: Du wolltest gar keinen!)

wenn die Opposition die Wahrheit schon vorher kennt?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie wollten doch gar keinen!)

Warum wollen Sie denn nicht zuerst hören, was Herr Stratt-  
haus zu sagen hat?

Die Begründung des Urteils des Verwaltungsgerichts, Herr Stoch, zwingt Sie nicht dazu, heute diesen Antrag zu stellen. Sie zwingt Sie nicht dazu, denn Sie wissen genau – Herr Bin-

(Andreas Schwarz)

der weiß es auch, Herr Weinmann weiß es auch –, dass der Verwaltungsgerichtshof im Verfahren zum einstweiligen Rechtsschutz anders entschieden hat.

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum? Jetzt wird es peinlich! – Abg. Andreas Stoch SPD: Weil ihm keine Unterlagen vorlagen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es noch peinlicher!)

Deswegen geht auch der Vergleich des Kollegen Rülke fehl. Er vergleicht hier Äpfel mit Birnen. Ich bleibe dabei: Sie haben den Richter Kern von dieser Stelle aus beschimpft. Ich bleibe dabei: Wir brauchen einen starken Rechtsstaat,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber nur, wenn es den Grünen passt!)

und wir akzeptieren Urteile des Verwaltungsgerichts.

Gleichwohl hat man in einem Rechtsstaat die Möglichkeit, in Berufung zu gehen. Das haben wir beim Thema Luftreinhaltung gemacht;

(Abg. Carola Wolle AfD: Was?)

da gehen wir in Berufung. Die Ministerin ist auch hier in Berufung gegangen. Wenn Sie schon auf den Rechtsstaat Bezug nehmen, wäre es gut gewesen, wenn Sie Ihren Antrag erst dann gestellt hätten, wenn die Verfahren abgeschlossen sind.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns doch die Sachlage einmal an. Die Stimmung an der Hochschule war aufgeheizt. Es gab Rücktritte, das Vertrauen in die Rektorin war passé. Alle Hochschulgremien waren sich einig: Frau Stöckle muss gehen. Dagegen hatte das Wissenschaftsministerium rechtswidrige Anträge zur Abwahl der Rektorin im Wege der Rechtsaufsicht verhindert. Sie hat ja gerade die Abwahl der Rektorin verhindert, liebe Kollegen von der SPD und der FDP/DVP.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Junge, Junge, Junge! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dagegen hat der frühere Vorsitzende der SPD-Fraktion, Claus Schmiedel, die sofortige Ablösung der Rektorin gefordert.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt weiß ich, was „krude“ heißt!)

Um Claus Schmiedel hier zu zitieren:

*Es braucht keine Kommission, es braucht einen Kommis-sar.*

Das waren die markigen Worte aus der SPD. Die SPD wollte die Hochschule Ludwigsburg unter Zwangsverwaltung stellen. Seien wir doch einmal ehrlich: So wollten Sie hier Politik machen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Aber wir wollten kein Recht sprechen!)

Deswegen geschah die Einsetzung der Kommission gerade aus der Fürsorgepflicht heraus, die die Wissenschaftsministe-

rin hat. Das Wissenschaftsministerium hat hier ruhig, sachlich und professionell gehandelt. Das Wissenschaftsministerium hat mit der Kommission ein milderes Mittel der Rechtsaufsicht eingesetzt als die sofortige Entlassung der Rektorin, obwohl diese Entlassung von allen Seiten gefordert wurde, insbesondere von der SPD.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ist das!)

Jetzt soll das Wissenschaftsministerium plötzlich die Kommission beeinflusst haben,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie kam das Gericht bloß zu so einem Ergebnis?)

um die Hochschulgremien zu etwas zu bewegen, was diese ohnehin wollten. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine Gefahr für den Rechtsstaat!)

Die Hochschulgremien wollten die Rektorin doch sowieso abwählen. Von Beeinflussung kann daher gar keine Rede sein. Das ist absurd; das ist vollkommen aus der Luft gegriffen.

Die Einsetzung einer Kommission als Mittel der Rechtsaufsicht ist im Landeshochschulgesetz verankert. Unbeteiligte sollen von außen einen Blick auf die Sache werfen, damit sichtbar wird, ob es in einem Konflikt noch Lösungen gibt, die bislang nicht gesehen wurden. Eine solche Kommission besetzt man natürlich mit Personen, die nicht im Wissenschaftsministerium arbeiten, und da hat man mit Herrn Strathaus meines Erachtens eine kompetente und auch eine gute Wahl getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist erstaunlich, dass es seitens der Opposition bisher wenig Interesse gab, die Kommissionsmitglieder mal zu ihrer Sicht der Dinge zu hören.

(Zuruf des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP)

Stattdessen verhöhnen Sie von SPD und FDP/DVP die Mitglieder der Kommission lieber öffentlich. Wer so agiert, muss sich schon fragen lassen, wie ernst er es mit der parlamentarischen Aufklärungsarbeit nimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr ernst!)

Ich empfinde es geradezu als unverschämt, Herr Stoch, Herr Rülke, einem gestandenen und geachteten ehemaligen Abgeordneten und Minister wie dem früheren Kollegen Strathaus vorzuwerfen, er habe sich beeinflussen und vor den Karren der Ministerin spannen lassen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das steht im Urteil! – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist das Urteil!)

Ich kann nur sagen, Herr Stoch, Herr Rülke: Sie haben die Backen dick aufgeblasen. Jetzt ist die Luft raus.

Das Wissenschaftsministerium hat aus allen Vorgängen die richtigen Konsequenzen gezogen und die Lage im Griff. Die

(Andreas Schwarz)

Aufarbeitung ist in vollem Gang. Mit neuen Beratungs- und Kontrollstrukturen, die das Wissenschaftsministerium aufbaut, wird ausgeschlossen, dass ein Verwaltungsproblem dieser Art künftig wieder entsteht. Das ist gute sachliche Verwaltungsarbeit. Das sind gute sachliche Antworten auf Verwaltungsprobleme, die es gibt.

Die Opposition sucht offenbar verzweifelt nach politischen Skandalen als Ausweg aus den eigenen politischen Problemen. Von den Vorwürfen der Opposition gegen die Ministerin bleibt nur heiße Luft übrig. Den Antrag werden wir selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wolfgang, ich sehe dich gar nicht! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Wir werden ihn aber gleich hören!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Hier in diesem Hohen Haus einen Antrag auf Entlassung eines Regierungsmitglieds zu stellen ist unbestritten das gute Recht der Opposition. Das sehen unsere Landesverfassung und unsere Geschäftsordnung vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade in solchen Fällen!)

Es gehört somit zur parlamentarischen Kontrolle und auch zum System der Checks and Balances, und es unterstreicht, dass die Landesregierung diesem Parlament gegenüber verantwortlich ist und von seinem Vertrauen abhängt.

Wer aber ein so scharfes Schwert zur Hand hat, der muss auch verantwortungsvoll damit umgehen können.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Man sollte nie leichtfertig und schon gar nicht übereilt damit hantieren.

Wir beklagen derzeit den ständigen Empörungston im Internet und auf der Straße, der Sachdebatten kaum mehr zulässt. Wir müssen feststellen, dass Politiker – und damit wir alle – im öffentlichen Diskursraum häufig immer mehr zu einer Art Freiwild geworden sind. Als verantwortliche Parlamentarier sollten wir durch unser Tun nicht auch noch selbst an dieser Spirale mitdrehen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Vor allem sollten wir immer auch unsere eigenen Skandalisierungsrituale hinterfragen. Ich bin sehr dafür, dass wir in diesem Plenum und auch in der Öffentlichkeit den Streit in der Sache hart und mit Argumenten führen, zwar nach dem Motto „Fortiter in re“, aber immer im geistigen Diskurs, worum es wirklich geht.

Für mich gehört der Streit zur parlamentarischen Auseinandersetzung, zur Lebendigkeit. Er hilft auch der politischen Willensbildung. Aber eine Inszenierung – vor allem eine schnell-

le Inszenierung – wie diese heutige Debatte gehört nicht dazu.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie nutzen damit das scharfe Schwert des Entlassungsantrags auch ab. Sie machen es damit zu einer stumpfen Theaterwaffe. Denn der heutige Antrag von SPD und FDP/DVP – das haben wir doch jetzt gerade erlebt – ist vor allem Show. Das macht das Parlament dann nämlich zu einer Art Schaubude. Es geht Ihnen nur um Negativpublicity, um einen möglichst hohen Lärm- und Aufmerksamkeitspegel. Es geht Ihnen hierbei um Knalleffekte und um nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

– Ja, sage ich. – Es steht Ihnen natürlich frei, sich so zu präsentieren. Aber damit wird kein ernsthafter Beitrag geleistet. Das zeigt auch der Zeitpunkt. Sie alle haben – Herr Kollege Rülke – vorausseilend das Argument schon vorweggenommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es besteht Handlungsbedarf!)

„Semper aliquid haeret“, es wird schon etwas hängen bleiben. Das ist das eine Motto.

Das Zweite ist – das will ich schon sagen –, dass Sie damit ja nicht das Recht und die Rolle des Parlaments stärken. Sie wissen übrigens selbst, dass Sie addiert 31 Stimmen haben und dass Sie 96 brauchten. Schon allein daraus ergibt sich, dass das heute ein Showfaktor ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer weiß, wie die Abgeordneten stimmen? – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wie war es gestern in Berlin?)

Aber in der Sache kommen wir mit diesem Schauspiel heute der Aufklärung rund um die Vorgänge keinen Millimeter näher; im Gegenteil.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat Herr Kauder auch gesagt!)

Wir sind gerade mitten in der Aufklärung, und die Aufklärungsarbeit ist ja überhaupt noch nicht abgeschlossen. Sie stützen Ihren Entlassungsantrag wesentlich auf ein erstinstanzliches Urteil des VG Stuttgart. Sie wissen aber so gut wie wir, dass das Urteil, auf das Sie sich berufen, gar nicht rechtskräftig ist. Bereits im Eilverfahren – das muss man hier sagen; wenn es auch ein summarisches Verfahren war – hat der VGH anders entschieden als das Verwaltungsgericht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: In einer ganz anderen Frage!)

Jeder hat das Recht auf Rechtsmittel. Das wissen Sie, Herr Kollege.

Insoweit will ich sagen: Das Ministerium hat Berufung eingelegt; darüber wird nun der VGH entscheiden. Das steht dem Ministerium zu. Rechtsmittel zu nutzen und auszuschöpfen ist in einem Rechtsstaat normal und selbstverständlich, es ist vor allem legitim. Wir gehen davon aus, dass auch im Beru-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

fungsverfahren gute Argumente vorgetragen werden. Erst das Urteil des VGH wird dann Rechtsfragen bindend entscheiden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Schon aus Respekt davor sollten wir nicht mit Vorverurteilungen Politik machen. Denn auch Vorverurteilungen sind Vorurteile. Auch das will ich in diesem Zusammenhang sagen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Ich finde, es würde sich gehören, der Entscheidung des VGH nicht mit politischen Schlussfolgerungen vorzugreifen. Allein schon deshalb müsste der Antrag zurückgezogen werden.

Jetzt kommen wir aber zum Untersuchungsausschuss. Im Untersuchungsausschuss ist die Arbeit in vollem Gang. Die Beweisaufnahme läuft noch. Es stehen noch Zeugenaussagen aus. Auch das ist allen bestens bekannt. Aber das Interesse daran ist ja beschränkt. Sie wollen die Ergebnisse der Beweisaufnahme gar nicht mehr abwarten – nein –, sondern Sie wollen mit vorgefertigten Ergebnisschlüssen sozusagen voraussagen, wie der Untersuchungsausschuss bei einer Beweiswürdigung, die noch im Rahmen der Beweisaufnahme fortzusetzen ist, jetzt schon zu handeln hat. Da kann ich nur sagen: Das ist nichts anderes als Geringachtung der wichtigen Aufklärungsarbeit der Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Untersuchungsausschuss – auch Ihrer eigenen Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Weil wir als Parlamentarier diesen Untersuchungsausschuss eingerichtet haben, hätte ich mir in dieser Frage mehr Respekt, mehr Zurückhaltung, mehr Seriosität, mehr Substanz erwartet als nur diesen Budenzauber.

Ich sage das deshalb, weil der Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“ für die CDU-Fraktion auch ein wichtiges Element einer konstruktiven Fehlerkultur darstellt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist ein weites Feld!)

Es mag sein, dass im Endergebnis, in der Ex-post-Betrachtung, manches klüger gewesen wäre, was Aktenvorlage etc. angeht. Das wird auch der Untersuchungsausschuss bewerten und daraus die richtigen Lehren ziehen. Aber wir werden weiter für eine konsequente und vor allem profunde Sachaufklärung im Untersuchungsausschuss eintreten. Das ist unser Ziel; das war unser Ziel von Anfang an. Für uns heißt das: erst die Beweise, dann die Bewertung. Das ist die richtige Reihenfolge.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wir sollten hier bei unserem Wissenschaftsministerium auch Maß und Mitte wahren. Das ist auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit.

Ich will schon sagen: Unser Land Baden-Württemberg lebt wie kaum eine andere Region von Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Innovation. Dies ist ein elementares Feld. Aber dazu höre ich gar nichts von der Opposition. Funkstille.

Wir stellen uns den strategischen Herausforderungen. Wir sorgen dafür, dass Baden-Württemberg die Innovationsregion

Nummer 1 in Europa bleibt. Wir schaffen Bedingungen für exzellente Wissensproduktion in Baden-Württemberg. Mit dem Cyber Valley haben wir einen globalen Leuchtturm auf einem zentralen Zukunftsfeld der künstlichen Intelligenz. Das gilt auch für unsere kräftige Sanierungsoffensive. Auch die Unikliniken in unserem Land werden weiter auf höchstem Niveau therapieren und forschen können. Wir schaffen Freiräume und Unterstützung für Gründer in unseren Hochschulen. Wir stärken die Gründerkultur. Wir wollen gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium und der Ministerin mehr Medizinstudienplätze schaffen, die Landarztquote realisieren. Das sind die Themen, die uns umtreiben; sie sind wichtig für dieses Land. Darauf muss es ankommen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Deshalb will ich abschließend schon sagen, Herr Kollege Rülke: Ich finde, in einem sind Sie zu weit gegangen. Aus einem Urteil des Verwaltungsgerichts die Conclusio zu ziehen, jetzt sei gar über eine Straftat befunden worden, das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist der Untersuchungsausschuss!)

Das ist unredlich. Nein, das geht nicht – bei allem Verständnis für Opposition. Das sind komplexe Sachverhalte. Hier geht es um die Frage „aus wichtigem Grund“ – ähnlich § 626 BGB –, um die Frage, ob man fristlos entlassen kann oder nicht.

Hier haben Hochschulgremien entschieden. Im Arbeitsrecht würde man nach Druckkündigungen fragen, wenn 20 Personen sagen: „Wir treten zurück, wenn die nicht geht.“ Das sind schwierige, komplexe Rechtsfragen, schwierige Fragen. Aber daraus zu folgern, wenn jemand auf Fragen im Untersuchungsausschuss seine Meinung sagt – es gehört überall auch Voratz dazu –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es geht nicht um Meinung, sondern Aussage!)

– nein, nein, nein –, das sei jetzt schon die Straftat einer uneidlichen Falschaussage, dann sage ich Ihnen, Herr Kollege: Das ist die Gefahr der Falschverdächtigung. Hören Sie auf mit solchen Vorwürfen!

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Populismus pur!)

Das geht nicht. Das ist überzogen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So hat das Verwaltungsgericht geurteilt!)

Ich bitte Sie alle, zu Maß und Mitte zurückzukehren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zu welcher Mitte?)

Auch hier gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich wundere mich schon sehr – auch wenn es mich nicht wirklich überrascht hat –, dass Sie, Herr Schwarz, den Unterschied zwischen Berufung und Sprungrevision nicht kennen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Denn das ist genau das, was Sie uns hier vorwerfen. In Berufung ist die Frau Ministerin gegangen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

In Berufung ist die Landesregierung nicht gegangen, als es um die Fahrverbote in Stuttgart ging.

(Beifall bei der AfD)

Ich denke, das ist eine bewusste Verdummung der hier zuhörenden interessierten Bürger und der Abgeordnetenkollegen.

Auch über Sie, Herr Schwarz, muss ich mich wirklich wundern.

(Zurufe: Reinhart! – Abg. Andreas Stoch SPD: Reinhart! Aber er ist schwarz!)

– Er heißt Reinhart.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber er ist schwarz!)

Auch über Sie, Herr Reinhart, muss ich mich schon wundern.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wenn im Untersuchungsausschuss der abgestellte Spitzenbeamte des Ministeriums explizit ausführt, dass das Ministerium bewusst und absichtlich der Justiz, dem Verwaltungsgericht Unterlagen vorenthält, die dann im Eilverfahren nicht vorlagen – aus Absicht, weil das Ministerium genau über die Konsequenzen Bescheid wusste –, und dieses dann auf dieser Basis – weil es eben nicht alle Informationen hatte – gegen die Klägerin entschied, dann im Hauptsacheverfahren die Klägerin Hinweise gibt und das Verwaltungsgericht das Ministerium erst dazu auffordern muss, Akten nachzureichen, die dann in der Urteilsbegründung herangezogen werden, um zu begründen, dass das Ministerium tatsächlich in grober Weise seiner Fürsorgepflicht gegenüber der Rektorin nicht nachgekommen ist,

(Abg. Carola Wolle AfD: Vorsätzlich sogar!)

dann ist es, wenn man dies als Show bezeichnet, tatsächlich eine Show.

(Beifall bei der AfD)

Kommen wir zu dem Fall zurück: Die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer hat Gremien der Hochschule Ludwigsburg instrumentalisiert. Nach dem heutigen Stand der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses ist eine andere Schlussfolgerung überhaupt nicht möglich. Ministerin Bauer hat versucht, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zu verhindern. Sie hat der Justiz gegenüber Akten unterdrückt. Sie hat der Öffentlichkeit und dem Parlament gegenüber falsche Aussagen gemacht. Und sie hat – vom Verwaltungsgericht Stutt-

gart festgestellt, wenn auch noch nicht rechtskräftig – die Fürsorgepflicht gegenüber den ihr unterstellten Beamten grob missachtet und mit Füßen getreten. So jemand hat in der Regierung nichts zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Als die neu gewählte Rektorin, Frau Dr. Claudia Stöckle, ihre Arbeit an der Hochschule Ludwigsburg aufnahm, hat sie selbstverständlich eine gründliche Generalrevision, eine gründliche Aufarbeitung aller Vorgänge gemacht und ist dabei auf von ihrem Vorgänger, dem Ex-Rektor Professor Walter Maier, unrechtmäßig gewährte Gehaltszahlungen für 17 Professoren gestoßen. Die finanzielle Belastung seit 2011 beläuft sich mittlerweile auf Millionen. Ein von der Rektorin – die ihrer Fürsorgepflicht gegenüber diesen Professoren nachkam – beauftragtes Rechtsgutachten hat dann die Rechtswidrigkeit dieser Zulagen bestätigt.

Als das Ministerium von der Rektorin informiert wurde, hat das Ministerium ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. In diesem Rechtsgutachten wurde sogar die offensichtliche – auf die Stirn geschriebene – Rechtswidrigkeit festgestellt. Es war offensichtlich für jeden juristischen Laien erkennbar. Dies geschah an der ältesten und renommiertesten Fachhochschule des Landes für Finanzen und Verwaltung, der Kaderschmiede der zukünftigen leitenden Beamten des Landes.

Was ist daraufhin passiert? Richtig: Nichts ist daraufhin passiert. Die Rektorin hat das Wissenschaftsministerium um Unterstützung gebeten, bekam aber keine Unterstützung. Warum? Weil der Vorgang in finanzieller Hinsicht, in rechtlicher Hinsicht und natürlich vor dem politischen Hintergrund heikel war. Sollen bereits gewährte, offensichtlich rechtswidrige Zahlungen zurückverlangt werden? Sollen die weiterhin laufenden rechtswidrigen Zahlungen für die Zukunft eingestellt werden? Sollen offensichtlich rechtswidrig handelnde Verantwortliche zur Verantwortung gezogen werden? Soll Schadensersatz gefordert werden? Ja, mein Gott, jeder vernünftige Mensch wird auf alle diese Fragen mit einem klaren Ja antworten.

(Beifall bei der AfD)

Ja, offensichtlich rechtswidrige Zulagen sollen nicht weiter gezahlt werden. Ja, die offensichtlich rechtswidrige Verteilung dieser Zulagen soll eingestellt werden. Ja, offensichtlich rechtswidrig handelnde Verantwortliche an der Kaderschmiede für Beamte des Landes Baden-Württemberg sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

Kein Mensch – der Untersuchungsausschuss hat das mittlerweile auch schon gezeigt – kann davon ausgehen, dass die Hausspitze darüber nicht informiert war. Und was lässt Frau Ministerin Bauer der Rektorin antworten? Was lässt die Frau Ministerin machen? Beauftragt sie die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen? Beauftragt sie – einen Schritt weniger – den Landesrechnungshof mit Ermittlungen? Nein, die Ministerin lässt ausrichten, sie wünsche doch bitte, dass das im Stillen erledigt wird, möglichst die Akte geschlossen wird.

Dass daraufhin eine Front gegen die Frau Rektorin eröffnet wird, dass diese angefeindet, verleumdet, sogar kriminalisiert wird, dass die ganze Hochschule ins Chaos stürzt, all das

(Dr. Rainer Podeswa)

nimmt die Ministerin billigend in Kauf. Im Gegenteil, die Ministerin orchestriert dann sogar noch die Abwahl der missliebigen Rektorin. Das wiederum klappt dann auch erst im dritten Anlauf und, wie vom Verwaltungsgericht Stuttgart festgestellt, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, nämlich einer unabhängigen Kommission.

Für einen Minister kann es kaum einen schwerwiegenderen Vorwurf geben als den, die Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beamten verletzt zu haben. Frau Ministerin Bauer hatte aber keine Skrupel, verdiente Leistungsträger des Landes durch Manipulation und Intrigen als Störenfriede zu brandmarken. Der Umgang mit Rektorin Stöckle beweist die charakterliche Unfähigkeit der Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Und schließlich schöpft die Frau Ministerin bis heute jede nur erdenkliche Möglichkeit aus, um eine Aufklärung der Vorgänge zu verhindern. Wir haben wiederholt gehört: Vorenthaltung von wichtigen Akten der Justiz gegenüber, aber auch dem Untersuchungsausschuss, also dem Parlament gegenüber.

Die Frau Ministerin regiert im Ministerium nach Gutsherrenart. Auch das ist nicht meine Erfindung, sondern wurde von hier aus schon gesagt. Mauseln, vertuschen, Parteiliebe in einflussreiche Position heben, das scheint in dem grünen Ministerium Hauptzweck zu sein, und spätestens seit der Unterwerfung der CDU

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

wird das auch noch unverblümt ausgelebt.

(Beifall bei der AfD)

Nehmen wir nur das Beispiel der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Hier versuchte die Ministerin zwei ihrer eigenen Beamten bei Wahlen zu installieren, was dann bei der Position des Kanzlers auch gelang. Der Senat der Dualen Hochschule Baden-Württemberg musste fünfmal hintereinander wählen, bis endlich Gott sei Dank alle Wahlzettel ohne Fehler waren und der Favorit der Frau Ministerin zum Kanzler gewählt war.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Und jetzt

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und jetzt ist die Luft raus!)

ist die Luft raus,

(Heiterkeit – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Alles abgelesen!)

weil eine Ministerin wie Frau Theresia Bauer, die fortdauernd die Öffentlichkeit, die Hochschule, die Justiz, das Parlament täuscht – ganz offensichtlich –, in einem demokratischen Spitzenamt nichts zu suchen hat.

Der Rücktritt von Frau Bauer, meine Damen und Herren Abgeordneten, wäre unter jeder der Vorgängerregierungen – selbst unter einer selbstgerechten CDU-Regierung – eine Selbst-

verständlichkeit gewesen, ja, mehr noch: eine pure Frage des Anstands.

(Beifall bei der AfD)

Diesen Anstand mahne ich von Ihnen an. Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht!

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete von SPD und FDP/DVP, Sie haben die Entlassung meiner erfolgreichen Wissenschaftsministerin beantragt. Damit werden Sie keinen Erfolg haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Großer Beifall bei der CDU!)

Theresia Bauer ist eine hervorragende Wissenschaftsministerin, und das wird sie auch bleiben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Sie hat mein Vertrauen, und ich stehe voll und ganz hinter ihr.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Sascha Binder: Gefährlich, wenn man so redet!)

Vor allem aber, meine Damen und Herren von der Opposition, überzeugt Ihr Antrag in keiner Weise. Was Sie hier heute aufführen, ist einfach unseriös.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ui! – Abg. Anton Baron AfD: Dann widerlegen Sie es!)

Worum geht es heute eigentlich? Lassen Sie es mich einmal mit meinen Worten versuchen: Wir hatten im Jahr 2014 eine Hochschule in Ludwigsburg, in der das Vertrauensverhältnis zwischen Leitung und Gremien völlig zerrüttet war. Da gab es ein nur knapp gescheitertes Abwahlverfahren gegen die Rektorin. Es kam zu einer wahren Rücktrittswelle unter Dekanen, Prodekanen, Personalratsmitgliedern – rund 20 Rücktritte.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und warum?)

Da war so gut wie kein Posten mehr besetzt. So etwas hatten wir in der baden-württembergischen Hochschulgeschichte noch nie gesehen.

Herr Stoch, Ihr Vorgänger als Chef der SPD-Fraktion, Claus Schmiedel, forderte damals die Einsetzung eines Staatskommissars, der die Geschäfte der Hochschule von der Rektorin übernehmen sollte. Das Wissenschaftsministerium folgte dem nicht.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Schade!)

Es wählte ein milderes Mittel: Es setzte eine Kommission ein, die mit einem Blick von außen die Situation und mögliche Perspektiven der Hochschule analysieren sollte. Diese Kommission kam zu dem Schluss, dass eine Befriedung der Hoch-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

schule mit der damals amtierenden Rektorin nicht zu erwarten sei. In einem darauf folgenden Verfahren wurde die Rektorin abgewählt.

Nun prüfen die Gerichte, ob die hohen Anforderungen, die man an das Abwahlverfahren für eine Rektorin anlegen muss, aus juristischer Perspektive erfüllt wurden. Es ist gut, dass es bei uns, in einem Rechtsstaat, eine solche Überprüfung durch die Justiz gibt. Das ist ein hohes Gut. Es liegt ein erstinstanzliches Urteil dazu vor, das nun im Zuge einer Berufung überprüft wird. Ich werde das laufende Verfahren nicht kommentieren.

Ihre Ausführungen, Herr Kollege Rülke, und Ihre Belehrungen über Verwaltungsgerichte haben mich sehr erstaunt. Ich habe noch gut Ihre Tiraden gegen das Verwaltungsgericht Stuttgart im Ohr:

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So wird ein Schuh draus!)

*Jetzt hat Herr Hermann einen Waffenbruder gefunden, nämlich einen Stuttgarter Verwaltungsrichter mit Allmachtsfantasien ...*

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, ja!)

Sie ziehen nun über ihn her:

*... Auftritt seines Lebens. Wöchentlich schreibt er Briefe, stößt Drohungen aus, hat Medienberichte, wie selten einmal ein Richter in dieser Funktion sie hatte.*

(Zuruf: Peinlich, peinlich!)

Solch eine Richterbeschimpfung habe ich selten erlebt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dafür halten Sie sich jetzt selbst nicht dran, was das Verwaltungsgericht Stuttgart urteilt!)

Aber Sie können das natürlich machen.

(Zuruf von der AfD: Kommen Sie zum Thema!)

Das ist Ihr gutes Recht.

Das heißt, in einem Rechtsstaat müssen wir immer nur die Ergebnisse eines Gerichtsurteils akzeptieren, aber keineswegs die Begründung. Das war ja der Sinn Ihrer Ausführungen, wobei Sie im Zweifel gelassen haben, ob wir uns an dieses Urteil halten sollen oder nicht. Das möchte ich auch einmal sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: An dieses halten Sie sich nicht!)

Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es geht erst einmal um die Frage, wie man in einem Rechtsstaat mit Urteilen umgeht. Man hat sich an sie zu halten, wenn sie letztinstanzlich gefallen sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! Erst dann!)

– Ja, erst dann. Aber es steht jedem Bürger frei, die Begründung, ob das Urteil so richtig war, zu teilen. Das gilt letztlich auch für die Regierung. Die Ergebnisse muss man auf jeden Fall teilen. – So weit, so gut.

Wir alle wissen: Hier beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss mit der Hochschule Ludwigsburg. Das schärfste Schwert, das Sie als Opposition haben, haben Sie in der Hand. Aber was, bitte, ist das Ergebnis Ihrer parlamentarischen Untersuchung? Sie haben bisher kein Ergebnis vorgelegt. Es liegt auch kein Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses vor; ein Zwischenbericht ist ja laut Untersuchungsausschussgesetz möglich. Bekanntlich wird der Regierung solch ein Bericht vorgelegt, und sie wird dann zur Stellungnahme aufgefordert. All das liegt mir nicht vor, auch kein Zwischenbericht.

Stattdessen veranstalten Sie hier ein Theater mit einem Entlassungsantrag. Das finde ich in höchstem Maß befremdlich. Die Opposition sollte doch den Untersuchungsausschuss, den sie selbst eingesetzt hat, ernst nehmen. Das kann man doch erwarten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie behaupten, es hätte nicht gestimmt, was die Ministerin vor dem Parlament gesagt hat, dass die Kommission eine unabhängige Einschätzung der Perspektiven für die Hochschule Ludwigsburg vorgenommen habe. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf. Da stellt sich doch ganz dringend die Frage: Warum, werde Abgeordnete von SPD und FDP/DVP, nutzen Sie nicht erst einmal den Untersuchungsausschuss, um Ihre Behauptung zu überprüfen?

(Abg. Sascha Binder SPD: Weil Ihre Ministerin blockiert!)

Warum befragen Sie nicht die Ministerin zu den Vorhaltungen des Gerichts vor dem Untersuchungsausschuss? Warum befragen Sie nicht erst einmal die Mitglieder der Kommission, ob sie von der Wissenschaftsministerin gelenkt wurden? „Audiatur et altera pars“ ist ja wohl das Mindeste, was man in einem fairen Verfahren erwartet, also dass man beide Seiten zu den Vorwürfen anhört. Das ist nicht geschehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das zeigt doch: Sie wollen nicht wirklich aufklären; sonst wären Sie diesen Weg Schritt für Schritt gegangen. Statt auf das Klären von Sachverhalten setzen Sie auf einen Showeffekt, erheben viele Vorwürfe und hoffen, dass in der öffentlichen Wahrnehmung irgendetwas hängen bleibt. Man ahnt schon, warum.

Die Ministerin wollte einen externen, unabhängigen Blick auf die Lage an der Hochschule Ludwigsburg. Sie hat deswegen etwas Nachvollziehbares getan: Sie hat für die Leitung der Kommission eine renommierte Persönlichkeit ausgewählt, den ehemaligen Finanzminister Stratthaus, ein Mitglied der damals größten Oppositionsfraktion im Landtag und eine wirklich anerkannte Persönlichkeit. Ich frage: Glauben Sie im Ernst, dass sich jemand wie Herr Stratthaus als Marionette einer Ministerin

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

in seiner Funktion als Vorsitzender dieser Kommission missbrauchen lässt? Ich glaube das nicht. Ich vermute, Sie glauben es selbst nicht; sonst hätten Sie ihn eingeladen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe Respekt vor dem Parlament und seinen Ausschüssen, besonders vor einem Untersuchungsausschuss. Aber ich habe den Eindruck, Sie nehmen die Aufgabe selbst nicht wirklich ernst und das Instrument des Untersuchungsausschusses auch nicht. Stattdessen haben Sie sich offensichtlich in die Person der Ministerin Theresia Bauer verbissen und wollen da einfach nicht mehr loslassen. In Wirklichkeit „verzweigen“ Sie damit die Hochschulpolitik dieses Landes.

Ich fordere Sie auf, dass wir uns doch bitte endlich wieder über das Zukunftsthema „Wissenschaft und Forschung“ streiten, darüber, was die Ministerin auf den Weg gebracht hat und was sie vorhat. Dazu höre ich von Ihnen wenig. Das bedaure ich sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Kommen Sie mal zum Thema!)

Ich bin ja, wie Sie vorhin gerade kritisiert haben, von einer Reise u. a. aus dem Silicon Valley zurückgekehrt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Als Erster!)

Ich sage Ihnen: Die Zukunft unseres Landes hängt ganz entscheidend davon ab, wie wir das Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft mit innovativen Lösungen in der Zukunft voranbringen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, dass wir an unseren Hochschulen jungen Menschen das Notwendige mitgeben, damit sie diese neuen Wege mutig beschreiten. Deswegen haben wir einfach ein großes Glück, dass wir mit Theresia Bauer eine glühende Verfechterin von Wissenschaft, Forschung und Kunst im Land haben.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Sie brennt für ihre Aufgaben, und sie ist für ihre Sachkompetenz weit über Baden-Württemberg hinaus hoch anerkannt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie hat – das kann ich auch aus persönlicher Erfahrung sagen – wirklich mit großer Leidenschaft und Durchsetzungsfähigkeit einen Hochschulfinanzierungsvertrag für die Hochschulen in Baden-Württemberg erstritten, der die Grundfinanzierung der Hochschulen verlässlich angehoben hat. Dafür beneiden uns alle anderen Hochschulen in ganz Deutschland. Durch die gute Ausstattung der Hochschulen können wir den Studierenden im Land beste Bedingungen bieten,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Auch nicht Thema! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

was viele kluge Köpfe anzieht. Deswegen hat Ministerin Bauer die Studienplätze konsequent ausgebaut.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die Ministerin steht für die Entwicklung neuer Forschungsformate

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

wie den Reallaboren, in denen Forscher und Praktiker zusammenkommen und die sich mittlerweile auch bundesweit durchsetzen. Sie hat eine neue Gründerzeit an den Hochschulen eingeleitet.

(Zurufe der Abg. Sascha Binder und Martin Rivoir SPD)

Die Hochschulen vernetzen sich intensiv mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Sie reißen die Grenzen ein zwischen Grundlagenforschung und Produktentwicklung. Man spürt den Aufbruch in unseren Hochschulen. Dieser Aufbruch ist untrennbar mit der Wissenschaftsministerin verbunden.

(Zurufe der Abg. Martin Rivoir und Wolfgang Drexler SPD)

Und – das ist ein ganz großer Hotspot, wie wir noch einmal gesehen haben –: Ohne Theresia Bauer und ihre Initiative hätten wir kein Cyber Valley und kein „Heidelberg 4 Life“. Mit diesen Forschungsleuchttürmen in den wichtigsten Schlüsseltechnologien unseres Landes liegen wir ganz vorn.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das langweilt sogar Ihren Koalitionspartner! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das hat die Ministerin vorangebracht. Wir haben beim Kanadabesuch – beim Vector Institute – noch einmal gesehen, dass die Kanadier haargenau nach diesem Schema auch solch einen Forschungsschwerpunkt für die künstliche Intelligenz eingerichtet haben. Wir haben gesehen, dass wir noch schneller sein müssen, dass wir dort noch mehr Mittel investieren müssen. Das ist die Erkenntnis. Aber diesen Weg hat die Ministerin rechtzeitig und kraftvoll beschritten. Wir haben mit dem Cyber Valley einen

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

der besten Forschungsleuchttürme, den größten Forschungsverbund zu diesem Thema in ganz Europa. Darauf kann sie wirklich stolz sein.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es heute gar nicht! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Thema verfehlt! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Aber auch für die Kunst schafft sie eine verlässliche Grundlage, sowohl was Breiten- als auch was Spitzenkunst betrifft.

Diejenigen, die sich mit dem Thema „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ einigermaßen beschäftigen, wissen: Es gehört zu ihren Verdiensten, dass Baden-Württemberg in diesem Bereich seine Spitzenstellung ausgebaut hat.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ist das eine Abschiedsrede, oder was?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

In dieser Woche haben sich auch die Vorsitzenden der Universitäts- und Aufsichtsräte unserer Landesuniversitäten zur Wissenschaftsministerin bekannt und Rücktrittsforderungen als unbegründet bezeichnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ja das tollste Argument!)

Sie appellieren in einer öffentlichen Stellungnahme, dass Ministerin Bauer ihre Arbeit auch in Zukunft mit Erfolg und Nutzen für die Universitäten des Landes und für das Land selbst fortsetzen können sollte.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich will noch einmal darauf hinweisen: Mitglieder des Deutschen Hochschulverbands haben sie drei Mal zur Wissenschaftsministerin des Jahres gewählt. Ich verstehe ja, dass das der Opposition nicht so angenehm ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darum geht es hier überhaupt nicht! Sie haben überhaupt nicht verstanden, worum es geht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es heute auch gar nicht!)

– Nein, aber Sie müssen sich schon anstrengen, mal in den Sachthemen wirklich etwas vorzuweisen. Ich war selbst 30 Jahre in der Opposition und weiß, das ist kein einfaches Geschäft. Es ist ein schwieriges Spiel auf der Klaviatur. Aber Sie kommen mir vor wie jemand, der mit den Armen Klavier spielt und immer mit den Armen draufhaut.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen bei der AfD)

Das ist ziemlich laut, aber dissonant.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Da kommt man nicht weiter.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ihr Klavier ist überhaupt nicht gestimmt!)

Jetzt will ich Ihnen sagen: Sie sind mit Ihrem heutigen Entlassungsantrag auf dem Holzweg. Hören Sie einfach auf damit, einer erfolgreichen Wissenschaftsministerin etwas am Zeug flicken zu wollen. Es wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir werden sehen!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Fraktionsvorsitzendenrunde aus.

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel das Wort.

**Abg. Bernd Gögel AfD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es war natürlich zu erwarten, dass Sie in dieser Sache das Wort ergreifen, und ich bin auch nicht überrascht über Ihre Argumente. Die kennen wir in der Regel auch von Berlin und sicher ebenfalls hier in Stuttgart. Es ist Ihre Pflicht, sich hinter Ihre Ministerin zu stellen. Es wäre auch schön gewesen, hätte sich die Mi-

nisterin entsprechend ihrer Pflicht hinter ihre Beamten gestellt. Das war bedauerlicherweise nicht der Fall.

Aber das, was wir gehört haben, war wirklich eine Showveranstaltung.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben dieser Show die Spitze aufgesetzt. Herr Reinhart hat die Showveranstaltung eigentlich auf die Abstimmung hier im Hause bezogen. Ich glaube, gestern haben sich auch schon einige getäuscht. In Berlin haben sie auch gedacht, das wäre eine reine Showveranstaltung. Es kam dann doch etwas anders als erwartet,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

was uns übrigens sehr gefreut hat – mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Das sage ich bewusst, weil Baden-Württemberg in Berlin gestern weiter stark an Einfluss verloren hat. Das war sehr bedauerlich.

Das Versagen der Ministerin Bauer ist kein Zufall, Herr Ministerpräsident, sondern Fleisch vom Fleische des Systems Kretschmann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deshalb ist es auch richtig, dass Sie hier und heute Stellung beziehen. Das haben Sie getan, allerdings in eine falsche Richtung. Wann immer Ihnen Dinge von öffentlichem Belang aufgetragen sind, erleben wir eine Unfähigkeit zur korrekten Administration im Sinne der tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger. Wir erleben stattdessen von Ideologie geleitete praktische Unfähigkeit, Gleichgültigkeit und eine so niemals gesehene Selbstgerechtigkeit. In der Ludwigsburger Affäre kommen Vertuschung, Einschüchterung, unmoralische Angebote gegenüber abhängig beschäftigten Beamten und eine unsägliche Verachtung für einen von diesem Parlament bestellten Untersuchungsausschuss hinzu.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Ich hoffe darum inständig – das will ich hier an dieser Stelle sagen –, dass Ihre Wissenschaftsministerin heute von diesem Landtag abgewählt wird. Denn – das ist bedauerlich – für einen Rücktritt, einen anständigen Abgang dieser Ministerin ist es inzwischen zu spät.

Ich will Sie, Herr Ministerpräsident, an den Abgang Ihres Staatsministers Murawski erinnern, der leider just zu dem Zeitpunkt aus gesundheitlichen Gründen seinen Abschied nahm, als sich Vorwürfe der Mitwisserschaft in der Stuttgarter Krankenhausaffäre verdichteten.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Diese Angelegenheit harrt noch der Aufklärung, und ich hoffe, dass der Stuttgarter Gemeinderat und auch der Landtag sich dieser Sache weiterhin annehmen werden.

(Beifall bei der AfD)

In der Halbzeit dieser Regierung ist es einmal an der Zeit, dass Sie die Luft klären und auf elementare politische Hygiene ach-

(Bernd Gögel)

ten. Die Entlassung dieser Ministerin ist Ihre Gelegenheit, dem moralischen Anspruch, den Sie Grüne ständig vor sich hertragen, wenigstens einmal Taten folgen zu lassen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir müssen freilich vermuten, dass Sie auch hier wieder nicht um Aufklärung und Abhilfe bemüht sind, sondern dass sich diese ideologische Seilschaft wieder einmal auf Teufel komm raus gegenseitig deckt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das ist Ihre Regierungskultur, und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass zu den besseren Zeiten dieses Landes für weit geringere Verfehlungen Menschen, Minister ihren Hut genommen haben, selbst Ministerpräsidenten ihren Hut genommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich will Ihnen sagen, wie die Halbzeitbilanz dieser Regierung Kretschmann für die Bürger tatsächlich aussieht. Denn Sie haben ja für sich die Bürger längst durch Ihre Einflüsterer, Ratgeber und Wasserträger, die sogenannte Zivilgesellschaft, ersetzt, die Sie mit Fördermitteln, mit Steuermitteln schön anfüttern, um dann in Symposien und dergleichen, statt dem realen demokratischen Willen der Bürger zu entsprechen, ein Surrogat zu produzieren, das die Bürger und die Demokratie systematisch entwürdigt. Denn Sie führen täglich die Demokratie im Munde und schwingen sich zu deren angeblich besten Freunden auf, aber der Demos, das Staatsvolk, soll bei Ihnen am besten den Mund halten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hier haben wir genau das, was Sie ständig in anderen Ländern zu finden glauben: die Verachtung rechtsstaatlicher Regeln samt Verachtung der Bürgerrechte für Andersdenkende. Das hat Ihre eigene Herrschaft in unserem eigenen Land auf die Spitze getrieben. Sie können sich zu Ihrer Personalpolitik wirklich gratulieren, Herr Ministerpräsident. Sie passt.

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Sie haben sich die Demokratie unterjocht und tragen sie heute wie eine tote Trophäe vor sich her, treiben einen bizarren Kult mit dieser Trophäe und vergehen sich an ihr, und ausgerechnet Sie nennen die tatsächlichen Menschen draußen, die gegen Ihren Filz, gegen Ihre Selbstgefälligkeit, Ihre tägliche ideologische Maßlosigkeit in einem demokratischen Prozess aufbegehren, „Nichtdemokraten“ und „Bodensatz“ –

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Zitat von Herrn Kretschmann betreffend die 800 000 Wähler der AfD hier in Baden-Württemberg. Danke, Herr Kretschmann, der Sie so ein toller Demokrat sind und schon in Ihrer wilden Studentenzeit waren. Vielen Dank!

(Vereinzelt Lachen bei der AfD)

Aber wir von der AfD, meine Damen und Herren, brauchen von ehemaligen Maoisten in Sachen Demokratie jedenfalls keine Belehrung.

(Beifall bei der AfD)

Das ist Ihre geistige Welt, Herr Kretschmann. Wenn einer Ihre Kreise stört, dann ist er ein Feind der Demokratie, und Sie hetzen gegen ihn, wo Sie nur können.

(Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU)

Sittlich abgewirtschafteter kann eine Regierung nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Was wir in der Affäre Bauer erleben, Herr Kretschmann, sind keine zufälligen Ausrutscher, sondern strukturelle Mängel Ihrer Arbeit,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die von Ihrer inneren Haltung, die von einem falschen Selbstverständnis bezüglich der Rolle der Politik ausgehen. Wir von der AfD sind der Meinung, dass Politik den Interessen der Bürger dienen muss und die Politik diesen Interessen und diesen Bürgern gegenüber verantwortlich ist.

(Beifall bei der AfD)

Für Sie hingegen ist das Ziel: Ideologie um jeden Preis. Dann wird mit eisern-frecher Stirn gegen die Bürger zusammengehalten. Schande – –

(Der Redner blättert in seinem Manuskript. – Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Luft ist raus! – Zuruf: Völlig falsch!)

Das Signal, das Sie in der Affäre Bauer an die Bürger senden, ist erstens: Wer seine Pflicht tut – wie die Hochschulrektorin Dr. Stöckle –, wird geschasst und entlassen. Wir sind ja in der von politischen Freunden des Herrn Strobl regierten Republik schon so weit, dass ein redlicher Verfassungsschutzchef entlassen wird, weil er den Wahrheiten der Frau Merkel nicht das Wort redet und die üblichen ideologischen Wirklichkeitsverweigerer seinen Kopf fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Immerhin, meine Damen und Herren, hat ein Minister Seehofer das Format, sich vor einen Beamten, der sich korrekt verhalten hat, zu stellen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: „Korrekt verhalten“! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Bei Ihnen, Herr Kretschmann, erleben wir das Gegenteil. Wer seine Pflicht nicht tut – so ist die von Ihnen kommunizierte Botschaft –, wer vertuscht, wer Kommissionen für windige Zwecke einsetzt, um missliebige Beamte loszuwerden, der wird, wenn es nur zu Ihren politischen Freunden passt, zur Schande dieses Parlaments mit Zähnen und Klauen verteidigt. Alles nicht so schlimm, alles auf einem guten Weg. Grüne Freunde können doch keine schlechten Menschen sein.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Die zweite Botschaft: Filz lohnt sich, Filz wird geschützt. Sie Grüne sind 2011 mit dem Versprechen einer moralischen Er-

(Bernd Gögel)

neuerung angetreten. Aber Sie haben dieses Versprechen niemals eingelöst, von den Bonusmeilen Ihres Parteifreunds Özdemir bis zu Ihrer total verbohrteten Schulpolitik.

Vielleicht noch eine Anmerkung zu Ihrer Reise ins Silicon Valley

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Zur Sache!)

und Ihrem permanenten Lobpreisen der Forschung für künstliche Intelligenz.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Gögel, reden Sie bitte zur Sache, nicht zur Reise.

(Abg. Anton Baron AfD: Er redet zur Sache! Das ist ja unglaublich! – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Ich nehme Bezug auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten, und die hat er vor zehn Minuten hier am Pult gehalten.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Sie sollten hier nicht brüllen, während der Redner spricht.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Sie werden mir die Antwort auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten inhaltlich nicht vorschreiben wollen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Er hat aber nicht zur Bildungspolitik gesprochen!)

– Er hat sich zur Bildungspolitik, zur Wissenschaftspolitik geäußert und hat sich zur künstlichen Intelligenz geäußert.

Bei der Schulpolitik möchte ich anknüpfen: Sie werden die künstliche Intelligenz nicht so schnell fördern können, wie die IQB-Studien und die PISA-Studien die Leistungen – Ergebnisse Ihrer verfehlten Schulpolitik – in den Keller treiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie kommt zu spät. Die künstliche Intelligenz kommt für Ihre verbohrtete und verfehlte Schulpolitik zu spät.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Künstliche Intelligenz würde Ihnen auch helfen!)

Über das merkwürdige Wissen oder Nichtwissen Ihres Parteifreunds Murawski bis hin zur Personalie Bauer, die wir heute hier verhandeln: Wer seine dienstlich Untergebenen so brutal traktiert, aber Ihr Parteifreund ist, der wird geschützt. Sie haben sich nämlich in der Gutsherrenmentalität, die uns allen Ihr – von uns, der AfD, mäßig geschätzter – Amtsvorgänger Mappus leider hinterlassen hat, nahtlos zurechtgefunden und sich prächtig eingelebt.

Ihnen ist völlig entgangen, dass ihn die Menschen damals abgewählt haben, weil er sie und die Demokratie so entwürdigt

hat und das Bedürfnis der Menschen nach Gerechtigkeit täglich beleidigt hat – und Sie tun es genauso.

Im Filz bis zur Halskrause – das wird dann mit dem verniedlichenden Begriff „Ländle“ abgehandelt, während die Bürger mit aufrechtem Gang in ihrem Land leben wollen.

Die dritte Botschaft: Eine politische Kultur der Achtung und der Korrektheit hatten wir unter Mappus nicht. Unter Ihnen konnte sie sich nicht entwickeln, denn jetzt wurden die Strukturen geschaffen, Ihre ideologischen Freunde zu versorgen und abseitige Bedürfnisse künstlich massiv aufzublasen. Zugleich haben Ihre Freunde, wie Herr Lucha, angefangen, eine Form der Jugend- und Kulturförderung zu betreiben, in der wir in wundersamer Weise und für uns alle so unerklärlich allerorten bei den geförderten Statements auftauchen, die die parlamentarische Opposition der AfD in Bausch und Bogen verdammen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Ja, Herr Kretschmann – ein Schuft, wer denken würde, Sie hätten sich aus Ihrer Zeit als Maoist ein paar undemokratische Haltungen mitgebracht.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Die vierte Botschaft: Regeln gelten nicht für Herrn Kretschmanns Freunde. Form geht bei Ihnen vor Inhalt, Herr Kretschmann. Allerorten geben Sie sich als Demokrat oder gar als gewichtig artikulierender Staatsphilosoph. In Wirklichkeit geht es nur um Show.

Es soll respektabel aussehen, wenn Sie, Grüne und Schwarze, sich ruckzuck die Altersbezüge erhöhen wollen, wenn sich die Zahl der Staatssekretäre unnatürlich vermehrt, wenn Sie uns Fahrverbote als angeblichen Triumph des Rechtsstaats verkaufen wollen. Es soll gesetzmäßig aussehen; der Geist der Gesetze interessiert Sie nicht, wenn es nur Ihren Zielen dient.

(Beifall bei der AfD)

Es soll respektabel aussehen, wenn Ihnen angesichts des Wahlerfolgs der AfD plötzlich Sparzwänge einfallen: Man brauche keinen zweiten Landtagsvizepräsidenten. Es soll respektabel aussehen, wenn man bei jedem öffentlichen Repräsentationsanlass gegen unsere Partei hetzt und sich selbst als Musterdemokrat aufspielt. Nur: Tatsächliche Korrektheit, das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes, das ist den Ideologen, die ihre Machtpöstchen so lieben, ein Gräuel.

(Beifall bei der AfD)

Zur Not werden Sie noch das ganze Volk zum Feind der Demokratie erklären, wenn Ihnen die Ergebnisse demokratischer Prozesse nicht gefallen.

Fünfte Botschaft: Menschen, die Ihnen nicht passen, erklären Sie zu Störenfrieden, ja zu Feinden der Demokratie, zu Unmenschen, und Sie versuchen, sie mit Kampagnen zu erledigen. Auch das haben wir an Ihnen bis jetzt zum Überduss gesehen. Das unwürdige Vorgehen gegen die Hochschulrektorin Dr. Stöckle vonseiten des Wissenschaftsministeriums selbst ist inzwischen bekannt geworden.

(Bernd Gögel)

Herr Ministerpräsident, beenden Sie diese Zusammenarbeit mit der Wissenschaftsministerin, und machen Sie in diesem Ministerium einen Neuanfang.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich möchte auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Ganz am Ende sagten Sie in etwa: „Es wird Ihnen nicht gelingen, der Ministerin etwas am Zeug zu flicken.“ Herr Ministerpräsident, Sie beklagen hier heute, dass die Opposition vorschnell einen Entlassungsantrag gestellt habe, einen Entlassungsantrag, dem angeblich – jedenfalls nach Ihrer Wertung – die Grundlage fehle. Wie kommen Sie dazu, einen solchen letzten Satz zu sagen? Nehmen Sie damit nicht vorweg, was der Untersuchungsausschuss oder der VGH in dieser Sache als Erkenntnis gewinnen könnten?

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Ich glaube, dass Ihnen dieses Urteil, das Sie hier am Ende Ihrer Rede getroffen haben, noch auf die Füße fallen wird. Denn Sie werden sich noch einmal Gedanken darüber machen, wann denn der richtige Zeitpunkt gewesen wäre, Schaden von dieser Landesregierung abzuwenden.

(Zuruf: Ja!)

Die weitere Frage ist doch: Warum stehen wir heute hier? Sie haben sich darüber beklagt, dass nicht über das weite Feld der Wissenschaftspolitik gesprochen werde. Herr Ministerpräsident, das ist hier und heute nicht der richtige Ort. Wenn wir das tun wollten, hätten wir vieles zu sagen. Für uns ist es z. B. nach wie vor unglaublich, dass auf Initiative einer grünen Wissenschaftsministerin in Baden-Württemberg Studiengebühren eingeführt werden. Das wäre ein Punkt, den wir sehr deutlich kritisieren würden.

(Beifall bei der SPD)

Wir würden auch sehr deutlich kritisieren, wie eine grüne Wissenschaftsministerin mit der Verfassten Studierendenschaft umgeht. Oder wir würden auch noch einmal daran erinnern, wie eine grüne Wissenschaftsministerin die Neuordnung der Musikhochschulen vorgenommen hat.

(Zurufe von der SPD: Hätte!)

Da sollten 5 Millionen € gespart werden. Herausgekommen ist ein deutlich höherer Aufwand für das Land. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, darum soll es heute nicht gehen.

Lieber Herr Reinhart, Sie werfen hier heute der Opposition vor, dieses scharfe Schwert womöglich stumpf werden zu lassen: Die Begründung für diesen Entlassungsantrag wiegt bei Weitem schwerer als all das, was ich von der Union in den

Jahren 2011 bis 2016 bei Anträgen auf Entlassung von Frau Öney, Herrn Schmid, Frau Warminski-Leitheußer gehört habe. Heute sprechen wir über persönliche Verfehlungen einer Ministerin, die tatsächlich relevant sind,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber ehrlich! Da geht es um Verfehlungen! Damals ging es um Politik!)

und nicht um Inszenierungen, die Sie, Herr Reinhart, laufend abgeliefert haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wir haben euch noch einen Gefallen getan! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir haben einen neuen Kultusminister herbeigeführt!)

Ein weiterer Punkt, den wir natürlich ansprechen sollten, lieber Herr Ministerpräsident, aber auch Herr Kollege Schwarz: Sie haben hier vom Redepult aus meinen Vorgänger im Amt des Fraktionsvorsitzenden, Claus Schmiedel, zitiert. Von Claus Schmiedel ist, glaube ich, bekannt – Frau Finanzministerin Sitzmann kann sich daran erinnern –, dass er gern sehr impulsiv bestimmte Vorschläge gemacht hat. Und Claus Schmiedel hat damals seine Meinung zu dem Thema gesagt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie leben auch in der Vergangenheit!)

Ich glaube, man kann Claus Schmiedel und der SPD-Fraktion auch nicht vorwerfen, damals eine Wertung vorgenommen zu haben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem Herr Ministerpräsident, das große Problem beginnt danach. Wenn sich damals Frau Bauer für die Einsetzung einer Kommission entschieden hat,

(Abg. Sascha Binder SPD: „Verlängerter Arm“!)

dann ist sie wahrscheinlich deutlich unehrlicher mit der Sache umgegangen, als es damals Herr Schmiedel gemacht hat. Denn durch die Kommission – Sie haben es als „milderes Mittel“ bezeichnet – sollte ja ein bestimmter Eindruck erweckt werden,

(Zuruf: Ach so!)

nämlich der: Diese Kommission kommt von außen und ist völlig unabhängig.

Ich glaube, Sie haben noch immer nicht erkannt, wie schwerwiegend das ist, was im Urteil des Verwaltungsgerichts steht.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Denn in diesem Verwaltungsgerichtsurteil wird sehr deutlich, dass genau diese Unabhängigkeit der Kommission nicht vorlag. Und diese Unabhängigkeit der Kommission war etwas, was hier im Parlament, im Untersuchungsausschuss, aber eben auch gegenüber den Hochschulgremien vorgegaukelt wurde.

Ich darf einmal eine Passage aus dem Urteil – es gibt mannigfaltige dieser Passagen – vorlesen, z. B. wie die Kommission das Thema Abschlussbericht behandelt hat. Ich zitiere aus Seite 36 der Urteilsbegründung:

*Bei der sich anschließenden Diskussion über die endgültige Fassung des Kommissionsberichts hat die Kommiss-*

(Andreas Stoch)

*sion nicht nur – und allem Anschein nach vordringlich – die Interessen des Ministeriums im Blick, sondern dieses*

– das Ministerium –

*wirkt auch direkt auf den Text und auf die Möglichkeiten ein, ihn gegenüber der Klägerin so einzusetzen,*

– den Bericht so einzusetzen, die Kommission und den Bericht zu instrumentalisieren –

*dass der gewünschte Erfolg – Beendigung ihres Amtes, nach Möglichkeit durch ihren Rücktritt – eintritt.*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer dieses Urteil in seiner Rede einfach ignoriert, wie Sie es getan haben, wer es einfach ignoriert, wie Sie, Herr Kollege Schwarz, es getan haben,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er hat es gar nicht gelesen!)

der hat keinen Respekt vor der Rechtsordnung,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach Quatsch!)

der hat keinen Respekt vor einem Urteil, das eine klare Pflichtverletzung der Ministerin und eine Täuschung, die Unwahrheit, eine Lüge gegenüber dem Parlament des Landes Baden-Württemberg belegt.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Deswegen halte ich den Zeitpunkt auch für überhaupt nicht kritisierbar. Wenn wir wissen, was das Urteil des Verwaltungsgerichts uns sagt, dann ist Ihr Argument, was das Thema Untersuchungsausschuss angeht, nicht stichhaltig. Es ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil ich mich nicht daran erinnern kann, dass Grüne – vor allem Grüne – und CDU treibende Kräfte bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses waren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und auch nicht bei der Aufklärung!)

Wer hat denn ein Untersuchungsinteresse gegenüber den Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg formuliert? Es waren die Fraktionen von SPD und FDP/DVP, die die Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses beantragt haben. Tun Sie doch nicht so, als ob Sie aufklären wollten. Sie wollten doch nie aufklären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Ich glaube, ich verrate hier auch niemandem ein Geheimnis – niemandem. Ein Untersuchungsausschuss kann Beweisaufnahmen durchführen. Das tut er. Im Übrigen: Die Kommissionsmitglieder – damit da kein Irrtum aufkommt – wurden nicht auf Antrag der Grünen oder der CDU geladen, die Kommissionsmitglieder wurden auf Antrag von SPD und FDP/DVP geladen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Spielen Sie also hier kein Spiel, versuchen Sie nicht, ein Bild zu zeichnen, das irgendwie der Opposition einen unangemes-

senen Umgang mit dem Untersuchungsausschuss unterstellt. Der Untersuchungsausschuss bleibt ein wichtiges Instrument für diesen Landtag.

(Abg. Sascha Binder SPD: Unser Beweis Antrag! Ihr wollt es gar nicht hören, sonst hättet ihr einen Beweis Antrag gestellt! Ganz einfach!)

Aber der Untersuchungsausschuss wird am Ende kein Urteil sprechen. Der Untersuchungsausschuss wird einen Abschlussbericht vorlegen, und dieser Abschlussbericht wird politische Wertungen der Parteien und Fraktionen enthalten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn Sie als Parlamentarier, als Teil dieses Landtags Ihre Aufgabe ernst nehmen, dann sollten Sie sich gut überlegen, ob Sie aus Gründen der Parteiräson oder der Fraktionsdisziplin die schützende Hand über eine Ministerin halten, die dem Parlament die Unwahrheit sagt, oder ob Sie Ihrer Verantwortung als Parlamentarier des Landtags von Baden-Württemberg gerecht werden.

Herr Kollege Reinhart, es ist nicht nur das gute Recht der Opposition, einen Entlassungsantrag zu stellen, es ist sogar die Pflicht auch von Abgeordneten der Regierungsfaktionen, entsprechend zu handeln, wenn es geboten ist. Und es ist geboten.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist es der richtige Zeitpunkt, diesen Entlassungsantrag zu stellen.

SPD und FDP/DVP haben den Antrag eingebracht, weil hier in deutlichster Weise Verletzungen des Rechts durch Frau Ministerin Bauer vorliegen. Ich kann all denen, die sich heute so sehr auf den VGH konzentriert haben, nur eines sagen: Das, was hier in der Urteilsbegründung steht, sind keine rechtlichen Bewertungen, sondern ist die Analyse des Sachverhalts durch das Verwaltungsgericht Stuttgart. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, weshalb der VGH in Mannheim aus den vorliegenden Schriftstücken andere Schlüsse ziehen sollte als das Verwaltungsgericht Stuttgart.

Alle, die sich auf den VGH beziehen, kann ich schon heute auffordern, klar Stellung zu beziehen, wenn das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vorliegt. Denn der Verwaltungsgerichtshof wird dieses Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart bestätigen. Herr Ministerpräsident, Sie haben heute eine große Chance verpasst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir haben am heutigen Tag – das ist immerhin das Ergebnis einer ertragreichen Debatte – drei Dinge gelernt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Erstens: Sollte der Verwaltungsgerichtshof das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart bestätigen, muss die Ministerin – spätestens dann – zurücktreten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völlig klar!)

Zweitens: Der Ministerpräsident steht voll hinter der Ministerin. Er spricht ihr sein vollstes Vertrauen aus –

(Zurufe von der SPD: Nur sein „volles“! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Ohne „vollstes“! – Weitere Zurufe)

so ähnlich wie das Präsidium eines Fußballbundesligisten gegenüber dem Trainer. Mal schauen, in welche Richtung es geht.

Und das Dritte – bemerkenswert –: Der Ministerpräsident spielt gelegentlich Klavier.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vielleicht können wir bei Gelegenheit einmal hören, Herr Ministerpräsident, wie sich das anhört.

(Zuruf von der AfD: Keine Drohungen!)

Ich nehme an, wenn der Ministerpräsident mal eine Probe seiner Kunst abliefern wird, ein Satz des Schriftstellers Georges Moineau in den Sinn kommen, der gesagt hat: „Auf das Klavierspielen müssten zwei Steuern erhoben werden: eine zugunsten des Staates und eine zweite zugunsten der Nachbarn.“

(Heiterkeit)

Herr Ministerpräsident, das ist wahrscheinlich Ihr Beitrag zum Klavierspiel.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war jetzt aber schwach!)

Jedenfalls haben wir am heutigen Tag gehört, dass Sie das Ergebnis schon vorwegnehmen. Kollege Stoch hat es schon gesagt: „Uns machen Sie den Vorwurf: „Sie warten gar nicht ab, wie das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof ausgeht. Sie berufen sich nur auf das Urteil einer ersten Instanz. Warten Sie doch erst einmal ab, bis wir ein rechtskräftiges Urteil haben.“ Daraus habe ich geschlossen: Wenn wir dann ein rechtskräftiges Urteil haben und der Verwaltungsgerichtshof das Urteil bestätigt, muss die Ministerin zurücktreten.

Ihre Reaktion, Herr Ministerpräsident, war gerade eine andere. Heißt das, dass Sie dann auch ein rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichtshofs ignorieren und sagen: „Der Verwaltungsgerichtshof hat zwar festgestellt, ich habe eine Ministerin, die ihrer Fürsorgepflicht nicht gerecht wird, ich habe eine Ministerin, die die Öffentlichkeit belogen hat, die das Parlament belogen hat, die einen Untersuchungsausschuss belogen hat, ich halte aber trotzdem an ihr fest“? Können wir das so verstehen, Herr Ministerpräsident? Oder versteinern Sie jetzt, damit aus Ihren Reaktionen keine Schlussfolgerung gezogen werden kann? Das hätten wir schon gern gewusst.

Die Kollegen Schwarz und Reinhart haben anschließend noch Gelegenheit, sich zu der Frage zu äußern, was daraus folgt, wenn der Verwaltungsgerichtshof zum selben Ergebnis kommt wie das Verwaltungsgericht. Geben Sie sich keiner Illusion

hin, wenn Sie den Vergleich mit dem Schnellverfahren ziehen. Warum nämlich ist das Schnellverfahren anders ausgefallen? Weil dieselbe Ministerin Akten unterschlagen hat und diese Akten dem Gericht nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Aber jetzt haben die Gerichte diese Akten. Jetzt ist die Aktenlage des Verwaltungsgerichtshofs dieselbe wie die Aktenlage des Verwaltungsgerichts.

Es würde dieses Haus und die Öffentlichkeit wahrscheinlich schon interessieren, meine Damen und Herren: Was passiert, wenn Sie am heutigen Tag mit der Begründung, es gebe noch kein rechtskräftiges Urteil, diesen Entlassungsantrag ablehnen, der Verwaltungsgerichtshof dieses Urteil aber bestätigt? Das würde uns schon interessieren. Dann würde nämlich diese Argumentation, auf die Sie sich am heutigen Tag hilfsweise berufen, nicht mehr gelten.

Oder ist es dann so, dass Sie zu dem Ergebnis kommen: „Macht nichts, es geht trotzdem weiter“?

Urteile darf man ja kritisieren. Das haben Sie mir am heutigen Tag freundlicherweise konzidiert, Herr Ministerpräsident. Sie haben gesagt: „Urteile muss man umsetzen, aber man muss mit der Begründung nicht einverstanden sein.“ Das haben Sie am heutigen Tag demonstriert – genauso der Kollege Schwarz und in der Vergangenheit schon Ihre Ministerin, die diese Urteile als „absurd“ bezeichnet haben.

Interessant ist, dass Sie mich noch im Juli für dieselbe Kritik an einem Urteil desselben Gerichts als einen Verfassungsfeind gebrandmarkt haben, nicht?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Ich habe vorhin zitiert, was der Kollege Schwarz damals gesagt hat.

Aber wenn es um Ihre eigene Regierung geht, um Ihre eigene Ministerin, dann ist alles egal. Dann darf man diese Urteile nicht nur kritisieren, sondern – wie aus Ihrer Reaktion zu schließen ist – Sie haben sich schon vorgenommen, diese Ministerin auch dann im Amt zu halten, wenn der Verwaltungsgerichtshof das Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt. Genau dies haben Sie dann am Ende ja auch erläutert – der Kollege Stoch hat darauf hingewiesen –, indem Sie gesagt haben, dieser Ministerin wird man nichts am Zeug flicken können. Sie werden sie auf Teufel komm raus im Amt halten wollen. Mal sehen, ob das gelingt, Herr Ministerpräsident. Spätestens nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs sehen wir uns dann wieder.

Herr Kollege Reinhart, Sie sprachen von einem Schwert, das stumpf zu werden drohe. Es wird stumpf, wenn man es nicht effektiv verwendet. Ich kann Ihnen nur verraten: In meiner Amtszeit als Fraktionsvorsitzender – das sind jetzt fast zehn Jahre –

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

habe ich eine Erfolgsquote von 100 %, was das anbelangt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Wir haben nämlich im Unterschied zur CDU-Fraktion nur bei dem Entlassungsantrag gegen Frau Warminski-Leitheußer mitgemacht. Die CDU-Fraktion hat in der letzten Legislatur-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

periode noch eine ganze Reihe weiterer Entlassungsanträge gestellt – gegen Nils Schmid,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Deshalb lächelt der Kollege Stoch so!)

gegen Herrn Stichelberger usw. Also Ihr Schwert war am Ende ein stumpfes Kurzschwert, Herr Kollege Reinhart,

(Heiterkeit)

während wir bisher eine Erfolgsquote von 100 % haben. Wir werden einmal sehen, wie sich das nach dem heutigen Entlassungsantrag weiterentwickelt, wenn Sie dann brav die Hand heben und sagen: „Der Ministerpräsident hat beföhlen, der Antrag ist abzulehnen.“ Wir werden sehen, wie sich dies weiterentwickelt.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen davon: „Audiatur et altera pars“ – höre auch die andere Seite. Kollege Stoch hat schon ausgeführt: Wir sind nicht diejenigen, die die Aufklärung behindern. Den Untersuchungsausschuss haben wir eingesetzt, nicht Sie, und die entsprechenden Zeugen werden von uns geladen, nicht von den Regierungsfractionen, die nur ein begrenztes Aufklärungsinteresse haben.

(Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aber die andere Seite, Herr Ministerpräsident, ist in diesem Fall nicht Herr Stratthaus, sondern die andere Seite ist Ihre Ministerin. Und die wurde gehört – das wurde schon mehrfach gesagt –, in diesem Parlament und vor allem auch vor dem Untersuchungsausschuss. Genau das ist der springende Punkt: Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat entschieden, dass das, was die Ministerin vor dem Untersuchungsausschuss gesagt hat, die Unwahrheit ist. Das hat ein Gericht festgestellt.

Deshalb bleibe ich dabei – das ist ja nicht mein Urteil; nicht ich bin zu dem Ergebnis gekommen, sondern das Verwaltungsgericht Stuttgart –: Sie hat vor dem Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt. Und spätestens dann, wenn das Urteil des Verwaltungsgerichts durch den Spruch des Verwaltungsgerichtshofs rechtskräftig wird, haben Sie es schriftlich, dass vor dem Untersuchungsausschuss gelogen wurde. Dann, meine Damen und Herren, steht eine uneidliche Falschaussage im Raum. So, meine Damen und Herren, ist die Rechtslage. Die können Sie nicht wegdefinieren, und Sie können sich auch nicht über das Gesetz im Land Baden-Württemberg stellen, auch wenn Sie mittlerweile in einem Stadium sind, in dem Sie das gern täten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Deshalb: Im Ergebnis können Sie am heutigen Tag diesen gebotenen Entlassungsantrag ablehnen, meine Damen und Herren. Sie werden aber nicht dauerhaft an den Verfehlungen dieser Ministerin vorbeikommen. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung. Das können wir Ihnen schon heute versprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE ertheile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz das Wort.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach zwei Stunden Debatte kann man tatsächlich feststellen: Die Luft ist raus.

(Lachen des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die Vorwürfe der Opposition sind überzogen und haltlos.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Realitätsverlust!)

Ich will das auch gern nochmals begründen.

Theresia Bauer ist eine sehr gute Wissenschaftsministerin, die sich über die Landesgrenzen Baden-Württembergs hinaus große Anerkennung erworben hat. Ich möchte aus dem Schreiben der Vorsitzenden der Universitäts- und Aufsichtsräte der Landesuniversitäten vom 24. September 2018 zitieren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Haben wir alles in der Zeitung gelesen! – Zuruf von der AfD: Filz!)

Deutschlandweit renommierte Persönlichkeiten haben dieses Schreiben unterschrieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

– Herr Kollege, die Begriffe, die Sie an dieser Stelle verwenden, sind an dieser Stelle völlig deplatziert.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Schauen Sie, welche renommierten Persönlichkeiten das hier unterschrieben haben. Ich zitiere:

*Wir haben Frau Ministerin Bauer bisher stets als sachorientierte, klare und transparente Ministerin erlebt, die aufkommende Fragen und Sachverhalte inhaltlich umfassend aufarbeitet, klärt und die entsprechenden Konsequenzen hieraus zieht.*

(Abg. Udo Stein AfD: Juristisch wohl nicht!)

Es heißt dann weiter in dem Schreiben:

*Ministerin Bauer sollte ihre Arbeit auch in Zukunft mit Erfolg und Nutzen für die Universitäten des Landes und für das Land selbst fortsetzen können.*

Diesem Rat der Universitäts- und Aufsichtsräte kann ich mich und kann sich auch meine Fraktion vollkommen anschließen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Nico Weinmann FDP/DVP meldet sich.)

– Lassen Sie mich zunächst zu den Punkten kommen. Dann dürfen Sie Ihre Frage stellen.

Warum fallen die Vorwürfe, die Herr Stoch und Herr Rülke erhoben haben, wie ein Kartenhaus zusammen? Sie, Herr Stoch, haben von Fürsorgepflicht gesprochen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das Gericht!)

Ihre Fürsorgepflicht hat die Ministerin wahrgenommen, indem sie im Wege der Rechtsaufsicht die Abwahl der Rektorin mehrmals verhindert hat. Da hat sie sich vor die Rektorin

(Andreas Schwarz)

gestellt. Hier hat sie ihre Fürsorge- und Treuepflicht aktiv wahrgenommen. Zum Zweiten hat die Ministerin, indem sie die Kommission eingesetzt hat, ihre Fürsorgepflicht wahrgenommen.

Ich erinnere daran: Claus Schmiedel hat die Zwangsverwaltung gefordert.

(Unruhe bei der SPD)

In dieser Situation hat sich die Ministerin vor die Rektorin gestellt. Da hat sie ihre Fürsorgepflicht wahrgenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD:  
So ein Quatsch!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz – –

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Lassen Sie mich die Punkte vortragen; denn darauf ist ja Bezug genommen worden.

Dann haben Sie die Zulagen angesprochen – ein Verwaltungsproblem, das es gibt. Auch hier hat die Ministerin die richtigen Schlüsse gezogen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Nein!)

Die Aufarbeitung ist in vollem Gang. Neue Beratungs- und Kontrollstrukturen sollen im Ministerium und an den jeweiligen Hochschulen geschaffen werden, damit solche Dinge in der Zukunft unterbleiben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo sind die Rückforderungen? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dritter Punkt, den Sie erheben: die Aussage der Ministerin und die Frage der Kommission. Selbstverständlich ist die Kommission unabhängig. Ich mache es Ihnen an drei Punkten fest.

Erstens: Die Mitglieder der Kommission sind persönlich unabhängig. Sie stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit dem Wissenschaftsministerium.

(Abg. Sascha Binder SPD: Verwaltungshandeln!)

Sie sind auch nicht finanziell abhängig vom Wissenschaftsministerium.

Zum Zweiten hat die Kommission in Eigenregie gearbeitet, völlig unabhängig von den Referaten des Wissenschaftsministeriums.

Und zum Dritten ist die Kommission in ihrer freien Entscheidung zu einem Ergebnis gekommen. Ihr Vorwurf der Beeinflussung geht ins Leere. Dieser Vorwurf ist unbegründet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder zu?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ja, bitte, eine Zwischenfrage, keine Kurzintervention.

(Abg. Anton Baron AfD: Eigentlich war vorher Herr Weinmann dran!)

**Abg. Sascha Binder SPD:** Nein, nein, eine Zwischenfrage. – Herr Kollege Schwarz, Sie haben ja davon gesprochen, die Kommissionsmitglieder seien über alle Zweifel erhaben. Wir haben im Untersuchungsausschuss herausgefunden, dass nicht alle ihre Akten zurückgegeben haben. Akten sind dort also auch verschlampt worden.

Ist Ihnen bekannt, dass der Prozessbevollmächtigte des Landes in einem Schriftsatz gegenüber dem Verwaltungsgericht Stuttgart die Kommission als Verwaltungshelferin und verlängerten Arm des Ministeriums bezeichnet hat? Und ist Ihnen bekannt, dass diese Begründung des Verwaltungsgerichts vor allem auf Akten basiert, die das Ministerium nach Aussage eines Mitarbeiters des Ministeriums im Eilverfahren bewusst nicht vorgelegt hat?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Die politische Frage, die Ihr Fraktionsvorsitzender gestellt hat,

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich habe eine Frage gestellt!)

war die nach der Aussage der Ministerin im Untersuchungsausschuss und nach der Frage der Unabhängigkeit.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ich habe eine Frage gestellt!)

Die Details besprechen Sie im Untersuchungsausschuss.

(Lachen bei der AfD und der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Keine Ahnung haben Sie!)

Wenn Sie, Herr Binder, den Begriff „Verwaltungshelfer“ in den Mund nehmen,

(Zuruf von der SPD: „Verlängerter Arm“!)

dann stellen Sie die Frage nach der Unabhängigkeit der Kommission. Dazu habe ich Ihnen gerade gesagt, dass die Kommission selbstverständlich unabhängig war,

(Abg. Sascha Binder SPD: Sie haben keine Ahnung! Das ist es wahrscheinlich!)

da die Mitglieder nicht persönlich vom Wissenschaftsministerium abhängig waren. Sie waren keine Beamten, keine Angestellten des Wissenschaftsministeriums. Die Kommission ist in Eigenregie zu ihrem Ergebnis gekommen. Der Vorwurf, den Sie, Herr Binder, in den Raum stellen, ist nicht begründet.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so! – Abg. Sascha Binder SPD: Das sagt der Prozessbevollmächtigte! Also wenn ich so wenig Ahnung hätte, würde ich nichts sagen!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, lassen Sie auch die Zwischenfrage des Herrn Abg. Weinmann zu?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Ja.

**Abg. Nico Weinmann** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Kollege Schwarz. – Darf ich Ihre Ausführungen zu der vermeintlich erfolgreichen Tätigkeit der Frau Ministerin so interpretieren, dass ein rechtswidriges Verhalten wegen der guten Arbeit nicht zu sanktionieren ist?

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Ja oder Nein?)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: In meinen Augen bietet die Wissenschaftsministerin ein positives Gesamtbild.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das war nicht die Frage!)

Baden-Württemberg steht, was Forschung und Entwicklung angeht, als Innovationsland an der Spitze.

(Abg. Sascha Binder SPD: Er weist es noch nicht einmal zurück!)

Ich verweise auf unsere Anstrengungen, den Hochschulen durch den Hochschulfinanzierungsvertrag Planungssicherheit zu geben, die Zukunftsthemen Digitalisierung, künstliche Intelligenz, automatisiertes Fahren in den Hochschulen zu implementieren – neben den Exzellenzuniversitäten, die wir haben,

(Abg. Sascha Binder SPD: Er bestreitet es gar nicht!)

und starken Hochschulen, dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften in der Fläche. Da, glaube ich, können wir mit Fug und Recht sagen: Theresia Bauer ist eine erfolgreiche und anerkannte Wissenschaftsministerin über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das rechtfertigt es nicht, die Unwahrheit zu sagen!)

Dieses Engagement achte ich, und dieses Engagement, das die Ministerin hier an den Tag legt, ist viel wert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Mehr wert als das Recht? – Abg. Reinhold Gall SPD: Frage nicht beantwortet!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Schwarz, es gibt eine weitere Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Poddeswa. Lassen Sie diese zu?

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Nein. Er kann ja nochmals reden.

Ich komme zum Schluss. Die Punkte, bei denen Handlungsbedarf bestand, sind erkannt worden. Da ist die Aufarbeitung im Gange. Ich nenne die Kontroll- und Beratungsstrukturen im Ministerium. Ansonsten ist von Ihren Vorwürfen nichts hängen geblieben. Meine Fraktion ist froh, in Theresia Bauer eine erfolgreiche, anerkannte Wissenschaftspolitikerin in ihren Reihen zu haben, und wir werden sie weiterhin unterstützen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Schwertkämpfer Reinhart! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt zücken wir den Degen! – Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt kommt Ihre Unterstützung! Auf die warten wir schon die ganze Zeit! Davon haben wir bisher noch gar nichts gehört!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin! Herr Kollege Rülke, bei Ihren Zitate vorhin hat natürlich das Lied gefehlt: „Man müsste Klavier spielen können“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist zweifelhaft, das stimmt!)

Das, finde ich, ist hier ein wichtiger Punkt.

Hier werden vor allem die Institution, Zeitpunkt und Untersuchungsausschuss thematisiert. Man würde sich – so ist der Vorhalt – hier seitens der Regierung oder der Ministerin teilweise über das Gesetz stellen. Das halte ich für einen Vorhalt, der nicht zutrifft. Im Gegenteil: Ich habe gesagt, Untersuchungsausschüsse sind sensible Institutionen, und sie sind unserer aller parlamentarisches Ermittlungsinstrument. Deshalb müssen wir sorgfältig damit umgehen. Es gehört mit Recht zum guten parlamentarischen Kommentar, dass wir während der Beweisaufnahme mit öffentlichen Bewertungen zurückhaltend sind, solange ein Untersuchungsausschuss läuft.

Da befinde ich mich in guter Gesellschaft mit der Rechtsprechung in Deutschland, mit den Gerichten – übrigens auch mit dem Verfassungsgerichtshof eines Landes. Der Verfassungsgerichtshof des Freistaats Sachsen sagt – Zitat –:

*Aus der hergebrachten Funktion des Untersuchungsausschusses, dem Parlament Informationen zu verschaffen, folgt ein Verbot vorweggenommener Feststellungen und Wertungen in Bezug auf den zu untersuchenden Sachverhalt. Die Verschiebung der Bedeutung parlamentarischer Untersuchungen hin zum Instrument der politischen Auseinandersetzung führt zu keiner Relativierung dieses Verbots.*

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in unserem Untersuchungsausschussgesetz die Regel:

*Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer abschließenden öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.*

Was ist der Zweck dieser unserer eigenen Gesetzgebung? Der Zweck dieser unserer eigenen Gesetzgebung ist doch, dass wir gerade Vorverurteilungen – solche haben Sie heute gemacht – unterlassen, und daran sollte man sich immer messen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will auch gern auf ein paar Dinge eingehen: Sie tun gerade so, als hätte in unserer Verfassung, auch im Rahmen der Gewaltenteilung, ein Gerichtsurteil – in dem schwierige und komplexe Fragen zu beurteilen sind, die auch das Gericht aufgeworfen hat – die Wirkung, zu klären, ob ein Regierungsmitglied zu entlassen sei oder nicht. Unsere Verfassung sieht dazu etwas ganz Einfaches vor: Während der Laufzeit einer Le-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

gislaturperiode ist die Frage: Hat die Ministerin das Vertrauen des Ministerpräsidenten oder nicht? Der Ministerpräsident hat die Frage beantwortet. Er entscheidet darüber und nicht ein Antrag von Ihnen mit vorweggenommener Beweiswürdigung. Auch das will ich in diesem Zusammenhang einmal festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

– Herr Kollege Stoch, Sie lächeln. Sie haben den Fall Warminski-Leitheußer hier eingebracht und angesprochen. Ja, das ist wahr; Sie wären nie Minister geworden, wenn wir diesen Antrag nicht gestellt hätten. Auch das ist die Realität.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ohne Sie! – Abg. Dr. Stefan Furst-Blei SPD: Wer wird Nachfolger von Frau Bauer? – Abg. Sascha Binder SPD: Geschichte wiederholt sich!)

Aber ich will auch dazusagen: Es werden natürlich auch bei diesem Untersuchungsausschuss Fragen zu behandeln und abzuwägen sein, die rechtlich nicht einfach sind. Wenn ein Bevollmächtigter, Herr Kollege Binder, in einem Schriftsatz an ein Gericht schreibt, dass die Kommission auch Verwaltungshilfe des Ministeriums sei – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: „Verlängerter Arm“!)

– Meinetwegen auch „verlängerter Arm“; er hat ja die Vollmacht des Landes für das Ministerium. Ja, was macht denn ein Anwalt sonst, wenn er einen Schriftsatz für eine Partei vorträgt? Ich meine, das ist doch seine Aufgabe.

(Abg. Sascha Binder SPD: Hä?)

Das zu skandalisieren ist doch völlig daneben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Sascha Binder SPD: Die Kommission!)

– Moment! Jetzt komme ich zur Kommission.

(Abg. Sascha Binder SPD: Die Kommission, nicht der Anwalt!)

– Ja, ich komme doch gerade zur Kommission. Jetzt hören Sie mal zu: Die Kommission war mit drei Personen besetzt. Das waren der wohl schon im Ruhestand befindliche Hagemann – er war mal Abteilungsleiter im Haus, wenn ich es recht weiß –,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das war der Einzige, der die Akten nicht verschlampt hat!)

ein Rektor einer PH, der kommissarisch interimweise für ein Jahr der Hochschule vorgestanden ist,

(Abg. Sascha Binder SPD: Der hat auch Akten verschlampt!)

sowie der Kollege Stratthaus. Jetzt muss ich Ihnen sagen: Wenn ich Mitglied dieser Kommission gewesen wäre, würde ich mich dagegen verwahren, ständig nur als Marionette,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

sozusagen als Werkzeug – und zwar als undoloses Werkzeug –, als Tatmittler, behandelt zu werden – so, als hätten sie ihr Gehirn ausgeschaltet.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah! Das Parteibuch haben Sie immer noch nicht gesagt!)

Wo sind wir eigentlich?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will Ihnen nur mal sagen, Herr Kollege Stoch: Sie heben das Urteil hoch. – Ich habe es gelesen.

(Zurufe)

Jetzt will ich Ihnen mal etwas dazu sagen: Deshalb habe ich den VGH – obwohl ich heute nicht ins Gestrüpp dieser Einzelfragen gehen wollte – auch angesprochen. Denn im summarischen Eilverfahren hat der VGH in der Tat gesagt, auf die Kommission komme es gar nicht an. Das ist eine andere Betrachtung als die des Verwaltungsgerichts in erster Instanz.

Warum nenne ich dieses Beispiel? Wir sollten nicht in der Rechtssubsumption schon vorbewerten, bevor rechtskräftige Entscheidungen vorliegen.

Für mich ist parallel dazu der Untersuchungsausschuss viel bedeutender; denn da findet die politische Untersuchung mit Beweiswürdigung statt. Bis heute sind die Mitglieder der Kommission nicht als Zeugen gehört worden. Ich finde, es ist ein Anspruch, dass man erst einmal die Zeugen hört und dann bewertet. Das ist unsere Haltung hierbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ich will Ihnen zugestehen: Natürlich gehört zum Treueverhältnis des Beamten auf der einen Seite auch die Fürsorge des Dienstherrn auf der anderen Seite. Das haben Sie im zweiten Semester über die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums – Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes – gelernt.

Wir sollten schon abwarten, wie das bewertet wird und wie vor allem die Untersuchung, die Beweiserhebung ausgeht. Die Situation war doch völlig verfahren. Der Ausgangspunkt war, dass anscheinend 20 Personen – Hochschulräte, Senat etc. – gesagt haben: „Nicht mehr mit uns, wenn die Rektorin nicht geht.“ Das ist keine einfache Ausgangslage.

Natürlich wird man auch untersuchen können und müssen, ob man besser ein Disziplinarverfahren oder etwas anderes erwogen hätte. Das alles sind berechnete Fragen. Aber es sind hochkomplexe juristische Fragen, bei denen man nicht von vornherein sagen kann, dass jemand im strafrechtlichen Sinn vorsätzlich gehandelt hätte. Nein, ich finde – das hat der Ministerpräsident zu Recht gesagt –, zum Fair Trial gehört auch das Anhören von Zeugen – „audiatur et altera pars“ – und die Würdigung hinterher, zumal man schon ein Stück weit Maß und Mitte, Verhältnismäßigkeit beachten sollte.

Ich verstehe es ja: In der Zeit, als wir in der Opposition waren, war Ihr Vorgänger, Herr Kollege Stoch, der damalige Fraktionsvorsitzende Schmiedel, in der Sache sehr aktiv. Er hat damals offenkundig intensiv – wir erinnern uns – die Position vertreten und auch befördert und verlangt, dass ein

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Zwangskommissar – sogar ohne mildere Mittel, ohne andere Maßnahmen, sofortige Entlassung der Rektorin – viel stärker durchgreift. Ich habe mich nicht gewundert. Ich habe gelauscht, aber ich habe keinen Satz von Ihnen dazu gehört.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben auch darüber gesprochen!)

– Sie haben darüber gesprochen? Ach ja.

(Zurufe von der SPD)

Wir sollten hier nicht vorschnell vorausgehen und meinen, wir wüssten alles besser. Die Stimmung war aufgeheizt. Auch die Hochschulgremien haben vorher agiert.

Vor diesem Hintergrund will ich schon sagen: Die Frage, ob der wichtige Grund in der Person der Klägerin vorgelegen hat und ob mit der Abberufung missbräuchliche Zwecke verfolgt worden sind, sollten wir in Ruhe dem Vortrag bei den Gerichten in der Berufungsinstanz überlassen und die Sache dann im Untersuchungsausschuss ausgewogen, klug, vernünftig und abgewogen betrachten und bewerten; denn der Untersuchungsausschuss ist unser Ermittlungsinstrument.

Herr Kollege Gögel, abschließend muss ich sagen: Das, was Sie hier abgeliefert haben zu einem konkreten Fall, zu einem konkreten Tagesordnungspunkt, zu einem konkreten Tatbestand – –

(Abg. Anton Baron AfD: Was war daran falsch? Sagen Sie, was daran falsch war! – Abg. Bernd Gögel AfD: Sie müssen nicht das Gleiche wiederholen!)

– Da sagt Boëthius: „O si tacuisses, philosophus mansisses.“ – Hätten Sie lieber geschwiegen, wären Sie Philosoph geblieben. Sie haben wenig zur Sache beigetragen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Er war noch nie Philosoph!)

– Ja. – Sie haben weder mit Worten oder Argumenten überzeugt noch zur Sache gesprochen, sondern Sie haben dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er würde Hetze betreiben. Ich überlasse diesem Plenum, festzustellen, wer hier Hetze betreibt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Bernd Gögel AfD: Ich habe Beispiele genannt!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Entlassungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/4774, der wie folgt lautet:

*Der Landtag wolle beschließen,*

*gemäß Artikel 56 der Landesverfassung den Ministerpräsidenten aufzufordern, Frau Theresia Bauer MdL aus der Landesregierung zu entlassen.*

Nach Artikel 56 der Landesverfassung muss der Ministerpräsident einem dahin gehenden Ersuchen entsprechen, wenn der

Beschluss von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags gefasst wird. Dies bedeutet, dass dem Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP mindestens 96 Mitglieder des Landtags zustimmen müssen. Andernfalls ist der Antrag erfolglos.

Wer dem Antrag auf Entlassung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Neue Koalition?)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Vielen Dank. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Zahl von Stimmen bekommen und ist abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Vorläufig!)

Damit ist auch Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf um etwas Ruhe bitten.

Ich rufe **Punkt 3** unserer Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Änderung des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen in Baden-Württemberg (Landesinformationsfreiheitsgesetz – LIFG) – Drucksache 16/3816**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/4766**

**Berichtersteller: Abg. Hans-Ulrich Sckerl**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

(Unruhe)

**Abg. Alexander Maier** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Informationsfreiheitsgesetz der letzten, grün geführten Landesregierung war ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Nun ist vor allem wichtig, wie das Gesetz in der Praxis angewandt wird. Das ist ein wichtiges Anliegen meiner Fraktion. Warum?

Erstens: Demokratie ist auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Mit der Informationsfreiheit ermöglichen wir ein direktes, unzweifelhaftes und offenes Verhältnis zwischen Bürgerschaft und staatlichen Stellen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir glauben, dass Informationsfreiheit interessierte Bürgerinnen und Bürger besser in die Lage versetzt, Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen. Gerade im Bereich der Digitalisierung sind da einige Möglichkeiten neu auf gekommen, die wir auch nutzen sollten.

(Alexander Maier)

Drittens: Wenn wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur nachvollziehen, sondern auch mitbestimmen und mitentscheiden sollen, müssen wir ihnen auch die notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Denn aus demokratietheoretischer Sicht ist Transparenz eine unbedingte Voraussetzung, damit eine Meinungs- und Willensbildung durch eine informierte Bürgergesellschaft möglich ist.

Um es mit Jürgen Habermas' Konzeption der politischen Diskursöffentlichkeit zu sagen: Die Offenlegung von Informationen ist die entscheidende Bedingung dafür, dass es zur Durchsetzung des besten Arguments und damit zur Entscheidung im Sinne des Gemeinwohls kommen kann. Diesem Anspruch fühlen wir uns verpflichtet, und das Informationsfreiheitsgesetz ebnet ebendiesem Anspruch auch den Weg.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Nichtsdestotrotz hätten sich die Grünen vor drei Jahren ein Gesetz vorstellen können, das weiter geht. Aber bekanntlich haben die Grünen auch damals in einer Koalition regiert, und da bestimmt eben nicht immer nur eine Partei allein über die Haltung in der Regierungsarbeit, sondern man arbeitet gemeinsam an Themen.

Aber auch, wenn nach unserer Meinung noch mehr gegangen wäre, können wir dem heute vorliegenden Entwurf ganz sicher nicht zustimmen. Denn das, was uns heute vorliegt, hat Schwächen, dass einem schwindelig wird. Vor allem zieht der Entwurf hier und da in abwegiger Art und Weise manche Stellen heraus, die unter das Gesetz fallen sollen, und andere nicht. Zudem wird auf andere bestehende Probleme überhaupt nicht eingegangen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir machen das nicht. Wir schauen genau hin, was in Zukunft zu tun ist, und werden die Evaluation des bestehenden Landesinformationsfreiheitsgesetzes gründlich auswerten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Mit Blick auf den ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Dr. Stefan Brink kann man schon erahnen, an welchen Stellenschrauben in Zukunft gedreht werden muss. Das ist zum einen das Problem, dass die Informationsfreiheit leider noch ein Schattendasein fristet und für Behörden, für Journalistinnen und Journalisten, Bürgerinnen und Bürger ein relativ unbekanntes Wesen ist. Der Landesbeauftragte und sein Team sind zwar viel im Land unterwegs und klären auf, aber hier besteht durchaus noch Nachholbedarf.

Dazu sind Fragen der Anwendung, Gebührenerhebung und Antragsberechtigung oft unklar. Das geht so weit, dass manche staatlichen Stellen zwar Anfragen beantworten, aber dann die Veröffentlichung, z. B. auf „fragdenstaat.de“, untersagen, was natürlich dem Zweck der Informationsfreiheit nicht dient. Wir müssen die Informationsfreiheit also bekannter machen und besser erklären.

Beim Gesetz selbst muss man sich die Ausnahmenvorschriften und den Schutz der Vertraulichkeit noch mal genauer anschau-

en. Man könnte durchaus noch mehr staatliche Stellen einbeziehen und klar definieren, in welchen Fällen sich die Behörden auf Vertraulichkeit berufen können.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Außerdem gibt es noch die Frage der Gebührenregelung. Manche Kommunen erheben auch in einfachen Fällen oder sogar bei Ablehnung eines Antrags Gebühren. Das ist nicht bürgerfreundlich. Da könnte eine konkrete Satzung mit einem Gebührendeckel Abhilfe schaffen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Nicole Razavi  
CDU)

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass wir mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz für einen Meilenstein gesorgt haben. Mit einem Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung hin zu mehr Transparenz und Offenheit haben wir die Demokratie in Baden-Württemberg gestärkt. Und das werden wir mit Blick auf die Evaluation auch weiterhin tun – seriös und nicht auf diese Art, wie es hier geschieht. Darauf können Sie sich verlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hockenberger das Wort.

**Abg. Ulli Hockenberger CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In dem eben vom Kollegen Maier angesprochenen ersten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist die lange Geschichte zu diesem Gesetz beschrieben. Der Landesdatenschutzbeauftragte hat davon gesprochen, dass er diesen Prozess als vorsichtig und herantastend empfunden hat; er hätte sich mehr Mut versprochen. Das haben wir eben auch vom Kollegen Maier gehört.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wer die Protokolle der seinerzeitigen Debatte nachliest, der weiß, dass es nicht nur die Mutigen, sondern auch die Besorgten gegeben hat. In diesem Haus ist gar darüber gesprochen worden, ob dieses Gesetz gegebenenfalls für überflüssig gehalten wird.

Jetzt ist das Gesetz da, und das Gesetz zeigt Weitsicht. Es enthält nämlich einen Artikel zur Evaluierung. Genau diesen Umstand haben wir aufgegriffen und in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Wir wissen, dass es im Zusammenhang mit diesem Gesetz Optimierungsbedarf gibt. Diesen werden wir aufgreifen, aber auf der Basis belastbarer und valider Erkenntnisse und nicht mit einem Schnellschuss jetzt mittendrin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.  
Alexander Maier GRÜNE)

Es ist davon gesprochen worden, dass Datenschutz bei uns eine lange Tradition hat. Aber auch damit hat es einmal ange-

(Ulli Hockenberger)

fangen. Informationsfreiheit hat diese Tradition noch nicht. Wenn man sich daran erinnert, dass nahezu 80 % der Auskünfte von Kommunen erteilt werden, kann man sich vorstellen, wie schwierig es ist, dort eine entsprechende Verwaltungstradition zu begründen. Wenn Sie die Strukturen unserer Kommunen anschauen und bedenken, dass alle Kommunen dieses Gesetz gleichermaßen anwenden müssen, unabhängig davon, wie groß oder klein sie sind, dann werden Sie verstehen, dass es ein wenig dauert, bis das angekommen ist und man sich dort mit dem Thema kompetent auseinandersetzt.

In dem Bericht von Herrn Dr. Brink ist auf den Seiten 34 bis 36 ein wunderbares Beispiel beschrieben. Da geht es um den Pachtvertrag für einen Windpark. Das berührt Gemeinderatsprozesse. Was ist vertraulich? Was ist nicht öffentlich? Es berührt Betriebsgeheimnisse. Es berührt Steuergeheimnisse. Es berührt die Unvoreingenommenheit von Entscheidungsprozessen. Nichts beschreibt die Komplexität dieses Gesetzes besser als dieser Fall.

Deswegen sollten wir uns Zeit nehmen, dass sich das Gesetz an der Basis etablieren kann. Die kommunalen Landesverbände haben im Rahmen der Anhörung gesagt, sie brauchten noch etwas Zeit, deshalb sollte es nicht sofort wieder Änderungen geben. Daran halten wir fest. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

Ich möchte mir als Kommunalen noch einen Satz erlauben: Selbstverständlich kann man darüber nachdenken, in welcher Form auch immer die Gebühren ausgestaltet sein müssen. Herr Dr. Brink hat ja für das Land in seinem Bericht schon eine entsprechende Stellungnahme abgegeben: Er könnte sich eine Nähe zur Kostenfreiheit vorstellen.

Das darf er, aber bei den Kommunen sollten wir darauf achten, dass die Kommunen, wenn sie eine Aufgabe erfüllen, dafür auch eine angemessene Refinanzierung brauchen.

Ich weiß, Sie haben erwartet, dass ich diesen Satz sage. Ich wollte Sie nicht enttäuschen.

Wir lehnen den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Thomas Blenke CDU: Nicht nur freie Rede,  
sondern gute Rede, Herr Kollege! Chapeau!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abg. Rüdiger Klos.

**Abg. Rüdiger Klos** AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer der wertvollsten Rohstoffe in unserer Zeit sind digitale Daten, sind Informationen. Althergebrachte Ausdrücke wie „Herrschaftswissen“ zeigen: Wer das Wissen, wer die Informationen hat, der hat auch die Macht. Wissen ist Macht, und das gilt ganz besonders in unserer Zeit.

Wer ist der Souverän in unserem Land? Das ist der mündige Bürger. Damit die Bürger aber mündig entscheiden können, brauchen die Bürger Informationen. Sie brauchen sie nicht nur zur Entscheidung, sondern auch zur Kontrolle, und sie brauchen die Möglichkeit, diese Informationen zu erlangen.

Insofern ging das Informationsfreiheitsgesetz in die richtige Richtung. Wären wir damals im Landtag gewesen, hätten wir das vom Grundsatz her begrüßt, auch wenn es uns nicht weit

genug gegangen wäre. Sie haben sehr viele Ausnahmetatbestände dringelassen.

In der Ersten Beratung wurde stark kritisiert, dass wir sehr viele Bereiche hineinnehmen wollen. Aber Sie haben dabei unsere Begründung überlesen. Wir nehmen die Bereiche hinein, in denen es um staatliche Gelder geht. Da wollen wir, dass der Bürger kontrollieren kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und die Bürgerin?)

Um dem Willen des Bürgers Geltung zu verschaffen, damit er seine Rechte wahrnehmen kann, haben wir auch das Demokratiestärkungsgesetz eingebracht. Sie haben es dann abgelehnt, aber wir werden Ihnen zeigen, dass die Methoden, mit denen Sie hier vorgehen, indem Sie immer Ihre Mehrheit nutzen, vom Bürger nicht mitgetragen werden.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und von der Bürgerin?)

Wir wollen mehr direkte Demokratie, wir wollen mehr Basisdemokratie in diesem Land. Wenn der Bürger z. B. sichere Grenzen haben will, dann muss er auch die Möglichkeit haben, die Regierung hierzu zu zwingen. Es kann nicht sein, dass er sich die gesamte Legislaturperiode hinweg von der Regierung plattmachen lassen muss. Der Bürger braucht mehr Rechte in diesem Land und Zugang zu Informationen. Wir stellen dieses Land wieder vom Kopf auf die Füße, was die Rechte des Bürgers angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Aus diesem Grund haben wir zu diesem Informationsfreiheitsgesetz Vorschläge für Ergänzungen und Verbesserungen erarbeitet. Allerdings habe ich festgestellt: Vor zehn Jahren, also im Jahr 2008, war hier schon einmal ein Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz vorgestellt worden. Ich zitiere einmal aus der damaligen Debatte:

*Es ist höchste Zeit, den Bürgern endlich in Form eines Rechtsanspruchs tatsächlich voraussetzungslos die Möglichkeit zu umfassender Einsicht in Verwaltungshandeln zu verschaffen und endlich auch in Baden-Württemberg ein modernes Mitwirkungs- und Bürgerrecht europäischen Standards einzuführen.*

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

*In Zukunft darf nicht mehr die Geheimhaltung von Informationen, sondern muss ihre allgemeine Zugänglichkeit die Regel sein.*

Und weiter:

*Wer weiß, dass er unter den Augen der Öffentlichkeit arbeitet, wird sich bemühen, verständlich, effizient und logisch zu handeln.*

(Vereinzelt Beifall)

So damals Herr Abg. Sckerl.

Wenn Sie das damals schon erkannt haben, warum setzen Sie das dann nicht um? Warum kommen denn dann immer irgend-

(Rüdiger Klos)

welche Ausnahmeregelungen, die den Bürger gängeln und die dem Bürger Informationsmöglichkeiten nehmen? Sie sind in Ihrem Handeln überhaupt nicht logisch und konsequent.

Transparenz, Kontrolle, Effektivität – das muss auch dann gelten, wenn staatliche Leistungen mit staatlichen Mitteln von Dritten erbracht werden. Die hier erforderliche Transparenz wird durch den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion hergestellt.

Es muss der Grundsatz gelten: Wer zahlt, der bestimmt. Auch an dem folgenden Beispiel können Sie sehen, dass hier dringend Verbesserungen nötig sind: In Reutlingen wurde von der städtischen Tochterfirma FairEnergie ein Fernheizwerk gebaut. Um die Leitungen zu verlegen, wird der nächstgelegene Stadtteil zur Großbaustelle. Jetzt wollen die Bürger wissen: Wer bezahlt die Tiefbauarbeiten? Antwort der Stadt: „Zahle erst einmal 1 100 € für die Auskunft, dann bekommst du sie.“ Antwort des Bürgers – die wissen mittlerweile auch, wie es geht –: „Ich werde für den Gemeinderat kandidieren. Wenn ich dann da drin bin, muss ich nach der Gemeindeordnung gar nichts mehr zahlen, dann bekomme ich die Auskunft so.“ Das heißt, die Bürger merken, wie sie diese Gängelung von staatlicher Seite umgehen können. Wir freuen uns, dass sie das aufgenommen haben und umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos])

Zum Schluss wollen wir einmal ein Beispiel herausgreifen, nämlich die sogenannte Umwelthilfe, die Deutsche Umwelthilfe. Sie bekommt staatliche Gelder, schottet sich aber auskunftsmäßig völlig ab. Sie macht Industriepolitik, sie macht Machtpolitik – alles im Gewand eines angeblichen Umweltschutzes – mit gerade einmal 300 Mitgliedern.

Meine Damen und Herren, wenn ein Verein hier anfängt, die Parlamente zu gängeln, den Menschen draußen vorzuschreiben, wie sie leben sollen, wann sie in die Stadt fahren dürfen, dann läuft hier etwas gewaltig schief, wenn eine solche Gruppierung sich jeglicher Transparenz entziehen kann.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, beachten Sie Ihre Sprechzeit, bitte.

**Abg. Rüdiger Klos** AfD: Wir, die AfD, wollen dafür sorgen, dass in diesem Land wieder direkte Demokratie gelebt wird.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Rainer Stickelberger aufrufen.

**Abg. Rainer Stickelberger** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landesinformationsfreiheitsgesetz ist ein gutes Gesetz; es stammt ja auch aus dem Haus meines früheren Kabinettskollegen Gall.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Guter Mann!)

Sie haben das Gesetz zu Recht einen Meilenstein genannt. Das ist zutreffend. Es ist ein junges Gesetz, und wir sollten abwarten, wie es sich noch entwickelt. Dann werden wir eine Evaluation haben, die die Stärken und Schwächen dieses Gesetzes aufzeigt und uns Hinweise gibt, wo wir bei Bedarf nach-

steuern können. Da sind wir, die SPD-Fraktion, offen und abgeschlossen.

Es ist auch wichtig, dass wir da genau hinschauen, insbesondere im Hinblick auf die Gemeinden. Die Gemeinden sind primär die Adressaten solcher Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Da müssen wir dann bei einer Evaluation und einer Neuregelung die Gemeinden schon mit ins Boot nehmen und insbesondere die Frage der Gebühren klären. Wir müssen auch berücksichtigen, wie sich die europäische Datenschutz-Grundverordnung auf die Informationsfreiheitsgesetzgebung auswirkt. Da haben wir noch eine Aufgabe vor uns. Das sollten wir in Ruhe angehen und deshalb die Evaluation abwarten.

Wir halten den Gesetzentwurf der AfD zur Änderung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes für nicht zielführend. Die Position der SPD-Fraktion dazu ist ganz klar: So nicht und jetzt nicht und im Hinblick auf die Argumentation und Motivation der AfD für diesen Gesetzentwurf schon gar nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich darf für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort geben.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir werden dem Gesetzentwurf der AfD nicht zustimmen, und zwar aus sachlichen Gründen. Das kann man, glaube ich, auch ganz schnell plausibel machen, wenn man auf den Gedanken des Landesinformationsfreiheitsgesetzes zurückgeht und fragt, was dieses Gesetz eigentlich will.

Ich sage einmal so: Wir sind, wenn wir jetzt nicht gerade die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft beantragen, Baden-Württemberger und Bundesdeutsche. Wir gehören insofern zwei Staaten an, mit einer bestimmten Zwangsläufigkeit.

Wir reden heute nur über Baden-Württemberg. Wir haben als Mitglieder dieses Staates Baden-Württemberg die Möglichkeit, diesen Staat Baden-Württemberg zu beeinflussen – das ist erfreulich –, aber wir sind ihm auf der anderen Seite natürlich auch in gewisser Weise ausgeliefert, weil über uns auch entschieden wird. Deswegen haben wir ein Recht auf Transparenz darüber, was da passiert bei diesem Staat Baden-Württemberg. Insoweit ist es für mich in Ordnung. Wir haben für dieses Gesetz auch gekämpft.

Aber jetzt ist die Frage: Warum soll man diesen Anspruch auf Transparenz eigentlich auf Selbstverwaltungskörperschaften freier Berufe ausdehnen? Warum soll es überhaupt ein Fragerecht aller geben? Da reicht doch ein Fragerecht derer, die in dieser Körperschaft, in der Selbstverwaltung der freien Berufe, sind. Das ist doch ganz klar.

Wenn ich auf weitere Felder gehe, würde ich beispielsweise Rundfunkanstalten und Wohlfahrtsverbände nicht einfach mit Behörden vergleichen. Da liegen Sie meines Erachtens einfach schief.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Goll)

Herr Klos, Sie haben vorhin Verwaltungshandeln als Anknüpfungspunkt genannt. Aber Verwaltungshandeln sehe ich eigentlich beim Südwestrundfunk nicht unmittelbar gegeben. Insofern ist Ihr Vorschlag aus sachlichen Gründen für uns nicht logisch, und wir werden den Gesetzentwurf ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Vereinzelt  
Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Regierung bitte ich Herrn Innenminister Strobl ans Redepult.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Sehr verehrte Frau Präsidentin Kurtz, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Landesinformationsfreiheitsgesetz ist am 30. Dezember 2015 in Kraft getreten. Mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz geben wir weitgehend freien Zugang zu den bei den öffentlichen Verwaltungen vorliegenden Informationen. Damit wird die Transparenz staatlichen Handelns verbessert und die demokratische Meinungs- und Willensbildung entscheidend erleichtert. Denn nur gut informierte Bürgerinnen und Bürger können engagiert und konsequent mitgestalten.

Die AfD möchte den Anwendungsbereich dieses Gesetzes ändern. Nach ihrem Willen sollen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, der freien Berufe sowie der Krankenversicherung und sogar die Körperschaften der Wohlfahrtspflege dem Gesetz unterfallen, soweit sie sich überwiegend aus Mitteln der öffentlichen Hand finanzieren. Darüber hinaus sollen auch anerkannte Umweltverbände einbezogen werden.

Ich will es klar sagen: Die von der AfD geplanten Änderungen sind aus Sicht der Landesregierung allesamt abzulehnen. Der Anwendungsbereich des Gesetzes bedarf – jedenfalls aus heutiger Sicht – keiner Änderung. Es ist kaum nachvollziehbar, warum mitgliedschaftlich verfasste Selbstverwaltungsorganisationen, die in der Regel gar nicht gegenüber Bürgerinnen und Bürgern durch Verwaltungshandeln in Erscheinung treten, einem Informationsanspruch von Nichtmitgliedern unterliegen sollen. Außerdem übersieht die AfD-Fraktion, dass es sich bei den anerkannten Umweltverbänden um nicht öffentliche Stellen handelt, die zwar Klagerechte haben, aber nicht über Entscheidungskompetenzen verfügen.

Es gibt daher überhaupt keinen Anlass, den Anwendungsbereich des Landesinformationsfreiheitsgesetzes zu ändern. Aus diesen Gründen wurde der Gesetzentwurf zu Recht von allen angehörten Stellen nahezu einhellig abgelehnt. Die kommunalen Landesverbände haben es dabei auf den Punkt gebracht: Jegliche Ausweitung des Landesinformationsfreiheitsgesetzes ist abzulehnen, und diese Haltung der kommunalen Landesverbände teilt die Landesregierung uneingeschränkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Dennoch beobachten wir natürlich, ob und inwieweit sich dieses Gesetz in seiner Anwendung bewährt. Ein Maßstab hierfür sind auch die Tätigkeitsberichte des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Der vorlie-

gende erste Tätigkeitsbericht zum Informationsfreiheitsrecht enthält aber keinerlei Problemfälle von grundsätzlicher Bedeutung, auch wenn von der Möglichkeit auf Informationszugang bisher nur zurückhaltend Gebrauch gemacht wurde.

Außerdem ist vorgesehen, dass die Auswirkungen des Gesetzes nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren – also nach dem 31. Dezember 2020 – durch die Landesregierung überprüft werden. Sollte sich in diesem Rahmen Änderungsbedarf ergeben, wird die Landesregierung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Momentan gibt es aber überhaupt keinen Grund, das Landesinformationsfreiheitsgesetz zu ändern. Daher empfiehlt die Landesregierung, den Gesetzentwurf der Fraktion der AfD heute im Landtag abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Vereinzelt Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3816. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/4766. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass wir über den Gesetzentwurf im Ganzen abstimmen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der AfD, Drucksache 16/3816, im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt, und wir haben Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz für Wahlfreiheit bei der Ganztagschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) – Drucksache 16/3855**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport – Drucksache 16/4241**

**Berichterstatterin: Abg. Sylvia Felder**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch hier für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Sandra Boser. – Bitte.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über dieses Gesetz jetzt schon über Gebühr hier im Parlament, im Ausschuss und im Prinzip auch schon in der vergangenen Legislaturperiode diskutiert, weil der vorliegende Gesetzentwurf von der FDP/DVP in der Vergangenheit schon einmal eingebracht wurde.

(Sandra Boser)

Ich will mich daher sehr kurz fassen, auch mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit. Für uns geht dieser Gesetzentwurf auf Kosten der Qualität. Die finanziellen Auswirkungen werden ausgeblendet. Die Anhörungsergebnisse haben gezeigt: Es gibt so gut wie keine Unterstützung für diesen Gesetzentwurf. Der Gesetzentwurf ist schlecht gemacht, schlecht für unsere Schulen. Die Änderungsanträge, die jetzt vorgelegt wurden, machen das Ganze auch nicht besser. Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab und werden dann in der Koalition weitere Maßnahmen entwickeln, wie wir die Ganztagschule in Baden-Württemberg voranbringen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Danke, Frau Abg. Boser. – Jetzt spricht für die CDU Herr Abg. Karl-Wilhelm Röhm.

Ich darf das Herrengrüppchen, das da hinten so nett zusammensitzt, bitten, die Besprechung nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Herr Abg. Röhm, Sie haben das Wort.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Gesetzentwurf, lieber Kollege Dr. Kern, ebenfalls ablehnen, und zwar aus vier Gründen: Zum einen fehlt in der Tat ein gewisser Qualitätsrahmen, zum Zweiten ist die Finanzierung nicht schlüssig aufgedrösel, zum Dritten sind wir generell gegen die Abschaffung von Schulbezirken, und zum Vierten ist es nicht in unserem Sinn, dass die oberste Schulbehörde bei diesen Entscheidungen ausgeblendet wird.

Aus Sicht der CDU-Fraktion braucht die Ganztagschule ein qualitativvolles und flexibles Angebot. In diesem Sinn werden wir dem Wunsch, der bei den beiden Ganztagsgipfeln und bei der Fachtagung geäußert wurde, entsprechen und ein aus unserer Sicht wegweisendes und vor allem auch finanzierbares Konzept gemeinsam mit dem Koalitionspartner auf den Weg bringen.

Wir danken unserer Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, dass sie in der Vorlage dieses Konzepts zur rhythmisierten Ganztagschule und zur Bezuschussung flexibler Betreuungsangebote ein Konzept vorgelegt hat, das mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt ist und ohne Wenn und Aber deren Zustimmung findet.

Wir wollen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die notwendigen Voraussetzungen im Nachtragshaushalt dafür schaffen, dass dieses Konzept im Interesse der Familien in unserem Land beginnend zum Schuljahr 2019/2020 eingeführt wird. So, liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht aus unserer Sicht verantwortungsvolles Regierungshandeln aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat das Wort für die AfD-Fraktion Herr Abg. Dr. Balzer. – Bitte.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ein merkwürdiger Entwurf der FDP/DVP. Die Ziele der FDP/DVP sind ja an sich

andere als die Ziele der Grünen, aber sie bedienen sich anscheinend der gleichen Rhetorik. Rhetorik, liebe Frau Boser, das passt ja zu Ihnen gar nicht, und bei Herrn Kern habe ich bei dem Gesetzentwurf den Eindruck gehabt, der Formulierungshelfer für politische Führungskräfte lässt grüßen.

Heute besprechen wir wieder einmal ein Gesetz für die Wahlfreiheit bei der Ganztagschule: Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – und den Rest der Welt, könnte man fast meinen. Das klingt richtig gut, ein wenig hochtrabend. Sie wollen ein Gesetz, das Eltern und Schülern – Zitat – „ein hohes Maß an Wahlfreiheit“ lässt. Wollen wir einmal schauen, ob dieser Gesetzentwurf, dieser Text diesen Ansprüchen überhaupt genügen kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein wenig hochtrabend die Erkenntnis einer Partei, die eigentlich schon an der Regierung war, wenn ich mich nicht täusche.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Richtig!)

Das ist allerdings schon etwas länger her.

Das bestehende Regelwerk ist aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion unzureichend, also unvollkommen, um den weiteren Ganztagsausbau dem Bedarf entsprechend erfolgreich zu meistern. Sie wollen also den Ganztagsausbau. Sie zitieren dazu die 4. JAKO-O Bildungsstudie, übrigens von einem reinen Wirtschaftsunternehmen, das mit Kinderbekleidung handelt. Nach dieser Studie wünschen sich 48 % der Eltern ein Ganztagsangebot mit freiwilligem Nachmittagsprogramm, und 25 % der Eltern wünschen sich eine Halbtagschule, das heißt, sie wollen für das Kind von dem freiwilligen Nachmittagsprogramm keinen Gebrauch machen.

Meine Damen und Herren, welche Bedeutung haben diese Zahlen eigentlich für uns? Sie bedeuten nichts anderes, als dass drei Viertel der Eltern eigentlich nur vormittags Unterricht für die Kinder haben wollen. Warum wollen Sie dann die Kinder den ganzen Tag in der Schule sehen? Wir lehnen das ab.

(Beifall bei der AfD)

Präzise brachte es die Petition verschiedener Elterninitiativen auf den Punkt. „Grundschule: für ECHTE Wahlfreiheit und Freiwilligkeit im Ganztage“, so der Titel dieser Petition. Etwas mehr Ehrlichkeit, etwas mehr Mut zur Wahrheit wäre hier schön.

Wie eingangs schon erwähnt: Ein bisschen großspurig ist dieser Gesetzentwurf der Partei mit den Magentapünktchen auch. Oder passt das zum neuen Image der FDP? Das gilt natürlich nur für den Bund, selbstredend.

Es gab in der Tat schon größere Entwürfe im 18. und im 19. Jahrhundert in der Zeit der Aufklärung, Pioniertaten zur Entwicklung der Schulen. Sie wissen sicherlich, was ich meine. Man sprach vom „pädagogischen Jahrhundert“. Bildung als Entwicklung der positiven Eigenschaften der Menschen war der pädagogische Ansatz.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das, was bei Ihnen zu kurz kommt!)

(Dr. Rainer Balzer)

Solch hehre Ziele lässt der Gesetzentwurf nicht entdecken. Das ist auch kein Wunder, denn ein solcher Bildungsansatz wird heute vielerorts als altmodisch bezeichnet. Der Begriff „Kompetenz“ schlägt alles, und Wissen und Fakten – das haben wir ja vorhin auch bemerkt – sind bekanntlich nur noch am Rande erwähnenswert.

Wen wundert es da, dass in diesem Gesetzentwurf sinnige und falsche Begründungen stehen wie: „Die Gesamtkosten hängen wesentlich von der Errichtung der Ganztagschulen ab.“ Interessant! In Teil D hat das Eingang in den Entwurf gefunden. Ein bemerkenswerter mathematischer Zirkelschluss.

Aber immerhin haben die Freien Demokraten erkannt, dass der Entwurf der Landesregierung kein Modell aus einem Guss ist und nicht über ein sinnvolles pädagogisches Gesamtkonzept verfügt.

Besonders bemerkenswert am Gesetzentwurf der Freien Demokraten für die Wahlfreiheit bei der Ganztagschule ist die häufige Verwendung des Wortes „oder“. Man höre und staune! Ja, die Ganztagschule erstreckt sich auf Vormittage und drei oder vier Nachmittage; sie ist klassenbezogen oder klassenübergreifend;

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das ist doch auch logisch!)

sie umfasst sieben oder acht Zeitstunden an den Schultagen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau! Weil die vor Ort am besten wissen, was gut für sie ist!)

Genauigkeit und Präzision ist das nicht unbedingt. Dies sollte einen Gesetzestext zur Erleichterung der Urteilsfindung auszeichnen. Sie wissen doch, Herr Kern: Ein Blick in das Gesetzbuch erleichtert die Urteilsfindung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vor allem für Sie!)

Das hätten Sie auch wissen können.

Ebenso interessant: Die Tagesstruktur wechselt von Unterrichts- zu Übungsphasen. Genial, könnte man dazu sagen. Abwechslungsreicher Unterricht war schon immer wichtig für das Lernen. Erwähnung finden auch Bildungszeiten – das scheint etwas anderes als Unterrichtszeit zu sein – und dazu Aktivpausen, nicht einfach nur Pausen, wo man nichts tut und sich erholt, oder Kreativzeiten. Mit Kreativzeit ist wohl der ehemalige Kunstunterricht gemeint. Hier besteht also noch Klärungsbedarf.

Eine präzise Ausdrucksweise in einem Gesetzestext ist etwas anderes. Dies hat Herr Professor Reinhart von der CDU-Landtagsfraktion – leider ist er jetzt nicht da – im März dieses Jahres ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Balzer, bitte beachten Sie Ihre Redezeit; diese ist schon seit einer Weile abgelaufen.

**Abg. Dr. Rainer Balzer** AfD: ... gezeigt und erkannt. – Ich bin gleich fertig, ja. – Er sprach sich für flexible, bedarfsgerechte, familienfreundliche Angebote am Nachmittag aus, die es den Eltern erlauben, für ihre Kinder eine Wahl zu treffen. Das hat Hand und Fuß.

Wir stehen für einen umfassenden Bildungsbegriff, für fundiertes Fachwissen und breites Allgemeinwissen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der FDP/DVP ebenso wie auch den hierzu vorliegenden Änderungsantrag ab. Denn wir wollen für die Schüler und für die Eltern Verantwortung im Gesamten tragen.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt ist die SPD-Fraktion an der Reihe. – Herr Abg. Dr. Fulst-Blei, bitte.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP/DVP bleibt auch in der zweiten Lesung das, was er in der ersten Lesung war: ein Sammelsurium von Optionen im Rahmen von Nachmittagsbetreuung. Das ist weit von dem entfernt, was wir wirklich brauchen, nämlich Qualität und ein ganztägiges Bildungsangebot mit dem Ziel, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen – so, wie es die SPD fordert.

Wir könnten bei diesem Gesetzentwurf jetzt also eigentlich – Frau Boser ist dieser Versuchung auch schon erlegen – einfach abwinken und dagegen stimmen – und Tschüs! –, so, wie es in der letzten Legislaturperiode schon geschehen war. Aber erschreckenderweise sehen wir in diesem Haus durchaus eine Tendenz dazu, genau in diese Richtung weiterzugehen.

Frau Ministerin, Sie kommen ja immer mal gern auf meine Heimatstadt zu sprechen. Herr Röhm, eigentlich müssten Ihnen vor knapp 14 Tagen so richtig die Ohren geklungen haben. Was haben Sie gesagt? Sie sagten, die Kommunen hätten ohne Wenn und Aber die Maßnahmen begrüßt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es!)

– Na ja. – Ich verweise auf die Aussagen der Mannheimer Bildungsbürgermeisterin Ulrike Freundlieb –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer ist sie denn?)

die übrigens ständiges Mitglied im Schulausschuss des Städtetags ist – aus dem „Mannheimer Morgen“ vom 13. September. Dort heißt es:

*Ein paralleler Ausbau qualitativ hochwertiger Ganztagschulen und guter, flexibler Schulkindbetreuung überfordere die Kommunen finanziell und personell. ...*

*Damit bezieht Freundlieb Stellung gegen die Kultusministerin, die einen Akzent auf flexible Angebote setzen will.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Einzelmeinung!)

Dies tut sie meines Erachtens zu Recht. Sie entlarvt dabei die eigentliche Intention, die hinter dem neuen Fokus auf Betreuung steckt. Das Land will sich nämlich schlichtweg freikaufen. Personal ist schwer zu finden – in Zukunft solle das bitte schön noch stärker ein Problem der Kommunen sein.

Dies wird aber der Forderung nach Qualität an der Ganztagschule überhaupt nicht gerecht. Wer für Bildungsgerechtigkeit streitet – das tun wir, die SPD –, der weiß auch, dass die wissenschaftlichen Studien zum Thema Ganztagschule eine

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

klare Sprache sprechen. Die Aussage ist nämlich, dass man Erfolge erzielen kann.

Dass die FDP als Partei der Besserverdienenden

(Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern  
FDP/DVP: Die FDP hat Besseres verdient! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

hier kein Interesse hat und, wenn es um Bildungsgerechtigkeit geht, auf diesem Auge blind ist, überrascht nicht. Aber mit den Ankündigungen von Frau Eisenmann droht jetzt auch noch die öko-konservative Koalition diesem Wahn zu folgen.

Für uns aber ist die Rhythmisierung als Qualitätsstandard für Ganztagschulen unantastbar. Sie darf nicht auf dem Altar der Flexibilisierung geopfert werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch an anderer Stelle springt die Frau Ministerin – man könnte mittlerweile sagen: wie gewohnt – zu kurz. Service- und Koordinierungsstellen sollen die Schulen von Verwaltungsaufgaben entlasten. Das begrüßen wir natürlich. Aber nach jahrelanger Vorbereitung sind es gerade einmal fünf Kommunen – auf Probe. Das nächste Sparmodell auf Kosten der Qualität? – Na ja.

Ich bin ja ehrlich, Frau Ministerin: Ich wollte Sie an dieser Stelle heute sogar mal ausdrücklich loben.

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann: Um Gottes willen! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

– Ja, genau. – Denn ich finde Ihre Vorschläge zur Stärkung der Schulleitungen gar nicht mal schlecht; das muss ich sagen. Was ich allerdings überhaupt nicht verstanden habe: Wenn wir heute über das Thema Ganztagschule reden, warum haben Sie denn eigentlich Ihre Stärkungsvorschläge überhaupt nicht an das Kriterium Ganztagschulbetrieb gekoppelt? Warum geht es nur um Schülerzahlen bei Leitungszeit, Konrektoren und Verwaltungsassistenz? Ist es denn nicht völlig klar, dass es ein großer Unterschied ist, ob auch eine kleine Schule mit 80 bis 100 Schülerinnen und Schülern im Halbtags- oder aber im Ganztagsbetrieb arbeitet?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen Assistenz!)

Da muss man doch auch Initiativen ergreifen; da muss es doch Veränderungen sowie eine Stärkung geben. Es ist doch völlig klar, dass dies eine viel größere organisatorische Belastung darstellt.

Was mir nun wirklich fast die Schuhe ausgezogen hat: Frau Ministerin, ist es tatsächlich Ihr Ernst, dass Sie bis 2020 damit warten wollen? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Die Genese ist doch wie folgt: Im April, so hieß es, sollten wir die Vorschläge bekommen. – Übrigens haben wir diese ja schon lange, auch vom Rechnungshof, ausgedruckt auf dem Tisch liegen. – Im April hieß es, wir bekommen sie. Jetzt gehen wir mittlerweile in eine konkretisierte Phase, und Sie sagen nun in Ihrer Ankündigung: Es wird aber nicht in diesem Schuljahr und auch nicht im nächsten kommen, sondern – –

(Zuruf der Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

– Korrigieren Sie mich gern. Wir reden doch vom Haushalt 2020/2021. Das heißt, wir müssen weitere zwei Jahre warten, bis die Schulleitungen gestärkt werden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haushaltsrelevant, Herr Kollege!)

obwohl wir alle hier im Haus wissen, dass das Thema „Ausbau der Ganztagschulen“ immens daran hängt. Denn, Herr Röhm, nur eine Schulleitung, die sagt: „Ich kann das organisatorisch stemmen“, wird sich doch einem solchen Projekt stellen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Frau Ministerin, wir alle wissen, dass Ihr Macherimage in diesem Haus mittlerweile deutlichen Schaden genommen hat. Es ist ja wohl ein schlechter Scherz, dass Sie das Projekt noch immer auf die lange Bank schieben. Ist hier wieder alles „ella“, oder was?

Dann reden wir davon, dass es die Bildungsplattform erst in drei Jahren gibt, dass die Schulleitungen erst in zwei Jahren gestärkt werden. Das wird dem Ausbau der Ganztagschulen überhaupt nicht helfen. Nein, das Land kommt nicht voran, Frau Ministerin, und das ist schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten ganz klar an dem Ziel von 70 % Ganztagschulen fest. Die Gesetzgebung für die Sekundarstufe muss in dieser Legislaturperiode folgen; das ist klar. Vor allem muss es um die Qualität gehen.

Ganz wichtig ist mir, Kolleginnen und Kollegen – von der CDU kann ich das vielleicht gar nicht mehr erwarten, aber an die Grünen gerichtet –:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seien Sie ein bisschen geduldig!)

Es muss klar sein, dass Schule kein Wartesaal bis zum Dienstschluss der Eltern sein darf. Gerade bei der Ganztagschule muss es um Qualität gehen. Das sollte Ihr Anspruch sein.

Frau Ministerin, beachten Sie dies, und liefern Sie endlich! Zeigen Sie, dass Sie mehr können, als nur 1 000 Lehrerstellen zu streichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da sind Sie aber weit herumgekommen, Kollege Fulst-Blei!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP hat der Kollege Dr. Timm Kern das Wort. – Bitte.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlfreiheit beim Ganztags ist ein ebenso anschauliches wie trauriges Beispiel dafür, wie die grün-schwarze Koalition in unserem Land in Bildungsfragen funktioniert bzw. eben nicht funktioniert.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir Freien Demokraten noch Seit' an Seit' mit der CDU für mehr Wahlfreiheit beim Ganztags und gegen die grün-rote einseitige Fixierung auf die verbindlich rhythmisierte Ganztagschule gestrit-

(Dr. Timm Kern)

ten. Nun, in der Koalition mit den Grünen, verbiegt sich die CDU heftig in Richtung Grüne und schluckt die verbindlich rhythmisierte Ganztagschule als einzige Form im Schulgesetz. Von einer offenen Ganztagschule aus einem Guss hat sich die CDU mittlerweile verabschiedet. Stattdessen sollen die Kommunen die Halbtagschulen durch Betreuungsangebote am Nachmittag ergänzen, und das Ganze soll quasi als offener Ganztags fungieren. Aber selbst dieser offene Ganztags zweiter Klasse ist den Grünen noch zu viel Offenheit und Wahlfreiheit.

Die Hälfte der Legislaturperiode konnten die Grünen das Ganztagskonzept der Kultusministerin nun schon verschleppen und blockieren. Dabei ist leider sehr viel wertvolle Zeit verloren gegangen. Drei Ganztagsgipfel bzw. -kongresse musste die Kultusministerin nun schon abhalten, um das lange Warten zu überbrücken, aber bisher ohne erkennbaren Fortschritt.

Vorsorglich hat die Kultusministerin ihr nunmehr vorgelegtes Papier nur den Regierungsfractionen übermittelt, und die Grünen geben sich noch immer zugeknöpft bis ablehnend. Dabei sollten die Stellungnahmen zu unserem liberalen Gesetzentwurf den Grünen eigentlich zu denken geben. Von 22 Stellungnahmen, für die wir uns im Übrigen sehr herzlich bedanken, lehnen nur vier unseren Gesetzentwurf vollständig ab. Es ist gerade nicht so, Frau Kollegin Boser, wie Sie eben behauptet haben.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Na ja!)

Zugegeben, die anderen haben das eine oder andere an unserem Gesetzentwurf auszusetzen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Genau!)

Sie von der grün-schwarzen Koalition werden aber ehrlicherweise zugeben müssen, dass die Stellungnahmen unser Grundanliegen unterstützen, nämlich mehr Wahlfreiheit beim Ganztags zu schaffen. Änderungsvorschläge, die uns überzeugt haben, haben wir im ausliegenden Änderungsantrag zusammengefasst.

Die CDU muss sich fragen lassen: Wie lange wollen Sie sich noch zugunsten des Koalitionsfriedens mit den Grünen verbiegen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir kommen ziemlich aufrecht daher!)

In der ersten Lesung, lieber Herr Kollege Röhm, mussten Sie sich schon sehr anstrengen, um ein Haar in der Suppe zu finden, um den Gesetzentwurf wenigstens halbwegs begründet ablehnen zu können. Es fehle die Finanzierung, lautete der Vorwurf; das haben Sie ja heute auch wieder gesagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben nachgebessert, Herr Kollege?)

– Ich kann Sie beruhigen. Im Kostenteil des Gesetzentwurfs findet sich sowohl der Hinweis auf die in Ihren grün-schwarzen Nebenabreden vorgesehenen 11 Millionen € für den weiteren Ganztagsausbau als auch auf die 2 Milliarden €, die Schwarz-Rot im Bund insgesamt in den nächsten Jahren für Ganztagsbildung und -betreuung investieren will.

Vor allem, lieber, geschätzter Kollege Röhm: Es liegt doch auf der Hand, dass eine offene Ganztagschule kostengünstiger ist als eine verpflichtende Ganztagschule. Schließlich nimmt ja nur ein Teil der Schüler die Nachmittagsangebote wahr.

Damit dürfte sich die gesamte Kritik der CDU-Fraktion an unserem Gesetzentwurf auf einen einzigen Punkt reduzieren, nämlich einen Zahlendreher bei einer Drucksachennummer. Staatssekretär Schebesta hatte in der ersten Lesung darauf hingewiesen. Diesen Zahlendreher würden wir selbstverständlich korrigieren, wenn die CDU-Fraktion unserem Gesetzentwurf beitrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grünen sehen die Ganztagschule als – Zitat – „zentrales Instrument für mehr Bildungsgerechtigkeit“. Deshalb muss es aus ihrer Sicht immer die verpflichtende, das heißt die Zwangsganztagschule sein, sonst könnten sie ja für mehr Wahlfreiheit, für mehr Offenheit, für mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort stimmen. Aber das wollen sie nicht, weil sie ja aus der Position heraus handeln: „Wir wissen, was für die Menschen im Land gut ist.“ Deshalb müssen sie das auch entsprechend schlucken.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wer entscheidet denn, ob es eine Ganztagschule gibt oder nicht? Entscheiden wir das oder die Schulen?)

Das ist aber eben keine liberale Position. Vielmehr wollen wir den Menschen vor Ort mehr Entscheidungsfreiheit geben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das Schulgesetz kennen Sie immer noch nicht!)

Wir Freien Demokraten sind eben davon überzeugt, dass wir jedem einzelnen Schüler und nicht der verpflichtenden Ganztagschule gerecht werden müssen. Nur so erreichen wir die bestmögliche Bildung und damit auch ein Maximum an Chancen für alle jungen Menschen.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die Landesregierung hat Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann das Wort.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank. Ich glaube, wir diskutieren heute über ein wichtiges Thema, nämlich die Frage des Ganztags. Ich würde mich auch darauf konzentrieren und von der Tour d'Horizon in der Bildungspolitik, Herr Fulst-Blei, Abstand nehmen. Ihre Reden kommen mir manchmal vor wie eine Platte, die einen Sprung hat.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Egal, worüber man bildungspolitisch redet, es kommt immer wieder das Gleiche: „ella“,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

jetzt das Schulleiterkonzept. Ich glaube, heute geht es um ein Thema, mit dem wir uns schon befassen müssen. Ich glaube auch, dass es richtig ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir uns die Mühe machen, einen eigenen Gesetzentwurf zu erstellen, Herr Kern. 2013 liegt auch schon ein bisschen zurück. Und die Haltung gegenüber Ihrem Gesetzentwurf ist, wenn ich nur einmal die kommunalen Landesverbände nehme, auch sehr einmütig, nämlich komplette Ablehnung.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Damals hat Ihre Fraktion zugestimmt! Frau Kultusministerin, warum hat denn die CDU-Fraktion damals zugestimmt?)

– Sehen Sie, die CDU ist in Entwicklung, sie wird klüger. Deshalb machen wir jetzt einen neuen Gesetzentwurf, während die FDP/DVP im Jahr 2013 stehen geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber nur an der Seite der Grünen!)

– Nein, sie lernt deshalb, weil – – Es war entlarvend in Ihrer Rede, fand ich, deutlich zu machen, dass ich – wie haben Sie gesagt? – zwei Ganztagsgipfel und einen Fachtag machen „musste“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das müssen wir nicht machen. Vielmehr geht es darum, zuzuhören, aufzunehmen und dann zu entscheiden. Das ist ein Vorgehen, das ich generell empfehle, um den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich möglichst passgenaue Angebote zu machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Wenn Sie da auch dabei gewesen wären,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die FDP war vertreten!)

dann wüssten Sie, dass das Ergebnis sehr einmütig, sehr breit war. Das betrifft zum einen das Angebot des rhythmisierten Ganztags in gebundener Form nach § 4 a des Schulgesetzes, wo wir sehr genau aufgenommen und auch bereits umgesetzt haben, was an uns herangetragen wurde, nämlich Verwaltungsvereinfachung, das gemeinsame Entwickeln von pädagogischen Konzepten von Land, Kommunen und Schulgemeinden. All diese Dinge greifen wir auf.

Ich weiß, der SPD geht es noch nicht schnell genug. Wenn ihr schon in der letzten Legislaturperiode damit begonnen hättet, wären wir noch schneller gewesen. Deshalb hängt das Ganze immer ein bisschen in der Luft.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir tun es.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Aber zum anderen: Qualität spielt bei uns auch eine Rolle. Der zweite Aspekt – auch dies ist ein Ergebnis des Zuhörens – war nämlich, flexible Angebote in der Breite wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen, und zwar Betreuung, Qualität, aber in der Flexibilität und in der Auswahl für die Eltern, die für uns entscheidende Partner sind.

Daran arbeiten wir. Es gibt ein Konzept, und wir werden hier gemeinsam in der grün-schwarzen Landesregierung, in der grün-schwarzen Koalition auch einen Weg finden, passgenaue Angebote zu machen, so, wie es die Schule vor Ort will, wie es die Kommune wünscht. Ich glaube, dass das auch der richtige Weg ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Herr Fulst-Blei, Sie haben die zuständige Bürgermeisterin aus Mannheim angesprochen. Das ist ein guter Beitrag – keine Frage –, allerdings eine Einzelmeinung. Denn Sie haben ja genauso wahrgenommen – Sie haben es im Zitat allerdings vergessen –, dass der Städtetag sehr deutlich gemacht hat, dass das nicht die Meinung dieses kommunalen Landesverbands und auch nicht die der kommunalen Landesverbände insgesamt ist.

Deshalb: Das Hören auf Einzelmeinungen ist wichtig, keine Frage. Aber vielleicht erklärt es auch zum Teil die Umfrageergebnisse der SPD, dass sie weniger auf Einzelmeinungen hören sollte, sondern auf das, was die Bürgerinnen und Bürger insgesamt wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir gemeinsam auf einem guten Weg sind. Wir werden die Angebote in der Qualität differenzieren und sie so machen, wie die Bürgerinnen und Bürger, wie die Eltern, wie die Schulen sie brauchen. Das ist Teil und Ziel unserer Kultuspolitik. Deshalb bitte ich darum, den Weg, den wir vorhaben, gemeinsam zu gehen. Er ist allemal besser und aktueller. 2013 ist vorbei, Herr Kern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/3855. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/4241. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zu dem Gesetzentwurf liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/4833, vor, den ich zuerst zur Abstimmung stelle. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass wir über den Gesetzentwurf im Ganzen abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/3855, im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. September 2018 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern und der Filmförderungsanstalt des Bundes zur Digitalisierung des nationalen Filmerbes – Drucksachen 16/4762, 16/4797**

**Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, auf eine Aussprache zu verzichten.

Wir kommen also direkt zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 16/4797. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/4762, Kenntnis zu nehmen. – Dem stimmen Sie zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir sind am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich darf Sie noch auf die Abschlussveranstaltung der Sommerkampagne des Landesjugendrings unten im Foyer hinweisen und bitte Sie, dort die Gelegenheit zu nutzen, sich kundig zu machen und Gespräche zu führen.

Die nächste Sitzung findet am 10. Oktober 2018 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

**Schluss: 13:23 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

### Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus (ausgeschieden am 31.08.2018 mit Nieder- legung des Mandats)	tritt ein
Ständiger Ausschuss	Mitglied	Kopp	Weber
Ausschuss für Finanzen	stellvertretendes Mitglied	Kopp	Weber
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Kopp	Weber
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	Kopp	Weber
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Mitglied	Kopp	Weber

13.09.2018

Stoch und Fraktion

**Wahlvorschlag**

der Fraktion der FDP/DVP

**Umbesetzungen im Präsidium, bei den Schriftführern  
und in verschiedenen Ausschüssen**

Gremium	Funktion	scheidet aus (*ausgeschieden am 31.07.2018 mit Nieder- legung des Mandats)	tritt ein
Präsidium	stellvertretendes Mitglied	Glück	Weinmann
	Schriftführer	Hoher	Brauer
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Finanzen	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Ausschuss für Europa und Internationales	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Petitionsausschuss	Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer
Untersuchungsausschuss „Zulagen Ludwigsburg“	stellvertretendes Mitglied	Dr. Bullinger*	Brauer

19.09.2018

Dr. Rülke und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der FDP/DVP

### **Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH**

Es scheidet aus:

Herr Dr. Friedrich Bullinger

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Frau Abg. Gabriele Reich-Gutjahr

24.09.2018

Dr. Rülke und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der SPD

### **Nachwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe**

Es scheidet aus:

Herr Abg. Martin Rivoir

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Herr Abg. Jonas Weber

13.09.2018

Stoch und Fraktion